

“ÄHM...WIR SEHEN DAS ABER ANDERS!”

Hintergründe organisierten Protests gegen
städtebauliche Großprojekte und der Umgang
damit



Die approbierte gedruckte Originalversion dieser Diplomarbeit ist an der TU Wien Bibliothek verfügbar.
The approved original version of this thesis is available in print at TU Wien Bibliothek.



DIPLOMARBEIT

**„Ähm...Wir sehen das aber anders!“
- Hintergründe organisierten Protests gegen städtebauliche
Großprojekte und der Umgang damit**

ausgeführt zum Zwecke der Erlangung des akademischen Grades
eines Diplom-Ingenieurs unter der Leitung von

Ao.Univ.Prof. Mag. Dr. Alexander Hamedinger
(E280/6) Department für Raumplanung
Fachbereich Soziologie

eingereicht an der Technischen Universität Wien
Fakultät für Architektur und Raumplanung

von

Sebastian Auer, B.Sc.
Matr.Nr.: 01009607
Staudgasse 20/4-5 A-1180 Wien

Wien, am 14.09.2019

DANKE!

An dieser Stelle möchte ich einigen Personen danken, die mich bei der Erstellung der Diplomarbeit unterstützt haben.

An erster Stelle danke ich meinen Eltern. Danke, dass ihr mich während des Studiums unterstützt habt und es mir überhaupt ermöglicht habt.

An zweiter Stelle danke ich Clara. Danke, dass du während der gesamten Zeit der Diplomarbeit an meiner Seite warst. Du hast mir in schweren Phasen geholfen am Ball zu bleiben, aber mir auch gezeigt, dass es manchmal wichtig ist Abstand zu nehmen und den Fokus auf Anderes zu legen.

An dritter Stelle danke ich Alexander Hamedinger. Danke, für die Betreuung meiner Arbeit und die Hilfestellungen, die du mir gegeben hast.

An vierter Stelle danke ich allen InterviewpartnerInnen. Danke! Ohne euch wäre meine Arbeit nicht möglich gewesen.

Zu guter Letzt danke ich allen, die ich während des Studiums besser kennengelernt habe. Mit euch zu zusammenzuarbeiten war inspirierend und schön.

KURZZUSAMMENFASSUNG

Der räumliche Gestaltungsprozess birgt erhebliches Konfliktpotential. Dieses begründet sich schlichtweg in der Gestaltung einer endlichen Ressource, die niemals allen Ansprüchen gerecht werden kann. In bestimmten Situationen schaukeln sich diese Konflikte zu organisiertem Protest auf. Der Protest gegen städtebauliche Vorhaben bildet das zentrale Thema der Diplomarbeit.

Dabei beleuchtet die Arbeit einerseits Hintergründe organisierten Protests gegen städtebauliche Großprojekte sowohl aus theoretischer Perspektive als auch empirisch anhand von zwei Fallstudien. Hierbei handelt es sich erstens um die Umgestaltung des Areals am Wiener Heumarkt, dessen Höhenentwicklung zum Streitpunkt geworden ist, und zweitens um die Wohnbebauung Naturpark Linz Süd, die inmitten einer Einfamilienhaussiedlung geplant ist. Bei beiden Projekten kommt es zu organisiertem Protest durch Bürgerinitiativen. Durch die Betrachtung der Fallbeispiele werden die konkreten Hintergründe des Protests herausgearbeitet indem das Gespräch mit den Initiativen gesucht wurde. Dabei wurden die Rollen von individuellen Raumwahrnehmungen und der Einstellung der Protestgruppen gegenüber dem politischen System der Stadtentwicklung genauer untersucht. Die Basis für diese Einfallswinkel bilden die Theorien zur Herstellung bzw. Produktion von Raum (Lefebvre und Löw) und postdemokratische Denkmodelle (Rancière und Crouch).

Andererseits geht die Arbeit der Frage nach, welche Möglichkeiten die Planungspraxis im Umgang mit Protest und Konflikten im Planungsprozess hat. Dazu wurden ExpertInnen mit leitfadengestützten Interviews zur Thematik befragt und die Erkenntnisse daraus in Bezug zu Gestaltungsempfehlungen für partizipative Planungsprozesse gesetzt.

Die Ergebnisse der Arbeit zeigen auf, dass Protesthintergründe sehr unterschiedlich sein können und dabei sowohl der Raum an sich und dessen Wahrnehmung als auch der politische Prozess der Gestaltung von Raum wesentliche Faktoren bilden. Der Umgang damit fordert ein Planungsverständnis, das den Fokus auf das Aushandeln legt, die klassische Rollenverteilungen hinterfragt und dem Planungsprozess enormes Emanzipationspotential zuschreibt.

ABSTRACT

The spatial design process has considerable potential for conflict. This fact is simply based on the design of a finite resource that can never meet all demands. In certain situations, these conflicts build up to organized protest. The protest against urban planning projects is the core topic of the diploma thesis.

On the one hand, the diploma thesis sheds light on the backgrounds of organized protests against large-scale urban development projects both from a theoretical perspective and empirically on the basis of two case studies. Firstly, this involves the redevelopment of the Area near the Viennese Heumarkt, whose height has become a matter of dispute, and secondly, the residential development of the Naturpark Linz Süd, which is planned in the middle of a single-family housing estate. In both projects there is organized protest by citizens' initiatives. By examining the case studies, the concrete backgrounds of the protest are carved out by talking to the initiatives. The roles of individual spatial perceptions and the attitude of the protest groups towards the political system of urban development were examined more closely. The basis for these angles of incidence are the theories of the production of space (Lefebvre and Löw) and postdemocratic models of thought (Rancière and Crouch).

On the other hand, the diploma thesis investigates the possibilities of planning practice in dealing with protest and conflicts during the planning process. For this purpose, experts were interviewed with guide-based interviews on the topic and the findings were set in relation to recommendations for the design of participatory planning processes.

The results of the diploma thesis show that backgrounds of protest can be very different and that both the space itself and its perception as well as the political process of the design of space are essential factors. Dealing with this requires an understanding of planning that places the focus on negotiation, questions the classical distribution of roles and ascribes enormous emancipatory potential to the planning process.

INHALTSVERZEICHNIS

1 Einleitung	1
1.1 Problemaufriss/Relevanz	3
1.2 Erkenntnisinteresse und Forschungsfragen	5
1.3 Methodisches Vorgehen	7
1.4 Aufbau der Arbeit	10
2 Theoretische Einbettung	13
2.1 Protest	14
2.1.1 Definition/Begriffsklärung	15
2.1.2 Organisierter Protest/Protestbewegung	16
2.1.3 Protestformen	19
2.1.4 Protesthintergründe	22
2.2 Protest und Planung	26
2.2.1 Planungsbezogene Protesthintergründe	27
2.2.2 Umgang mit Protest und Konflikt in der Planung - theoretische Perspektive	31
2.3 Protest und Demokratie	38
2.3.1 Die Rolle von Protest in einer demokratischen Gesellschaft	39
2.4 Postdemokratie	44
2.4.1 Begriffsklärung	45
2.4.2 Protest und Postdemokratie	48
2.4.3 Die postpolitische Stadt	51
2.5 Raumverständnisse, Raumwahrnehmungen und die Produktion von Raum	56
2.5.1 Raumverständnisse und der relationale Ansatz von Martina Löw	57
2.5.2 Henri Lefebvre und die Produktion von Raum	60
2.5.3 Unterschiedliche Raumwahrnehmungen und ihr Konfliktpotential	64
2.6 Städtebauliche Großprojekte	70
2.6.1 Begriffsklärung	71
2.6.2 Logik und Wirkung städtebaulicher Großprojekte	72
2.6.3 Städtebauliche Großprojekte und ihr Konfliktpotential	75

3 Fallstudien	81
3.1 Umgestaltung des Areals am Wiener Heumarkt	83
3.1.1 Projektbeschreibung	85
3.1.2 Beschreibung des Planungsprozesses	93
3.1.3 Beschreibung der betrachteten Initiativen	107
3.1.4 Darstellen der Protesthintergründe	111
3.2 Wohnbebauung Naturpark Linz Süd	125
3.2.1 Projektbeschreibung	127
3.2.2 Beschreibung des Planungsprozesses	133
3.2.3 Beschreibung der protestierenden Initiative	139
3.2.4 Darstellung der Protesthintergründe	143
4 Schlussfolgerungen und Fazit	153
4.1 Beantworten der Forschungsfragen	154
4.2 Fazit	176
5 Verzeichnisse	181
5.1 Literaturverzeichnis	183
5.2 Abbildungsverzeichnis	191

1 EINLEITUNG

1.1 PROBLEMAUFRISS/RELEVANZ

Proteste zu unterschiedlichen Themen und Anlässen werden gegenwärtig immer zahlreicher. In der wissenschaftlichen Debatte wurde daher der Begriff der "Bewegungsgesellschaft" geprägt (Ullrich 2015:9ff). Dieser umschreibt, dass sich immer mehr Menschen zusammenschließen und sich dem Protest als Ausdrucksmedium bedienen. Ziel dessen ist es immer, irgendetwas zu verändern oder zumindest Einfluss auf eine zu erwartende Entwicklung zu nehmen. Das Spektrum an Zielen ist dabei sehr breit gefächert und reicht von (gesamt)gesellschaftlichen Utopien bis zu einfach erscheinenden lokalen Veränderungen eines konkreten Ortes (vgl. Ullrich 2015 S.9ff; Haunss 2009; Holm 2014).

Letzteres spiegelt sich auch darin wieder, dass der Protest gegen städtebauliche Großprojekte und auch andere dem "Aufgabenbereich" der Raumentwicklung zuzuschreibenden Themen ebenfalls zunimmt (vgl. Othengrafen & Sondermann 2015; Zimmermann 2012). Es scheint also fast so, als hätten immer größer werdende Teile der Gesellschaft das Gefühl, dass Entscheidungen, welche die (räumliche) Veränderung ihrer Lebensumwelt beeinflussen, über ihre Köpfe hinweg getroffen werden.

Seit dem Communicative Turn versucht die Planungspraxis zwar mit dieser Tatsache durch eine partizipative Gestaltung und Durchführung von Planungsprozessen umzugehen. Diese Prozesse sind darauf ausgerichtet, dass unterschiedlichste AkteurInnen in den Planungsprozess eingebunden werden, um ihren Interessen Ausdruck verleihen zu können und die nötigen Entscheidungen auf einem dabei entstehenden Konsens zu treffen. Ob dieser Konsens, der auf diesem deliberativen Weg gefunden wurde, ebenfalls als ein solcher aufgefasst wird, kann in Anbetracht der Tatsache, dass Protest gegen städtebauliche Vorhaben immer häufiger wird, hinterfragt werden. In den Planungswissenschaften wird daher die Frage nach der "Krise der Beteiligung" gestellt und das mittlerweile breite Instrumentarium zur Einbeziehung der Zivilgesellschaft auf den Prüfstand gebracht (vgl. Zimmermann 2012).

Aber was sind nun die tatsächlichen Hintergründe für planungsbezogenen Protest? Sind diejenigen, die ihre Abneigung gegen planerische Entscheidungen ausdrücken, wirklich reine "Wutbürger", die lediglich aus egoistischen Motiven handeln und Einzelinteressen verfolgen? Oder ist diese Sichtweise zu stark vereinfacht und es lässt sich in deren Protest auch Kritik an der praktizierten repräsentativen Demokratie erkennen (vgl. ebd.)?

Ist dem so und die praktizierte repräsentative Demokratie ist nicht mehr in der Lage die Ansprüche und Bedürfnisse mancher Gesellschaftsgruppen zu erfüllen, wie es

postdemokratische Ansätze vermuten, dann erklärt dies nicht nur die Zunahme von Protest, sondern wirft auch weitere Fragen auf. Die aus der Planungsperspektive naheliegendste ist die Frage nach dem Umgang mit Protest im Planungsprozess. Wie gestaltet sich dabei der Spielraum zwischen dem Wahren des öffentlichen Interesses und der Reaktion auf Protestbewegungen? Kann der Protest vielleicht sogar einen Beitrag zu "fairerer" Planung leisten? Kann der Planungsprozess sogar als Medium zur politischen Emanzipation der Zivilgesellschaft genutzt werden?

1.2 ERKENNTNISINTERESSE UND FORSCHUNGSFRAGEN

Im Zentrum des Erkenntnisprozesses der Arbeit steht das Thema des Protests gegen städtebauliche Großprojekte. Es werden zwei Schwerpunkte verfolgt.

Der erste Schwerpunkt der Arbeit zielt darauf ab, einen tieferen Einblick in die Hintergründe von organisiertem Protest gegen städtebauliche Großprojekte zu generieren. Im Kern dieses Interesses steckt - lapidar ausgedrückt - die Frage, was denn dazu geführt hat, dass sich Menschen organisieren und mit unterschiedlichsten Protestformen gegen städtebauliche Vorhaben vorgehen. Dabei werden zwei theoretische Einfallswinkel, die im Zusammenhang mit Protest gegen städtebauliche Großprojekte stehen, als Analyserahmen für die empirische Forschung herangezogen.

Der erste Einfallswinkel betrachtet die Rolle von unterschiedlichen individuellen Raumverständnissen in Bezug auf die Protesthintergründe. Der zweite Einfallswinkel betrachtet die Einstellung der BürgerInnen gegenüber dem politischen System in Bezug auf die Stadtentwicklung näher und setzt diesen in Bezug zu den Protesthintergründen.

Der zweite Schwerpunkt des Erkenntnisinteresses liegt auf dem Umgang mit Protest im Planungsprozess. Im Kern dessen steckt die Frage, wie im Planungsprozess darauf reagiert werden kann, wenn gegensätzliche Meinungen und Ansprüche teilweise nachdrücklich artikuliert werden. Denn es ist nicht im Sinne eines demokratischen Verständnisses von Planung, dass jenen, die ihre Ansprüche am lautesten zu verstehen geben, mehr Beachtung geschenkt wird als anderen, die dies aus unterschiedlichen Gründen nicht tun. Andererseits birgt Protest auch die Chance das geplante Vorhaben in eine Richtung zu bewegen, die im Sinne der lokal ansässigen Menschen ist. Denn was nutzt Planung, wenn sie an der Lebenswelt der Menschen vorbei geht?

Um das beschriebene Erkenntnisinteresse zu erlangen und dementsprechende Ergebnisse zu generieren, wurden folgende Forschungsfragen formuliert:

- 1. Was sind Hintergründe von organisiertem Protest gegen städtebauliche Großprojekte?**
 - Welche Rolle spielen dabei unterschiedliche individuelle Raumverständnisse bzw. Raumwahrnehmungen?
 - Welche Rolle spielt dabei die Einstellung der BürgerInnen gegenüber dem politischen System, dessen Strukturen und Prozessen, insbesondere im Bereich der Stadtentwicklung?
- 2. Welche Ansatzpunkte hat die Planungspraxis im Umgang mit Protest bzw. Konflikten?**

PROTESTFORSCHUNG ALS ANALYSETOOL

Das Erkenntnisinteresse der Arbeit ist inspiriert von einer Idee, die Manuel Castells mit seinem Werk "Kampf in den Städten" (1975) verfolgt. Dabei bricht Castells mit der gängigen Protestforschung und konzentriert sich nicht darauf die Protestgruppen oder deren angewandte Protestformen zu betrachten. Castells versteht Protest als ideales Werkzeug zur Gesellschaftsanalyse und ist davon überzeugt, dass die genaue Betrachtung von Protesthintergründen Rückschlüsse über brennende gesellschaftliche Missstände oder Konfliktlinien gezogen werden können. Funktioniert dieses Prinzip auch bei der Betrachtung von Planungsprozessen? Das ist die Frage, die eindeutig als Motivation hinter der Arbeit steht. Kann also Protest auch als Werkzeug zur Analyse von Planungsprozessen im konkreten und auch im Allgemeinen verwendet werden? Dadurch versucht die Arbeit über das Betrachten von planungsbezogenen Protesthintergründen Rückschlüsse auf die Missstände hinter der Planung zu ziehen.

1.3 METHODISCHES VORGEHEN

Die Arbeit besteht sowohl aus einem theoretischen Teil als auch aus einem empirischen Teil. Der Theorieteil bildet das Grundgerüst für die Empirie, indem das breite Feld der Protesthintergründe in einen theoretischen Rahmen gefasst wird und die theoretischen Einfallswinkel der Forschungsfragen untermauert werden. Zudem liefert er einen knappen theoretischen Einblick in die Möglichkeiten des Umgangs mit Protest in der Planungspraxis. Dadurch wird eine theoretische Basis für den zweiten Teil der Empirie geschaffen. Für die theoretische Untermauerung wurde **Sekundärliteratur** herangezogen und durch einige Onlinequellen ergänzt.

Den Kern der Arbeit bildet der empirische Teil, der einem **qualitativen Forschungsdesign** folgt. Der empirische Teil der Arbeit lässt sich, dem Erkenntnisinteresse folgend, ebenfalls in zwei Teile untergliedern.

Der erste Teil befasst sich mit den Hintergründen von Protest gegen städtebauliche Großprojekte. Um dieses breite Themenfeld einzugrenzen und dadurch empirisch bearbeitbar zu machen, wurde ein **Fallstudiendesign** gewählt.

Dazu wurden zwei unterschiedliche städtebauliche Großprojekte, bei denen es zu Protest durch unterschiedliche Initiativen kam bzw. kommt, genau betrachtet. Dabei handelt es sich um die Umgestaltung des Areals am Wiener Heumarkt, das sich als eines der umstrittensten Projekte der Wiener Stadtentwicklung der letzten Zeit bezeichnen lässt, und den Naturpark Linz Süd, der eines der größten Wohnbauprojekte im Linzer Stadtteil Pichling ist.

Im Fokus der Fallstudien steht das Herausarbeiten der Protesthintergründe. Dazu wurde einerseits eine Analyse des Planungsprozesses vorgenommen, um etwas über die Motivation der beteiligten AkteurInnen hinter dem Projekt herauszufinden. Zudem können dadurch auch Rückschlüsse auf den Zusammenhang des Planungsprozesses, dessen Gestaltung und Durchführung mit der Entstehung des organisierten Protests gezogen werden. Dazu wurde einerseits eine **Dokumentenanalyse** relevanter Dokumente vorgenommen. Zudem wurde darüber hinaus versucht mit der ansässigen planenden Verwaltung zu sprechen. Dies hat in Wien funktioniert und es konnte 1 MitarbeiterIn des Magistrats für ein Interview gewonnen werden. In Linz kam trotz mehrmaligen Nachhakens beim Magistrat kein Interview zu Stande. Begründet wurde dies durch eine Anweisung von höherer Stelle, die eine Auskunft zu noch laufenden Projekten verbot.

Um die Hintergründe der protestierenden Initiativen näher zu beleuchten, wurden mit VertreterInnen dieser ebenfalls **leitfadengestützte Interviews** geführt.

Auch die Fragestellung nach den Möglichkeiten des Umgangs mit Protest im Planungsprozess wurde zunächst knapp theoretisch aufgearbeitet. Um die theoretische Einbettung in die Empfehlungen an die Planungspraxis einfließen zu lassen, wurden darüber hinaus noch **leitfadengestützte ExpertInneninterviews** geführt. Dabei wurden 4 ExpertInnen mit leitfadengestützten Interviews befragt, die entweder eine bestimmte, für den Umgang mit Protest relevante fachliche Expertise, aufweisen oder selbst beruflich mit Protest im Planungsprozess umgehen.

Somit bildet das leitfadengestützte (ExpertInnen)Interview die primäre Erhebungsmethode. Dabei wurden folgende InterviewpartnerInnen befragt.

InterviewpartnerInnen Protesthintergründe:

- 2 VertreterInnen der Bürgerinitiative Linz Süd (I_IL1 und I_IL2)
- 2 VertreterInnen der Initiative Denkmalschutz im Gruppeninterview (I_IH1)
- 1 VertreterIn der Alliance for Nature (I_IH2)
- 1 VertreterIn der Planenden Verwaltung in Wien (I_PV)
- 1 ExpertIn für Kooperative ExpertInnenverfahren in Wien (I_EKV)

InterviewpartnerInnen für die Frage zum Umgang mit Protest:

- 1 ExpertIn für Planungsrecht (I_E1)
- 2 ExpertInnen im Umgang mit Protest aus der Planungspraxis (I_E2 und I_E3)
- 1 ExpertIn für fachliche Öffentlichkeitsarbeit (I_E4)

Insgesamt wurden 11 InterviewpartnerInnen im Zuge von 10 Interviews befragt. Die Interviews wurden in Zeitraum von April bis Juli 2019 geführt. Dabei wurden die Gespräche aufgezeichnet und im Zuge der Aufbereitung mit einer Ausnahme, bei der die Aufnahme unverständlich war, transkribiert. Anstelle des Transkriptes wurde direkt im Anschluss an das Gespräch ein Gedächtnisprotokoll angefertigt, das die wichtigsten Aussagen des Interviews festhält.

Bei der Transkription und Auswertung der Interviews wurde die Anonymität der InterviewpartnerInnen soweit dies möglich war gewahrt. Aus diesem Grund wurden die Audioaufzeichnungen nach der Transkription gelöscht. Ebenso werden die Transkripte der Interviews aus Gründen des Datenschutzes nicht im Anhang der Arbeit angefügt.

1.3 METHODISCHES VORGEHEN

Sie befinden sich beim Autor der Arbeit und können bei Interesse angefragt werden.
Die Auswertung der Interviews erfolgte nach Mayring (2002).

“Qualitative Forschung hat den Anspruch, Lebenswelten von innen heraus aus der Sicht der handelnden Menschen zu beschreiben. Damit will sie zu einem besseren Verständnis sozialer Wirklichkeit(en) beitragen und auf Abläufe, Deutungsmuster und Strukturmerkmale aufmerksam machen.” (Flick et al. 2000:14)

1.4 AUFBAU DER ARBEIT

Die Arbeit gliedert sich inhaltlich in 4 Kapitel. Auf das einleitende Kapitel, das neben dem Erkenntnisinteresse und der verwendeten Methodik auch die Relevanz der Arbeit darstellt, folgt eine ausführliche theoretische Einbettung der Protestthematik. Dabei wird im Kapitel 2.1 zunächst der Protestbegriff definiert und hervorgehoben, was organisierten Protest charakterisiert. Darüber hinaus werden verschiedenen Theorien zu Protesthintergründen dargestellt. Protest wird dabei als Folge von bestimmten Konflikten verstanden. Was dies für Konflikte sind und wie sich diese gesellschaftlich verankern lassen, wird im Zuge dessen ebenfalls kurz beleuchtet.

Im Kapitel 2.2 wird der Zusammenhang von Protest und Raumplanung dargestellt. Dabei wird einerseits dargestellt, warum es im Planungsprozess, der als asymmetrische Konfliktsituation aufgefasst wird, zu Protest kommen kann und welche Arten von Konflikten sich dabei finden lassen. Andererseits werden die Möglichkeiten des Umgangs mit Konflikten und folglich auch mit Protest im Planungsprozess theoretisch aufgezeigt.

Das Kapitel 2.3 diskutiert die Rolle von Protest in einer demokratischen Gesellschaft. Dabei befindet sich Protest in einem Spannungsfeld, das den Umgang damit als schwierige Aufgabe entpuppt.

Das Kapitel 2.4 widmet sich dem Begriff der Postdemokratie. Dieser für die Arbeit bedeutende theoretische Einfallswinkel kritisiert den Zustand, in dem sich die Demokratie in westlichen Gesellschaften befindet und liefert einen erheblichen Mehrwert für die Protestforschung. Zunächst wird der Postdemokratische Zustand nach Rancière und Crouch beschrieben und näher auf das Verständnis von Demokratie, das die Basis für postdemokratische Ansätze bildet, eingegangen. Anschließend wird dargestellt, wie sich der postdemokratische Zustand in der postpolitischen Stadt wiederfinden lässt.

Das Kapitel 2.5 widmet sich dem zweiten theoretischen Einfallswinkel der Arbeit. Es werden die Konfliktpotentiale, die der Produktionsprozess von Raum mit sich bringt, anhand von zwei Theorien erklärt. Dabei wird das relationale Raumverständnis von Löw dargestellt und deren Verständnis über die Herstellung von Raum beschrieben. Darauf folgt eine Aufarbeitung von Lefebvres Theorie zur Produktion von Raum. Diese beiden Theorien werden zusammengeführt, um die Konflikte im Herstellungsprozess von Raum, die sich unter anderem in unterschiedlichen Raumwahrnehmungen begründen, dargestellt.

1.4 AUFBAU DER ARBEIT

Im letzten Kapitel des Theorieteils (2.6) wird der Begriff des städtebaulichen Großprojekts gefasst. Es wird aufgezeigt, welche Projekte unter dem Begriff zusammengefasst werden. Großprojekte stehen nicht allein wegen ihres Umfangs in einer erhöhten Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Sie werden von VertreterInnen der kritischen Stadtforschung als Ausdruck globaler Trends in lokalen Strukturen verstanden und folgen einer eigenen Entwicklungslogik. In der Planung und Realisierung von Großprojekten birgt sich ein enormes Konfliktpotential, das in der Arbeit dargestellt wird.

Anschließend an das Theoriekapitel folgen die beiden Fallstudien. Dazu werden in Kapitel 3 die beiden betrachteten Fallbeispiele dargestellt. Dazu wird zunächst die geplante Umgestaltung des Areals am Wiener Heumarkt beschrieben (3.1). Dabei wird dem sehr ausführlich gestalteten Planungsprozess ebenfalls Beachtung geschenkt. Dann werden die untersuchten Initiativen vorgestellt und deren Motivationen, Ziele und Protesthintergründe dargestellt. Analog dazu ist das Kapitel 3.2 aufgebaut, das sich mit der zweiten Fallstudie der Wohnbebauung Naturpark Linz Süd beschäftigt.

Das vierte und letzte Kapitel dient einerseits der Beantwortung der Forschungsfragen. Andererseits fungiert es als abschließendes Résumé der Arbeit. Dafür werden nochmals explizit die Rollen des Raums bzw. der unterschiedlichen Raumwahrnehmung und der Einstellung zum politischen System der Stadtentwicklung in Bezug auf die Protesthintergründe herausgearbeitet (Kapitel 4.1.1). Darauf folgend wird die Frage, die nach den Möglichkeiten des Umgangs mit Protest fragt, beantwortet (Kapitel 4.1.2). Die Erkenntnisse daraus konnten in gewisse Grundsätze übersetzt werden, die eine Kultur des Aushandelns beschreiben, die Konflikten eine besondere Rolle zuschreibt. Zuletzt wurde ein Fazit (4.2) verfasst, das gedanklich mit dieser Kultur des Aushandelns spielt.

2 THEORETISCHE EINBETTUNG

2.1 PROTEST

Im Zuge der Themenfindung bzw. der Eingrenzung des Themenbereichs des Protests wurde ziemlich schnell klar, dass der Protestbegriff sowohl im Alltagsgebrauch als auch in der Literatur eine gewisse Unschärfe aufweist. Jeder und jede assoziiert damit etwas Unterschiedliches. Manche sehen die Form des Protests, andere das Ziel und die Thematik als ausschlaggebend an und wieder andere finden sich sofort in der (sehr philosophischen) Frage wieder, ab wann man denn überhaupt von Protest sprechen kann. Daher dient dieses Kapitel dazu, den doch sehr breit gefächerten Begriff des Protests zu definieren, seine Rolle und Erscheinungsform(en) in einer Demokratie aufzuzeigen und zu guter Letzt den Zusammenhang von Protest und Raumplanung darzustellen.

2.1.1 DEFINITION/BEGRIFFSKLÄRUNG

Der wörtliche Ursprung von Protest geht auf das Lateinische zurück. Der spätlateinische Begriff *protestor*; -ari bedeutet so viel wie: Zeugnis ablegen, öffentlich aussagen, bezeugen (Pons GmbH 2019). Dieser Wortstamm bedeutet also so viel wie Einspruch vor Gericht (Hüttner 2011). Allerdings wird Protest heute nicht mehr wirklich im Zusammenhang mit Rechtsprechung gesehen. Daher liefert der Duden eine andere Definition, die folgendermaßen lautet: *„meist spontane und temperamentvolle Bekundung des Missfallens, der Ablehnung“* (Bibliographisches Institut GmbH 2019).

Die beiden Herleitungen des Protestbegriffs beschreiben diesen zwar gut, lassen allerdings immer noch ein sehr breites Verständnis von Protest zu. Im Kern der Beschreibungen steckt das öffentliche Kundgeben einer anderen Meinung oder des Nichteinverständnisses mit einer bestimmten Gegebenheit oder Entwicklung. Zwei sehr wichtige Aspekte von Protest werden hier sichtbar. Einerseits gibt es eine Unzufriedenheit mit einer bestimmten Sache oder Gegebenheit. Andererseits wird diese Unzufriedenheit öffentlich kundgegeben. Um den Begriff weiter einzugrenzen, ist es allerdings notwendig, sich noch etwas mit der kundgegebenen Unzufriedenheit zu beschäftigen und in die wissenschaftliche Debatte darum einzutauchen.

Della Porta und Diani beziehen sich in ihrem Werk *„Social movements - an Introduction“*, das als eines der Standardwerke der Protest- und Bewegungsforschung gehandelt wird, auf eine Aussage von Michael Lipsky, der Protest als *„...political resource of the powerless“* bezeichnet (Della Porta & Diani 2006:167). Dabei wird ein wesentlicher Aspekt von Protest betont. Das Ziel des bzw. der Protestierenden ist klar eine Veränderung der Gegebenheit, mit der man unzufrieden ist. Allerdings kann diese Veränderung nicht selbst herbeigeführt werden, da dies außerhalb des eigenen Macht- bzw. Einflussbereiches liegt. Daher ist es nötig, Einfluss auf die jeweiligen EntscheidungsträgerInnen auszuüben, um jene von der eigenen Zielvorstellung zu überzeugen (vgl. Becker 2015:60f). Diese Überzeugungsarbeit wird meist durch das Generieren von Aufmerksamkeit angestrebt. Deshalb werden dem Protestbegriff auch sehr oft die Attribute *„unkonventionell“* und *„außerhalb der Norm“* zugeschrieben.

Zusammenfassend lässt sich Protest als eine nicht alltägliche Handlung, die politische, soziale oder kulturelle Prozesse beeinflusst, beschreiben (Della Porta & Diani 2006:165). Dabei wird versucht auf verschiedene Weise Aufmerksamkeit zu erregen. Diese hängt allerdings sehr stark von der Anzahl an Protestierenden und der gewählten Protestform ab.

2.1.2 ORGANISIERTER PROTEST/ PROTESTBEWEGUNG

Ein wesentliches Ziel von Protest ist die Einflussnahme auf gesellschaftliche Verhältnisse und politische Entscheidungen, die damit eng in Verbindung stehen. Da die Protestierenden meist nicht über institutionalisierte Macht verfügen und formelle wie informelle Einflussnahme daher schwer möglich ist, bedarf es anderer Wege, um der eigenen Meinung/Position Ausdruck zu verleihen. Ein Weg, die angestrebte Einflussnahme zu erhöhen, ist das Generieren von Masse. In der Literatur werden Menschen, die sich für oder gegen eine Sache einsetzen, auch als "Kapital" einer Protestgruppe oder sozialen Bewegung bezeichnet (Rucht 2012:3). In diesem Zusammenhang stellt Rucht die einfache Faustregel auf, dass eine Protestgruppe umso mehr Sichtbarkeit erlangt und dadurch mehr Druck ausüben kann, je größer und einsatzfreudiger ihre Mitglieder sind. Dementsprechend lassen sich die Ansätze, wie versucht wird Masse zu generieren, grob in zwei Kategorien einteilen. Die *quantitative Mobilisierung* setzt auf die einfache Masse, um zu überzeugen. Hingegen rücken Ansätze der *qualitativen Mobilisierung* mehr den Zugewinn von aktiven AnhängerInnen in den Vordergrund. Beide Strategien lassen sich in der Praxis beobachten (ebd.:4).

In Bezug auf das Generieren von Masse liegt eine Analogie zu den "klassischen" politischen Parteien vor, die ebenfalls versuchen durch das Maximieren ihrer AnhängerInnen den Radius der Einflussnahme zu vergrößern (Della Porta & Diani 2006:171f).

In der Protest- und Bewegungsforschung geht man davon aus, dass das Schaffen von Masse und vor allem die folgenden Protestaktionen, die logistischen Aufwand mit sich bringen, meist in irgendeiner Art und Weise mit Organisation verbunden sind. Dennoch gibt es massenpsychologische Ansätze, die ein konkurrierendes Erklärungsmodell liefern. Somit können Erklärungsansätze zur Entstehung von aktiven Menschenmassen grob in zwei Richtungen eingeteilt werden.

Theorien, die der Massenpsychologie zugeordnet werden, erklären das Entstehen von aktiven Menschenmassen über das sogenannte *Reiz-Reaktions-Schema*. Dabei geht man davon aus, dass Gruppen von Menschen in ihren Gefühlen und ihrer Wahrnehmung leicht manipulierbar sind und scheinbar ohne Einsatz des eigenen Verstandes externen Reizen folgen. In Folge dessen komme es zu einer raschen, unkontrollierbaren Verbreitung von Ideen und Verhaltensmustern (Rucht 2012:5).

Demgegenüber stehen Erklärungsmodelle der Ressourcenmobilisierung, die einen vorangegangenen Prozess der Mobilisierung als Voraussetzung sehen. Mobilisierung

2.1.2 ORGANISierter PROTEST/ PROTESTBEWEGUNG

benötige den Einsatz und die Koordination von unterschiedlichen Mitteln sowie Überzeugungsarbeit. Dies führe dazu, dass sich die auf den ersten Blick vielleicht unkoordiniert wirkende Menschenmasse bei genauerer Betrachtung meist als koordiniert und organisiert handelnde Protestbewegung entpuppe (ebd.:5).

In der Praxis lassen sich sowohl die spontan entstandene Menschenmasse, die ihre Unzufriedenheit mit einer Gegebenheit ausdrückt, als auch die gut strukturierten und weit im Voraus organisierten Massenproteste erkennen. Wobei letzteres als weitaus häufiger und realitätsnaher verstanden wird (ebd.:5; Haunss 2009:31).

Protestbewegungen versuchen ihre Umwelt zu beeinflussen, sind allerdings nicht losgelöst von dieser. Daher benötigt es bestimmte Faktoren, die eine Entstehung unterstützen oder begünstigen. Als grundsätzliche Voraussetzung dafür wird das Vorhandensein von negativen Gefühlen oder Wahrnehmungen wie Unzufriedenheit, Empörung, Ärger, Verlustängste usw. gehandelt. Diese subjektiven Wahrnehmungen können sich durch Übersteigerung und Verzerrung rasch zur objektiven Grundlage entwickeln und wirken aufgrund ihres kollektiven Charakters gemeinschaftsbildend innerhalb der Bewegung. Begünstigt wird diese Gemeinschaft durch ein bereits bestehendes soziales Netzwerk, wie etwa eine Dorfgemeinschaft oder die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie oder Religionsgemeinschaft. Als nächstes benötigt es Einigkeit über die VerursacherInnen des Problems. Dies müssen andere Menschen oder soziale Gruppen sein. Die VerursacherInnen dienen in weiterer Folge ebenfalls als AdressatInnen des Protests (Rucht 2012:6f).

An dieser Stelle ist es wichtig zu erwähnen, dass sowohl Problemdeutung als auch Schuldzuweisung innerhalb der Protestbewegung heranwachsen. Daher müssen beide Aspekte als subjektiv konstruierte Faktoren aufgefasst werden. Die objektiv messbare Wirklichkeit spielt dabei lediglich eine untergeordnete Rolle, da sowohl Problemdeutung als auch Schuldzuweisung aus der Wahrnehmung der Protestgruppe entstehen. Diese Art der subjektiven Konstruktion wird in der Regel von den sog. "Platzhirschen" innerhalb einer Bewegung als strategisches Mittel eingesetzt.

In der Bewegungsforschung wird diese Art der Deutungsstrategie als *Framing* bezeichnet, welches in der Theorie in drei Hauptkomponenten unterteilt wird. Das *diagnostic framing*, das sich auf die Benennung von Problemursachen bezieht, das *motivational framing*, das auf das Entwickeln von Handlungsmotiven abzielt und das *prognostic framing*, das Auswege aus der kritisierten Situation aufzeigen will. Diese

auf etwas Konkretes hinweisenden *Frames* können ebenfalls mit übergeordneten *master frames* als Deutungsmustern in Verbindung gebracht werden. Dabei werden die Ursachen für lokale Probleme meist in globalen Megatrends gesucht. Obwohl diese Probleme "nur" subjektiv konstruiert sind und als Manipulationsmittel von Seiten der Führungspersonen verwendet werden, entwickeln sich diese mit der Zeit innerhalb der Bewegung zur objektiven Wahrheit und sind daher in der Erforschung von Protestbewegungen und deren Hintergründen von großer Bedeutung. (vgl. Rucht 2012:6f)

Weitere Faktoren in diesem Zusammenhang sind Zeit und Erfolgserwartung. Bewegungen formieren sich nur zu einem bestimmten Zeitpunkt und wenn die Mitglieder glauben durch Protest ihr Ziel erreichen zu können oder diesem zumindest näher zu kommen. Der im angloamerikanischen Raum verbreitete Begriff *window of opportunity* beschreibt diesen Fakt treffend. Das Problem benötigt eine gewisse Aktualität. Das kann beispielsweise eine vor kurzem getroffene politische Entscheidung sein oder eine Entwicklung, deren Folgen gerade stark spürbar sind. Durch diese Aktualität versprechen sich Protestbewegungen höhere Erfolgchancen. Zudem ist es schwer eine anfängliche Euphorie, die eine Protestbewegung begleitet, über einen längeren Zeitraum aufrecht zu erhalten. Die Motivation der Protestierenden steht stark mit deren Erfolgchancen und der Wahrnehmung dieser in Verbindung (vgl. Rucht 2012:6ff; Opp & Finkel 2001:75ff).

Zusammenfassend kann eine Protestbewegung als ein kollektiver Akteur bezeichnet werden, der sich dem Hilfsmittel der Masse bedienen, um Einfluss auf politische, kulturelle und gesellschaftliche Prozesse auszuüben (Ullrich 2015:9).

2.1.3 PROTESTFORMEN

Der Terminus Protestform bezeichnet das "Wie" des Protests. Also wie, auf welche Art und Weise sich die Unzufriedenheit ausdrückt und versucht wird Einfluss auf EntscheidungsträgerInnen auszuüben. Protestformen sind kulturell bestimmt und an historische Gegebenheiten angepasst. Folglich verändern sich die Protestformen im Verlauf der Zeit. Megatrends wie z.B. die Digitalisierung haben zwar die Organisation von Protestbewegungen erheblich verändert, indem sie die Kommunikation innerhalb der Protestgruppe deutlich vereinfacht und beschleunigt haben. Allerdings scheinen Megatrends jedoch verhältnismäßig wenig Einfluss auf die tatsächliche Protestform zu nehmen. Das sogenannte Protestrepertoire, dem sich Protestbewegungen bedienen, ist zwar sehr breit gefächert, hat sich jedoch seit der Französischen Revolution kaum weiterentwickelt (Della Porta & Diani 2006:168ff; Haunss 2009:32ff).

Obwohl die Protestform als starker Einflussfaktor auf den Erfolg von Protest gehandelt wird, gibt es nur sehr wenig wissenschaftliche Forschung dazu. Dies liegt vermutlich an der Schwierigkeit der Herstellung einer direkten Kausalität zwischen Form und Auswirkung. Oder auch an der Tatsache, dass sich Bewegungen in der Regel nicht auf eine Form des Protests beschränken, sondern meistens einen breiten Mix an Formen zur Überzeugung einsetzen. Dies macht die Feststellung einer Kausalität einer bestimmten Form noch schwieriger. Desweiteren steht die Wahl der Protestform wie die Form selbst in starker Relation zu kulturellen Rahmenbedingungen.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Protestformen beschränkt sich lediglich darauf, diese zu erkennen und zu kategorisieren. Einige dieser Typisierungsansätze werden nun knapp dargestellt, um einen Eindruck davon zu vermitteln, wie breit gefächert Protest sein kann und welche Kriterien bei der Wahl der Form einen Einfluss haben können.

KATEGORISIERUNGSANSÄTZE

Eine der einfachsten Typisierungen ist die Unterscheidung zwischen gewalttätigem und nicht gewalttätigem Protest. Diese Einteilung wird vor allem dazu verwendet, das Gewaltpotential verschiedener Bewegungen einschätzen zu können. Allerdings wird bei dieser Art der Einteilung die Gewaltbereitschaft losgelöst vom jeweiligen Kontext betrachtet. So wird z.B. nicht mit einbezogen, ob die Gewalt von der Protestgruppe ausging oder von den staatlichen Repressionsorganen.

Eine weitere Art der Kategorisierung ist die Einteilung in Gegensatzpaare wie legal/illegal, legitim/illegitim und konventionell/unkonventionell. Da die Wahrnehmung, was

legal, legitim oder konventionell ist, stark von Ort und Zeit abhängig ist, lässt sich eine solche Einteilung nur für bestimmte Untersuchungen von Einzelfällen verwenden und ist daher nicht allgemeingültig (Haunss 2009:34f).

Neben diesen relativ einfach gehaltenen Kategorisierungen lassen sich auch durchaus komplexere finden. Della Porta & Diani beziehen sich in ihrem Werk *“Social Movements - an Introduction”* auf eine Einteilung von Russel Dalton in dessen Werk *“Citizen Politics in Western Democracies”*. Dieser unterscheidet vier Kategorien: Formen, die zwar eine unkonventionelle Art der politischen Teilhabe sind, aber dennoch innerhalb der bestehenden politischen Ordnung passieren, unterschieden, wozu beispielsweise Petitionen oder Demonstrationen zählen. Eine zweite Kategorie bilden direkte Formen wie beispielsweise Boykotte. Die dritte Kategorie in Daltons Einteilung bilden Formen, die illegal aber gewaltfrei sind. Dazu zählen z.B. inoffizielle Streiks oder eine friedliche Hausbesetzung. Die letzte Kategorie bilden gewaltvolle Formen, die gezielt physischen oder materiellen Schaden verursachen (Della Porta & Diani 2006:170).

Haunss bezeichnet eine weitere Kategorisierung von Thomas Balistier als *“wohl ausgefeilteste”*. Dabei wird grob zwischen demonstrativen, symbolisch expressiven und direkten Formen unterschieden. Die demonstrativen Formen gliedern sich in Kundgebungen und Demonstrationen. Dabei wird der politischen Rede mehr oder weniger Bedeutung zugeschrieben. Symbolisch expressive Formen machen die symbolische Handlung zum Kern des Protests. Die direkten Formen werden, ähnlich wie bei Dalton in Verweigerungen, Behinderungen, Besetzungen, und Handlungen, die auf Zerstörung abzielen, untergliedert (Haunss 2009:35f).

EINFLUSSFAKTOREN AUF DIE WAHL DER FORM

Die zuvor beschriebenen Kategorisierungsansätze zeigen, dass es sehr viele Einflussfaktoren auf die Wahl der Protestform gibt. Führt man sich die Tatsache vor Augen, dass es das Ziel einer Protestbewegung ist, Einfluss auf EntscheidungsträgerInnen auszuüben, dann ist es naheliegend, dass jegliche Handlung mit vorheriger strategischer Überlegung verbunden sein muss. Folglich ist auch die Wahl der Protestform als strategischer Akt zu deuten.

Dabei müssen AkteurInnen zwischen den zur Verfügung stehenden persönlichen oder kollektiven Ressourcen und dem zu erwartenden Mehrwert durch den Einsatz einer bestimmten Protestform abwägen. Die Wahl der Protestform folgt daher einer

2.1.3 PROTESTFORMEN

gewissen ökonomischen Logik. Ein weiterer Einflussfaktor sind Moralvorstellungen und Werthaltungen. Dies bezieht sich einerseits auf die eigenen Vorstellungen. Widersprüche zwischen der Protestform und dem eigentlichen Ziel des Protests müssen vermieden werden. Sich mit einer gewaltvollen Protestform für den Weltfrieden einzusetzen, ist z.B. nicht überzeugend.

Protest findet auch in einem bestimmten kulturellen Rahmen statt. Dies beeinflusst, was an bestimmten Orten und zu einer gewissen Zeit als legitim aufgefasst wird. Daran orientiert sich auch die Wahl der Protestform. Innerhalb der Bewegung muss Einigkeit darüber bestehen, ob man im Rahmen des als legitim Empfundene(n) bleibt oder ob dieser Rahmen mit einem möglichen Gewinn an Aufmerksamkeit bewusst verlassen wird. Diese Entscheidung wirkt sich allerdings auch wieder auf die Wahrnehmung der Protestbewegung aus und kann die Öffentlichkeitswirkung positiv oder negativ beeinflussen.

2.1.4 PROTESTHINTERGRÜNDE

In der Protest- und Bewegungsforschung kursieren unterschiedliche Theorien zur Erklärung von Protesthintergründen. Bei vielen dieser Erklärungsmodelle lässt sich eine Verbindung zwischen Konflikten und Protesten erkennen. Allerdings ist die Erklärung und Herleitung der hintergründigen Konflikte unterschiedlich und hat sich im Laufe der Zeit gewandelt.

Konflikt wird als eine Situation verstanden, in der mindestens zwei entgegengesetzte Meinungen oder Ideen, die sich durch konkrete Ereignisse oder Argumente materialisieren, aufeinandertreffen. Bei dieser Betrachtungsweise liegt der Fokus stark auf dem Dissens unterschiedlicher AkteurInnen. In der Protestforschung wurde dieser Dissens lange als eine Störung in einer eigentlich harmonischen Gesellschaft aufgefasst. Erst später gab es Ansätze, die den gesellschaftlichen Dissens anders auffassen (Mössner & Gomes de Matos 2015:328). Dadurch ergibt sich auch eine andere Perspektive auf Protest. Im Folgenden werden nun einige der Theorien zur Entstehung von Protesten vorgestellt und miteinander verglichen.

Als erste Gruppe können Ansätze genannt werden, die sogenannte *„gesellschaftliche Brüche“* als grundsätzliche Konflikte verstehen, die in bestimmten Situationen zu Protest führen. Diese Theorien lassen sich vor allem in der marxistischen Protestforschung finden. Dabei werden - ganz im Sinne des marxistischen Gesellschaftsmodells - Proteste als logische Folge der Klassendifferenz gesehen, die fast automatisch zur Entstehung von Protestbewegungen führen muss (ebd.:329).

Diese marxistischen Ansätze standen später in der Kritik, zu stark auf den Klassenkampf reduziert zu sein. Als Folge wurden weitere Konfliktlinien in der Gesellschaft als Ursache von Protest verstanden. Dieser Blickwinkel auf Protest entstand in der 1968er Bewegung. Die Kernthemen der damals als *„Neue Soziale Bewegungen“* bezeichneten Protestgruppen ließen sich rasch auch in den Theorien wiederfinden. So wurden Konfliktlinien wie Geschlecht, sexuelle Orientierung oder advokatische Anliegen (z.B. Umweltschutz) in die marxistischen Theorien aufgenommen (ebd.:329).

Ein Kritikpunkt an den, der marxistischen Denklogik folgenden Theorien ist der, dass nicht erklärt werden kann, wann es genau zu Protest kommt. Da gesamtgesellschaftliche Bruchlinien als hintergründige Konflikte aufgefasst werden, müsste es eigentlich immer und überall Protest geben. Denn diese Bruchlinien lassen sich nicht konkret verorten. Allerdings ist es in der Realität oftmals so, dass ähnliche Konflikte nur in bestimmten Situationen zu Protest führen. Der kulturelle Kontext hat demnach einen Einfluss auf

2.1.4 PROTESTHINTERGRÜNDE

das Entstehen von Protest. Ähnlich dazu verhält sich die Wahl der Protestform wie in Kapitel 2.1.3 beschrieben (Mössner & Gomes de Matos 2015:329; vgl. Levin-Keitel & Sondermann 2015).

In diesem Sinne bezeichnet Sylvia Terpe (2009), die sich in ihrer Dissertation mit den Wirkungen sozialer Ungleichheit auseinandergesetzt hat, Protest als Folge eines bestimmten Umgangs mit einer konflikträchtigen Situation. Dabei wird nicht der Konflikt an sich als Hintergrund verstanden, sondern die Wahrnehmung von sozial ungerechten Situationen als Bedingung für Protest herausgearbeitet (Mössner & Gomes de Matos 2015:329; Terpe 2009:83). Durch diese Perspektive lassen sich Rückschlüsse auf die Entstehung von einzelnen Bewegungen oder Protestaktionen ziehen.

Eine ähnliche Richtung schlagen massenpsychologische Ansätze ein. Hier wird Protest als spontane Reaktion auf bestimmte Geschehnisse verstanden und als Ventil für Frustration aufgefasst. Die Frustration kann unterschiedlichen Ursprungs sein und geht oft auf eine rasche gesellschaftliche Veränderung, die zur sozialen Ungleichheit beiträgt oder diese auslöst, zurück (Mössner & Gomes de Matos 2015:329; Rucht 2012:5).

Ansätze, die der Rational-Choice-Theorie zuzuordnen sind, folgen einer technisch-rationalen Logik, um Protesthintergründe zu begründen. Konflikte entstehen dabei während der Interaktion unterschiedlicher AkteurInnen in Zusammenhang mit individuellem Verhalten. Dieser Ansatz, der davon ausgeht, menschliches Handeln rational nachvollziehbar erfassen zu können, nennt unterschiedliche Arten von Konflikten: Kontroll- und Verteilungskonflikte von Ressourcen oder Wertekonflikte, die sich durch unterschiedliche Bewertung von Ressourcen ausdrücken (Mössner & Gomes de Matos 2015:330). Dabei können sich gegensätzliche Meinungen hochschaukeln und einen Konflikt von solchen Ausmaßen schaffen, dass die Verhandlung über Alternativen ins Stocken kommen kann.

Diskutiert man die Rolle von Konflikten in einer Gesellschaft allerdings aus einer anderen Perspektive, ergibt sich ebenfalls ein neuer Blickwinkel auf Protest. Die (neo) marxistischen, massenpsychologischen und diejenigen Erklärungsmodelle, die dem Rational-Choice Ansatz folgen, fassen Konflikte als gesellschaftliche Probleme oder zumindest Störfälle auf. Die Ursache dafür ist je nach Betrachtungsweise eine gesellschaftliche Bruchlinie, die Wahrnehmung einer sozialen Ungleichheit oder individuelles Verhalten, das gegensätzliche Auffassungen von Ressourcen und deren Verteilung und Bewertung ausdrückt. Sie sehen also grundlegende gesellschaftliche Problematiken, die es zu beseitigen gilt, um Konflikte und Proteste zu vermeiden.

Dem entgegen stehen Ansätze, die Gesellschaft an sich als *“a web of tensions and incompatible interests”* (Newton in: Mössner & Gomes de Matos 2015:331) versteht. Diese Vorstellung geht von einer sehr heterogenen Gesellschaft aus. Dieser Ansatz lässt sich auch in der aktuellen Debatte um den Begriff der *“Superdiversität”* wiederfinden. Die Meinungen, Vorstellungen und Werthaltungen, sind demnach ebenso divers. Mit dieser Annahme geht einher, dass Konflikte nicht mehr als ein Problem innerhalb einer Gesellschaft aufgefasst werden. Vielmehr wird der Konflikt als ein gesellschaftlicher Normalzustand verstanden. Dabei gibt es eine Parallelität zu postdemokratischen und postpolitischen Ansätzen, die ebenfalls eine Gesellschaft voller Dissens als Ausgangspunkt ihrer Theorien verwenden (vgl. Rosemann 2013; Meyer 2011; Michel & Roskam 2013). Als Folge ergibt sich, dass die Prinzipien und das Procedere der deliberativen Demokratie aufgrund der hohen gesellschaftlichen Diversität nicht mehr in der Lage sind einen *“vernünftigen”* Konsens, der als Entscheidungsgrundlage fungieren soll, zu produzieren. Der Beitrag dieser Perspektive ist jener, dass die Hintergründe nicht mehr nur auf der lokalen Ebene der Konflikte oder deren Umgang gesucht werden können, sondern, dass Proteste auch in ihrer gesellschaftlichen und historischen Einbettung erklärt werden können (Mössner & Gomes de Matos 2015:331). Den postdemokratischen Theorien und dem Zusammenhang derer mit Protest wird in dieser Arbeit noch ein ganzes Kapitel gewidmet, da diese Theorien einen sehr wertvollen Beitrag zur Protestforschung liefern. An dieser Stelle sind diese Theorien nur sehr knapp umschrieben. Detailliertere Informationen zum Begriff der Postdemokratie lassen sich im Kapitel 2.4 finden.

2 THEORETISCHE EINBETTUNG

2.2 PROTEST UND PLANUNG

Aus den vorherigen Kapiteln geht hervor, dass Protest das Ziel hat, Einfluss auf EntscheidungsträgerInnen auszuüben, um einen gewissen Sachverhalt oder eine Gegebenheit zu verändern oder zu verhindern. Dabei wird einerseits versucht durch das Generieren von Masse den Druck auf die EntscheidungsträgerInnen zu erhöhen und andererseits durch den strategischen Einsatz von verschiedenen Protestformen Überzeugungsarbeit zu leisten. Es liegt auf der Hand, dass die Thematik, gegen die protestiert wird, sehr unterschiedlich sein kann. Der Begriff des planungsbezogenen Protests beschreibt dabei Protest, der sich gegen das Prozedere der Raumplanung, dessen Instrumente oder Raumplanungsprojekte richtet. Allerdings werden Proteste, die sich gegen die Auswirkungen der Raumgestaltung richten, ebenfalls unter dem Begriff subsummiert. Führt man sich nun vor Augen, wie weitreichend sich die Wirkungen der Steuerung der räumlichen Planung beschreiben lassen oder auf welchen Ebenen diese Wirkungen erkennbar sind, dann ist es naheliegend, dass der Begriff des planungsbezogenen Protests nur schwer abzugrenzen ist.

Die Arbeit beschäftigt sich mit Protest gegen städtebauliche Großprojekte. Dieser Protest kann jedenfalls dem planungsbezogenem Protest zugeordnet werden. In weiterer Folge werden darüberhinausgehend planungsbezogene Protesthintergründe beschrieben.

2.2.1 PLANUNGSBEZOGENE PROTESTHINTERGRÜNDE

Auch der Protest gegen planerische Vorhaben wird immer häufiger. Auch hier geht man davon aus, dass es Konflikte sind, die in einem großen Ausmaß Proteste befeuern. Allerdings gibt es noch keine spezifische Theorie, die den Zusammenhang von Konflikt, Protest und Stadtplanung beschreibt. Dennoch lassen sich Konflikte, die in einer gewissen Art typisch für das planerische Handeln sind, herausarbeiten. Wie diese Konflikte im Zusammenhang mit Protest stehen, wird im Folgenden erläutert.

Für Planung gibt es keine allgemeingültige Definition. Dennoch kann der Prozess der Raumplanung als *„systematisches Vorgehen zur Entscheidungsvorbereitung für zukünftige Raumentwicklungen verstanden“* (Günzel 2016:1) werden. Ziel dieses Procederes ist es einerseits inhaltliche und strategische Fragen der räumlichen Entwicklung zu klären, andererseits muss dabei versucht werden *„unterschiedliche Nutzungsansprüche an den Raum in Einklang“* (Günzel 2016:1) zu bringen.

Da Raum als endliche Ressource bezeichnet werden kann, ist es naheliegend, dass es nicht möglich ist, alle Nutzungsansprüche an den Raum zu erfüllen. Somit kann jede im Planungsprozess getroffene Entscheidung für etwas auch als Entscheidung gegen vieles anderes verstanden werden. Darüber hinaus *„können mithilfe der Planung alternative Handlungsmöglichkeiten entwickelt, vorgeschlagen und diskutiert werden“* (Günzel 2016:1). Demzufolge grenzen im Planungsprozess getroffene Entscheidungen nicht nur bestimmte Nutzungen und somit auch bestimmte gesellschaftliche Gruppen aus, sondern eröffnen auch einen ganz bestimmten Weg der künftigen räumlichen und dadurch auch gesellschaftlichen Entwicklung. Dieser Logik folgend ergeben sich im Planungsprozess unterschiedliche Konflikte, die dem Wesen der Planung immanent sind. Der Planungsprozess lässt sich daher grundsätzlich als eine konfliktträchtige Situation beschreiben (Mössner & Gomes de Matos:331).

Othengrafen und Sondermann (2015) gehen noch einen Schritt weiter und bezeichnen den Planungsprozess als eine asymmetrische Konfliktsituation. Dabei beziehen sie sich auf die Tatsache, dass im Planungsprozess immer bestimmte AkteurInnen mehr Durchsetzungsvermögen aufweisen als andere. Sei es durch die formale Entscheidungsgewalt oder die ungleiche Verteilung verschiedener Ressourcen unter den AkteurInnen. Folglich bekommen bestimmte Meinungen

und Werthaltungen im Prozess mehr Gewicht und Beachtung als andere. Diese ungleichen Machtkonstellationen, die einen Planungsprozess charakterisieren, sehen Othengrafen und Sondermann als ursächlich für Protest gegen planerische Vorhaben an (Othengrafen & Sondermann 2015:13ff).

Demnach kann der Planungsprozess für diejenigen, deren Ansprüche nicht erfüllt werden, als eine sozial ungerechte Situation verstanden werden. Folgt man nun der Logik von Sylvia Terpe (2009), die das Entstehen von Protest in einem bestimmten Umgang mit Konflikten und der daraus resultierenden Wahrnehmung einer sozial ungerechten Situation, erklärt, dann ist der Protest gegen planerische Vorhaben leicht nachvollziehbar. Denn ein bestimmter Umgang mit diesen Konflikten und ein entsprechendes Framing, können diese eskalieren lassen, wodurch sich organisierter Protest formiert und gegenüberstehende Fronten verhärten.

Othengrafen und Sondermann (2015) zeigen im Einleitungskapitel der Planungsrundschau 23 die typischen im Planungsprozess auftretenden Konflikte auf und kategorisieren diese folgendermaßen:

Aufgaben- oder Zielkonflikte: Dabei gehen die Konfliktparteien von einem unterschiedlichen Verständnis von Zielauffassungen aus und Uneinigkeiten betreffend unterschiedlichen Zuständigkeitsauffassungen sind vorhanden. Es wird zwischen *Verteilungskonflikten*, welche die Verteilung von knappen oder nicht vermehrbaren Gütern oder Ressourcen thematisieren, *Faktenkonflikten*, die eine Bewertung und Gewichtung von Datenmaterial ins Zentrum stellen, und *Interessenkonflikten*, die (mindestens) zwei unterschiedliche, meist unvereinbare Interessen gegenüberstellen, unterschieden.

Beziehungs- oder Wertkonflikte: Der Konflikt gründet sich auf unterschiedlichen Wertvorstellungen und Überzeugungen der Konfliktparteien. Als Beispiele können die Unvereinbarkeit persönlicher Präferenzen oder gesellschaftlicher Einstellungen sowie Vorstellungen von Ästhetik oder der politischen Ausrichtung genannt werden.

Prozess- oder Mittelkonflikte: Diese Form setzt Einigkeit über das zu erreichende Ziel voraus. Allerdings ist man sich über den Weg, die Methode oder mit welchen Mitteln oder Instrumenten das Ziel erreicht werden soll, uneins.

2.2.1 PLANUNGSBEZOGENE PROTESTHINTERGRÜNDE

Strukturelle Konflikte: Diese Art der Konflikte bezieht sich auf generelle gesellschaftliche Bruchlinien wie ungleiche Macht- oder Ressourcenverteilung oder ungleiche Partizipationsmöglichkeiten der beteiligten AkteurInnen.

Diese Kategorisierung ist als idealtypisch zu verstehen. In der Realität liegt meistens eine Mischung aus mehreren Kategorien vor (Othengrafen & Sondermann 2015:10f).

Auch die tatsächlichen Hintergründe, an denen sich die zuvor beschriebenen Konflikte artikulieren und durch entsprechendes Framing von latenten zu real spürbaren und bemerkbaren Konflikten hochschaukeln, werden von Othengrafen und Sondermann (2015) dargestellt.

Einerseits lassen sich *„grundlegende gesellschaftliche Proteste“* feststellen, die vermehrt einen Vertrauensverlust in Politik und Wirtschaft ausdrücken. Diese sind eng mit dem Begriff der *„Politikverdrossenheit“*, wie er in Postdemokratischen Theorien verwendet wird, verbunden. Dabei liegt der Hintergrund in einem gesamtgesellschaftlichen Bruch im (neo)marxistischen Sinne (vgl. Kapitel 2.1.4). Das konkrete Planungsprojekt oder die Zielsetzungen einer strategischen Planungsentscheidung oder deren vermutete Folgen unterstreichen den gesellschaftlichen Bruch oder tragen zumindest nicht zu dessen Beseitigung bei. Proteste dieser Art *„entzünden“* sich sozusagen an einem konkreten planerischen Projekt und richten sich zunächst gegen dieses. In weiterer Folge dehnt sich dann der Protest allerdings aus und prangert den gesamtgesellschaftlichen Bruch direkt an.

Ein weiterer Hintergrund ist ein *„technisches Vorhaben“*, dass in Verbindung mit planerischen Vorhaben steht. Dabei werden unter anderem grundsätzliche Fragen zur technologischen Entwicklung thematisiert. Auch hier kann sich der Protest über das Lokale ausweiten, da ebenfalls Grundsatzfragen oder Haltungen kritisiert werden. Unterstützt wird die Empörung in diesen Fällen meist durch eine für Laien schwer nachvollziehbare Entscheidungsgrundlage, da sich selbst ExpertInnen über den Mehrwert der technischen Neuerung uneins sind. Dadurch entstehen zahlreiche Gutachten und Gegengutachten, die für Laien kaum verständlich sind.

In eine andere Richtung geht die unmittelbare Betroffenheit durch lokale Planungsprojekte. Dabei sehen sich die AnhängerInnen der Protestbewegung durch die negativen Auswirkungen eines Projekts direkt betroffen. Durch die Tatsache, dass

sich räumliche Effekte (auch die negativen) ungleichmäßig verteilen, sehen sich die Betroffenen als Benachteiligte an.

Als ein weiterer Punkt kann ein Hintergrund, der direkt mit dem Projekt in Verbindung steht, genannt werden. Dazu zählt z.B. eine unerwartete Kostensteigerung, die zur Empörung führt.

Des Weiteren gibt es Proteste, die sich gegen die Art der Kommunikation und die Intransparenz formaler Verfahren richtet. Damit ist ebenfalls die Frage nach der Nachvollziehbarkeit planerischer oder politischer Entscheidungen verbunden. In diesen Fällen wird meist eine lokale Form der direkten Demokratie gefordert (Othengrafen & Sondermann 2015:11ff).

2.2.2 UMGANG MIT PROTEST UND KONFLIKT IN DER PLANUNG - THEORETISCHE PERSPEKTIVE

Aus den vorherigen Kapiteln geht hervor, dass es innerhalb eines Planungsprozesses aus verschiedenen Gründen zu Konflikten und Protesten kommen kann. Welche Möglichkeiten hat nun die Planung damit umzugehen? Othengrafen und Sondermann (2015) befassen sich im Einleitungskapitel der Planungsrundschau 23 mit diesen Möglichkeiten. Zunächst einmal ist es wichtig die in der Praxis beobachtbaren Reaktionen auf planungsbezogenen Protest aufzuzeigen. Othengrafen und Sondermann nennen in diesem Zusammenhang folgende Aussage: *„Die Bandbreite reicht dabei von „ignorieren“ und „verteidigen“ (z.B. Stuttgart 21) über „abwarten“ und „verzögern“ (Hamburger Gängeviertel, etc.) bis hin zur „aktiven Einbeziehung“ (z.B. Community Gardening, Folgeprozess Gängeviertel)“* (Othengrafen und Sondermann 2015:15). Aus diesen Reaktionen leiten sie in weiterer Folge drei idealtypische Möglichkeiten ab, wie die Planungspraxis mit Konflikten im Prozess umgehen kann. Dabei sind die jeweilige Auffassung und Bewertung von Konflikten ein zentrales Element, das es ermöglicht, Rückschlüsse über den jeweiligen Umgang mit Protest zu generieren.

KONFLIKTE IGNORIEREN - EIN HOCH AUF DAS EXPERTINNENWISSEN

Die erste Möglichkeit ist, Konflikt als Nebenprodukt im Planungsprozess zu verstehen. Dabei werden Konflikte von der Planungsautorität (PlanerInnen und PolitikerInnen) als Einzelfall aufgefasst und daher meist ignoriert. Im Kern dieser Auffassung von Konflikt steht das Paradigma des technischen Staates, dem Planungsprozesse oftmals folgen. In diesem Paradigma wird der technische Fortschritt als alternativlose Entwicklungslinie aufgefasst und als solche vom Staat propagiert (Tenz 2011:3). Dabei erarbeiten PlanerInnen meist mit Hilfe von technischen Gutachten eine wissenschaftlich fundierte Entscheidungsgrundlage für PolitikerInnen. Aufgrund dieser werden dann zukünftige Ziele, Leitbilder oder Strategien der räumlichen Entwicklung beschlossen.

Dabei verstehen sich PlanerInnen selbst als ExpertInnen für die räumliche Entwicklung, die in der Lage sind im Sinne des größten Gemeinwohls die *„richtigen“* planerischen Mittel auszuwählen, um ein durch die Politik festgelegtes Ziel oder einen Idealzustand des Raumes zu erreichen. Planung wird dabei als logisch, rational und ohne Auftreten von Widersprüchen verstanden und eine Beteiligung der Zivilgesellschaft wird als nicht nötig erachtet. Den PlanerInnen wird in diesem Verständnis zugeschrieben, dass sie über ausreichend (nahezu vollständige) Information(en) verfügen, um die

Bedürfnisse möglichst aller (=größtes Gemeinwohl) in ihre "Pläne" einfließen lassen zu können. Der Bevölkerung wird dabei nicht zugetraut über ausreichendes Wissen zu verfügen, um bei planerischen Entscheidungen mitbestimmen, oder zwischen unterschiedlichen Maßnahmen abwägen zu können. Zu Konflikten kann es in diesem Verständnis nicht kommen, da PlanerInnen durch Ihr Fachwissen in der Lage sind, das größte Gemeinwohl zu schaffen. Wird dennoch eine andere Meinung artikuliert, dann wird dies als ein Störfall abgetan, der durch die formale Legitimation politischer EntscheidungsträgerInnen abgewiesen wird.

Der Hauptkritikpunkt an diesem Planungsverständnis ist die Annahme des Vorhandensein der vollständigen Information, die utopisch wirkt und PlanerInnen schon fast als Übermenschen darstellt. Denn fällt diese Annahme weg, ist es auch nicht mehr möglich im Sinne des größten Gemeinwohls zu planen, da es unmöglich ist, alle Bedürfnisse zu kennen und diese zu beachten.

Konflikt und Protest werden demnach als Einzel- oder Störfall aufgefasst und hoheitlich gelöst. Dies geschieht in der Regel über nachträgliche Kompromisslösungen, Mehrheitsentscheide oder politische Beschlüsse. Allerdings widerstrebt dieses Vorgehen dem Demokratieverständnis bestimmter Teile der Bevölkerung, die ein Mehr an Partizipation fordern. Dadurch ist es naheliegend, dass es zu Protest kommen kann.

KONFLIKTE VERMEIDEN BZW. AUSTRAGEN - DER KOMMUNIKATIVE UND KOOPERATIVE WEG ZUM KONSENS

Eine weitere Möglichkeit ist es, Konflikte als störende Elemente zu empfinden. In diesem Verständnis werden Konflikt und Protest oft nachgesagt, dass dadurch innovative Lösungsansätze verhindert werden. In diesem Sinne erhebt man den Anspruch, Konflikte durch kooperative und konsensorientierte Planungsprozesse austragen oder lösen zu können. Konflikte werden akzeptiert und sollen im Prozess gelöst werden. Diese Vorstellung geht mit einem Planungsverständnis einher, das unterschiedlichen Positionen eine "Arena" im Habermas'schen Sinne bieten soll. Dabei soll im Prozess einerseits ein Interessensausgleich zwischen den AkteurInnen entstehen und aufgrund dessen gewisse Kompromisslösungen erarbeitet und realisiert werden. Im Kern des kooperativen Planungsverständnisses steckt ein demokratischer Ansatz, der Pluralismus/Diversität, gleichverteilte Macht und transparente öffentliche Prozesse beinhaltet. Für solche Planungsprozesse ist es typisch zu einem relativ frühen Zeitpunkt

2.2.2 UMGANG MIT PROTEST UND KONFLIKT IN DER PLANUNG - THEORETISCHE PERSPEKTIVE

im Prozess über das geplante Vorhaben zu informieren, um einen öffentlichen Diskurs anzustoßen. Neben dem Informieren geht man meist noch einen Schritt weiter und beteiligt verschiedene AkteurInnen aktiv am Prozess. Die beteiligten AkteurInnen haben eine beratende Funktion im Prozess. Die Entscheidungen werden letztendlich dennoch innerhalb des politisch administrativen Systems getroffen.

In einem Planungsprozess, der die Kooperation zum Thema hat, verlagert man die Entscheidung in einen "intermediären Bereich" (Selle 1994:65ff). Ziel ist es, dass privatwirtschaftliche, zivilgesellschaftliche und politisch-administrative AkteurInnen gemeinsam auf Augenhöhe nicht nur über Alternativen beraten, sondern auch die dafür notwendigen Entscheidungen treffen.

Allerdings wird auch an diesem kommunikativen bzw. konsensorientierten Modell oftmals Kritik geübt. Dabei bezieht sich die Kritik meist auf den dabei entstehenden Konsens und stellt die Frage, ob dieser überhaupt als ein solcher aufgefasst werden kann. Einerseits wird kritisiert, dass es nicht möglich ist wirklich alle gesellschaftlichen Gruppen innerhalb des Beteiligungsprozesses zu repräsentieren, wodurch es immer zu einer gewissen Form von Exklusion kommt. Diese Tatsache lässt sich gedanklich sehr nahe an der Kritik postdemokratischer Ansätze einordnen, die davon ausgehen, dass in einer "Superdiversen" Gesellschaft Konsens nur über Exklusion entstehen kann (vgl. Kapitel 2.4). Als Folge stützt sich eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe auf einen Konsens, der im Extremfall durch eine Minderheit zustande gekommen ist. Dies steht in einem deutlichen Widerspruch zur demokratischen Mehrheitsregel und unterstützt das Durchsetzen von Einzelinteressen gegenüber dem Gemeinwohl.

Ein anderer Kritikpunkt ist der sogenannte "Minimalkonsens". Unter diesem Begriff versteht man einen Konsens, der durch viele unterschiedliche AkteurInnen entsteht. Dabei ist der kleinste gemeinsame Nenner, der sich in einer diversen Runde ergibt, meist ziemlich weit von dem angestrebten Ziel entfernt und kann daher nicht als "bestmögliche Lösung" aufgefasst werden. Ein "Minimalkonsens" entsteht meist dann, wenn AkteurInnen grundlegende Meinungsverschiedenheiten haben, sodass ein sinnvoller Kompromiss nicht möglich ist.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Tatsache, dass kooperative und konsensorientierte Planungsprozesse von der Annahme ausgehen, dass es einen "Machtfreien Raum" gibt. Dieser Raum wird von den AkteurInnen dazu genutzt, um ihre Argumente gegeneinander abzuwägen. Dabei geht man davon aus, dass alle Beteiligten über das gleiche Ausmaß an Macht verfügen und sich somit nach einiger Zeit das beste

Argument durchsetzt. Allerdings starten die AkteurInnen mit unterschiedlichen Mitteln und Ressourcen in den Aushandlungsprozess. Dies führt dazu, dass ein ausgeglichenes Machtverhältnis nur in der Theorie besteht. Meist setzten sich bestimmte Parteien im Prozess stärker durch als andere und bestimmte Diskurse sind von vornherein "wichtiger" als andere. Auch dies steht im Widerspruch mit der demokratischen Mehrheitsregel.

Diese Kritikpunkte an den kooperativen und konsensorientierten Planungsprozessen zeigen deutliche Gründe auf, warum der planerische Konsens, der als Entscheidungsgrundlage fungiert, nicht immer als solcher aufgefasst werden muss. Daher wird in den Planungswissenschaften auch oftmals die Frage nach der Krise der Beteiligung gestellt (vgl. Zimmermann 2012).

"Einerseits soll Partizipation ein Mittel zur besseren Information planender Verwaltung und zur reibungsloseren Durchsetzung der Planung sein - Herrschaftsinstrument -, andererseits soll sie der Selbstbestimmung der Beplanten und damit dem Abbau von Herrschaft dienen." (Battis 1976:56 in Haumann 2015:95)

KONFLIKTE AKZEPTIEREN - DER KRITISCHE PRAGMATISMUS

Als dritte Möglichkeit können Konflikte als Ausdruck von Diversität und Ungleichheit aufgefasst werden. Dieser gesellschaftliche Dissens wird im Folgenden als solcher akzeptiert und als Ausgangspunkt des Planungsprozesses anerkannt. Dieses Verständnis bedarf einem (weniger verbreiteten) Planungsverständnis, welches Planung als unendlichen Prozess versteht, in dem AkteurInnen immer wieder die Möglichkeit haben, ihre Meinungen zu äußern und einzubringen.

Dieses Planungsverständnis ist als eine klare Kritik an einer linearen und rationalen planerischen Vorgehensweise zu verstehen. Dabei wird den kooperativen und konsensorientierten Planungsprozessen vorgeworfen, dass sie sich zu stark auf die Methoden zur Erreichung eines Konsens konzentrieren. Durch die damit einhergehende Exklusion ziele man darauf ab, Konflikte zu verstecken und nicht zu lösen. Auch hier findet sich eine Parallelität zu postdemokratischen Theorien, die jedem politischen Entscheidungsprozess selbiges vorwerfen (vgl. Kapitel 2.4).

Daher versucht der kritische Pragmatismus nicht, Konflikte im Prozess durch Aushandeln

2.2.2 UMGANG MIT PROTEST UND KONFLIKT IN DER PLANUNG - THEORETISCHE PERSPEKTIVE

zu lösen, sondern steckt sich andere Ziele. Othengrafen und Sondermann beschreiben diese folgendermaßen. *“(1.) die unterschiedlichen Interessen und Zielsetzungen zu erkennen, (2.) zu verstehen, was den beteiligten Gruppen überhaupt wichtig ist, und (3.) nachzuvollziehen, wie ein Diskurs zu einem bestimmten Thema entsteht und wer diesen Diskurs maßgeblich mit welchen Mitteln geprägt hat.”* (Othengrafen & Sondermann 2015:18f)

Kritikpunkte lassen sich in der Literatur bisher noch nicht finden. Dies steht wahrscheinlich in Zusammenhang damit, dass der kritische Pragmatismus als ein sehr junges Planungsverständnis aufgefasst werden kann. Als Kritik kann allerdings genannt werden, dass ein unendlicher Planungsprozess mit den ökonomischen Produktionszwängen, die in einem kapitalistisch geprägten System vorherrschen, nur schwer zu vereinen ist. Allerdings lassen Schlagworte, wie die immer wieder geforderte *“Urbane Sukzession”*, die unbeplante Räume als Voraussetzung für das Entstehen des Städtischen verstehen, eine Tendenz dazu erkennen, dass Planungsprozesse über deutlich längere Zeiträume gedacht werden müssen/sollten.

2 THEORETISCHE EINBETTUNG

Die approbierte gedruckte Originalversion dieser Diplomarbeit ist an der TU Wien Bibliothek verfügbar.
The approved original version of this thesis is available in print at TU Wien Bibliothek.

2.3 PROTEST UND DEMOKRATIE

Protest findet in westlichen Gesellschaften innerhalb eines demokratischen Systems statt. Protest richtet sich meist gegen Entscheidungen oder deren anzunehmende Folgen, die innerhalb dieses Systems auf dem üblichen formalen Weg getroffen wurden. Er agiert allerdings meist außerhalb von konventionellen demokratischen Entscheidungsprozessen. In Anbetracht dieser Tatsache drängt sich die Frage auf, welche Rolle Protest innerhalb eines demokratischen Systems einnimmt und wie dieser überhaupt legitimiert ist? Dieses Verhältnis von Protest und Demokratie wird im Folgenden kurz dargestellt.

2.3.1 DIE ROLLE VON PROTEST IN EINER DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT

“Protest ist wie ein Schnupfen. Es wird laut geniest, man ist mal krank und fühlt sich nicht gut, aber das Immunsystem wird letztlich gestärkt. Es gibt selten Schnupfen der ein Leben lang dauert.” (I_E3 Z. 447 - 449)

Protest wird in vielen Definitionen als etwas Unkonventionelles bezeichnet. Dieses Attribut bezieht sich darauf, dass Protest meist außerhalb des konventionellen und formal vorgegebenen Rahmens einer Demokratie stattfindet. Dies weist darauf hin, dass Protest streng genommen im Widerspruch zur repräsentativen Demokratie steht. Die Bundeszentrale für politische Bildung definiert die repräsentative Demokratie folgendermaßen: *“Form der Demokratie, in der die Bürgerinnen und Bürger politische Entscheidungen nicht direkt selbst treffen, sondern sie - auf Zeit - gewählten Vertretern (Repräsentanten) überlassen, die für sie stellvertretend tätig sind”* (Bundeszentrale für politische Bildung 2019b). Folglich sind die gewählten RepräsentantInnen formal dazu legitimiert politische Entscheidungen zu treffen. Protest hat in dieser Logik, dass gewählte VertreterInnen sich für Entscheidungen an den Ansprüchen der Bevölkerung orientieren, um diese bestmöglich zu erfüllen, keinen Platz. Dennoch tritt Protest gegen so getroffenen Entscheidungen vermehrt auf. Es scheint also eine Diskrepanz zwischen dem, was legal ist und dem, was als legitim empfunden wird, zu geben. Die Haltung gegenüber demokratisch legitimierten Entscheidungen hat sich innerhalb der Gesellschaft scheinbar verändert (vgl. Bergmann 2012:17).

Den Gegensatz zur repräsentativen Demokratie bildet die direkte Demokratie. Dabei werden Entscheidungen direkt vom Volk getroffen und nicht von gewählten RepräsentantInnen. Innerhalb vieler Protestbewegungen wird die Forderung nach Formen direkter Demokratie erhoben. So lässt sich der zunehmende Protest auch als Krise der Repräsentation oder repräsentativen Demokratie bezeichnen (Azzellini 2016:1; Ullrich 2015:14ff; vgl. Zimmermann 2012).

In einer real gelebten Demokratie kommen natürlich nicht nur Formen der Entscheidungsfindung, die der repräsentativen Demokratie zuzuschreiben sind, vor, sondern es wird eine Mischform zwischen der direkten und repräsentativen Demokratie gelebt. So haben partizipative Prozesse, welche die Zivilgesellschaft auf verschiedene Arten in den Entscheidungsprozess einbeziehen, hohe Relevanz für den politischen Entscheidungsprozess. Direkte Demokratieförmlichkeiten finden sich oft bei der Umgestaltung von lokalen Gegebenheiten, wie z.B. einem Stadtentwicklungsprojekt wieder, denn dabei wird der Zivilgesellschaft im Gegensatz zu z.B. Gesetzgebungsverfahren

zugetraut über das nötige Wissen zu verfügen, um einen sinnvollen Beitrag zur Entscheidungsfindung zu liefern (Bergmann 2012:21).

Allerdings haben auch die partizipativen BürgerInnenbeteiligungsverfahren einige aus demokratiethoretischer Sicht kritisch zu bewertende Aspekte. Es besteht die Gefahr, dass die "Partizipationswilligen" und deren Positionen als wichtiger empfunden werden als die Positionen derer, die als gewählte RepräsentantInnen fungieren. Dies steht in einem Widerspruch zur wichtigen Mehrheitsregel einer Demokratie, da man zivilgesellschaftlichem Engagement meist Vorrang gewährt (ebd.:22ff).

Wird Protest auch als eine Form von zivilgesellschaftlichem Engagement verstanden - was sich nicht bestreiten lässt - dann ist es schwer zu rechtfertigen, warum auf dessen Forderungen eingegangen wird, wenn man der Logik der Mehrheitsregel folgt. Auch die Konsensbildung innerhalb von Partizipationsprozessen wird oftmals kritisiert. Dadurch, dass es bestimmte Ressourcen, wie z.B. Zeit, Sprachkenntnis oder einen bestimmten Bildungsgrad etc., benötigt, um an diesen Prozessen teilzunehmen. Diese Ressourcen sind innerhalb einer Gesellschaft ungleich verteilt und daher ist Partizipation immer mit Exklusion und ungleichen Machtverhältnissen verbunden. Dies führt dazu, dass der dabei entstehende Konsens nicht in der Lage ist, Ansprüche der gesamten Gesellschaft zu beachten oder zu einem Minimalkonsens verkümmert (s.a. Kapitel 2.2.2). Da sich Protest auch gegen diese "Nebeneffekte" von Partizipation richtet, obwohl er sie sich auch nicht selten zu Nutze macht, kann Protest auch als Kritik gegen die Art und Weise, wie Partizipation innerhalb einer Demokratie eingesetzt wird, aufgefasst werden (Mössner & Gomes de Matos 2015:332ff).

In einem anderen Kontext wird Protest als Indikator für eine "gesunde" Demokratie verstanden (ebd.:333). In diesem Zusammenhang werden ebenfalls demokratische Grundwerte angesprochen. Denn in einem Herrschaftssystem, bei dem per Definition die Macht vom Volk ausgeht, muss selbiges auch die Möglichkeit haben, sich am politischen Prozess zu beteiligen und diese auch nutzen dürfen. Folglich ist politische Partizipation ein wesentlicher Bestandteil einer Demokratie (van Deth 2009:141).

In den Politikwissenschaften kursieren verschiedene Definitionen für den Begriff der politischen Partizipation, die alle einen gemeinsamen Kern haben. Die Bundeszentrale für politische Bildung liefert folgende Definition: *"Unter politische Partizipation fallen jene Verhaltensweisen von Bürgern, die als Gruppe oder allein freiwillig Einfluss auf politische Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems (Kommune, Land, Bund und Europa) ausüben wollen."* (Bundeszentrale für politische

2.3.1. DIE ROLLE VON PROTEST IN EINER DEMOKRATISCHEN GESELLSCHAFT

Bildung 2019a) Salopp gesagt ist also politische Partizipation nichts anderes als “[...] alle Aktivitäten von Bürgern mit dem Ziel politische Entscheidungen zu beeinflussen.” (van Deth 2009:141) Da Protest versucht (meist politische) Entscheidungen zu beeinflussen (vgl. Kapitel 2.1.1) kann er als politische Partizipation aufgefasst werden.

Politische Partizipation übernimmt mehrere Rollen innerhalb einer Demokratie. Einerseits die Wahl der politischen RepräsentantInnen. Andererseits dient sie auch dazu, eine gewisse Rückkopplung zu ermöglichen. Folglich erfüllt Partizipation auch den Zweck, EntscheidungsträgerInnen auf Bedürfnisse oder Forderungen aufmerksam zu machen, die Verantwortung der Regierung gegenüber den WählerInnen zu gewährleisten und vor allem auch Zustimmung oder Ablehnung bezüglich getroffener Entscheidungen auszudrücken (Gabriel 1991:328). Daher ist es nicht verwunderlich, dass es Protestformen gibt, die innerhalb des demokratischen Systems nicht nur toleriert, sondern sogar erwünscht sind, denn es ist ganz im Sinne der Demokratie gewissen Dingen zu widersprechen. Dies geschieht über die (parlamentarische) Opposition oder über Protest (Della Porta & Diani 2006:166f). So ist z.B. die Möglichkeit geboten, durch Formen wie z.B. einer Petition einen erneuten (parlamentarischen) Diskurs über gewisse Entscheidungen zu erzwingen. Protest ist also in bestimmten Formen auch demokratisch legitimiert.

Protest als Form des zivilgesellschaftlichen Engagements ist innerhalb einer Demokratie also zumindest in einem gewissen Ausmaß erwünscht. Allerdings steht er auch in einem gewissen Gegensatz zu der Mehrheitsregel und der meist praktizierten repräsentativen Demokratie. Aber auch in direkten Demokratieformen kann es durch den Einfluss und die Macht, die Protestgruppen im Laufe von Partizipations- und Beteiligungsprozessen entwickeln, zu einer Dynamik kommen, die dem Kern der Demokratie widerspricht. Fasst man allerdings Protest als “Seismographen” für soziale Missstände auf, wie es Castells (1975) in seinem Werk “Kampf in den Städten” vorschlägt und es mittlerweile in der Protestforschung üblich ist (Holm 2014:57, Ullrich 2015:20), dann wird rasch klar, dass zunehmender Protest auch ein Indikator für zunehmende Missstände ist. Oder zumindest vermehrt die Wahrnehmung ungerechter Situationen innerhalb der Gesellschaft verbreitet ist.

RÉSUMÉ

Partizipation ermöglicht in einer demokratischen Gesellschaft der Bevölkerung die Teilhabe am politischen Prozess und ist demnach als ein essentieller Bestandteil einer Demokratie zu verstehen. Protest ist eine Form der politischen Partizipation, die es ermöglicht andere Interessen und Ansprüche zu äußern und Geschehnissen zu widersprechen. Er übernimmt durch die Artikulation der Ablehnung einer getroffenen Entscheidung, die Aufgabe einer Rückkopplung und bietet dadurch auch das Potential einen Beitrag zu einer „faireren“ Politik zu leisten. Dabei bewegt sich Protest allerdings auf dem schmalen Grad zwischen der demokratischen Mehrheitsregel und dem Bevorzugen weniger, stark artikulierter Einzelinteressen. Durch diese Tatsache kann Protest sowohl als Seismograph für soziale Missstände als auch als Indikator für eine funktionierende Demokratie bezeichnet werden.

2 THEORETISCHE EINBETTUNG

Die approbierte gedruckte Originalversion dieser Diplomarbeit ist an der TU Wien Bibliothek verfügbar.
The approved original version of this thesis is available in print at TU Wien Bibliothek.

2.4 POSTDEMOKRATIE

“Post-democracy furthers a consensual, technocratic and entrepreneurial form of urbanity, in which clearly identifiable social groups (with certain interests, goals, values, cultures) are connected or mediated between to reach a consensus.” (Franta & Hamedinger 2018 S.240)

Einen Erklärungsansatz für bestimmte Missstände in der gelebten und praktizierten Form von Demokratie liefern postdemokratische oder postpolitische Theorien. Diese kritischen Theorien sehen derzeit in westlichen Gesellschaften das “Politische” nicht mehr existent, sondern durch andere Faktoren ersetzt. Dieser Zustand, in dem sich westliche Gesellschaften befinden, führt zu dem, was umgangssprachlich auch als “Politikverdrossenheit” bezeichnet wird. Mit diesem Begriff ist ein allgemeiner Vertrauensverlust in die gelebte und praktizierte Form der Demokratie beschrieben, der in Fachkreisen auch als “Krise der Repräsentation” bezeichnet wird (vgl. Zimmermann 2012). Was unter diesen Begriffen verstanden wird, wie postdemokratische Theorien dieses Phänomen erklären und warum dabei dem Konflikt und Protest eine ganz besondere Rolle zugeschrieben wird, wird in folgendem Kapitel erklärt. Zudem wird dargestellt, wie sich die Postdemokratie auf Stadt und Stadtentwicklung auswirkt. Dabei stütze ich mich hauptsächlich auf Arbeiten von Erik Swyngedouw (2013), der dies mit dem Begriff der „postpolitischen Stadt“ umschreibt.

2.4.1 BEGRIFFSKLÄRUNG

Der Begriff der Postdemokratie wurde erstmals von Jacques Rancière 1995 verwendet, um das *“Demokratiedefizit gegenwärtiger politischer Institutionen und Verfassungen freizulegen.”* (Meyer 2011:2) Auch Colin Crouch (2008) hat den Begriff der Postdemokratie in seinem gleichnamigen Werk nachdrücklich geprägt. Das Präfix “post” ist demnach als Kritik an der praktizierten Form der repräsentativen Demokratie zu verstehen. Dabei wird modernen Demokratien unterstellt, dass das Wesen des Politischen durch einen Zwang zum Konsens ersetzt wurde.

Der Konsenszwang rückt dadurch in die Kritik der postdemokratischen Ansätze, dass diese die Entstehung eines wirklichen Konsenses in einer heterogenen Gesellschaft für unmöglich halten. Allerdings stützen sich Entscheidungsgrundlagen formal auf einen Konsens. Da dieser auf Grund der Diversität der Gesellschaft nicht möglich sei, wird laut postdemokratischen Ansätzen, ein sogenannter “Scheinkonsens” von einer herrschenden Klasse von Eliten aus Gründen des Selbsterhalts konstruiert. Somit wird der modernen und praktizierten Demokratie unterstellt, dass sie, ganz im Gegensatz zum eigentlichen Wortsinn, keine Herrschaft des Volkes ist, sondern eine Herrschaft von Eliten.

Jacques Rancière umschreibt diesen Zustand mit dem Begriff der “Ordnung”. Er versteht diese “Ordnung” als *“Aufteilung des Sinnlichen”*, also all jenem, was wahrnehmbar ist (Rosemann 2013:44). Aufrechterhalten wird die Ordnung nach Rancière durch die “Police”. Er versteht darunter allerdings nicht nur die Polizei als Staatsorgan, sondern bezieht sich dabei vielmehr auf *“den gesamten Komplex aus Diskursen, Wissen, Praxen und Institutionen, die die Aufteilung des Sinnlichen herstellen und aufrechterhalten.”* (ebd.:44) Diese Interpretation der “Police” als ordnungsschaffender Komplex ist insofern relevant, weil dadurch die Rolle nicht staatlicher AkteurInnen in der Konstruktion und Definition der Ordnung ebenso relevant ist wie die der staatlichen AkteurInnen. Somit ist die “Police” mehr als die klassischen demokratischen Exekutivorgane. Vielmehr wird in postdemokratischen Ansätzen von einer Verschiebung der Machtverhältnisse zu Gunsten einer - meist ökonomischen - Elite ausgegangen. Dies führt dazu, dass *“[...]wichtige politische Entscheidungen heute außerhalb der traditionellen demokratischen Kanäle gefällt werden”* (Mouffe 2011:3) und wird als Grund für eine zunehmende Entpolitisierung, die in starkem Zusammenhang mit der Politikverdrossenheit steht, aufgefasst (ebd.; Ullrich 2015:15f). Denn durch die Herrschaft der “Police” entsteht immer auch Ausgrenzung und Exklusion.

Rancière bezeichnet jene, die außerhalb der Ordnung sind, als "Anteilslose". Diese "Anteilslosen" sehen ihre Ansprüche in der Schaffung der Ordnung durch die "Police" nicht mehr erfüllt und haben auch keinen formalen Weg diese geltend zu machen. Die Ausgrenzung der "Anteilslosen" erfolgt in der Postdemokratie mit einer Radikalität, die in dem Selbsterhaltungszweck der "Police" zu erklären ist, denn den Kern der Legitimation bildet der Konsens. Er ist somit formaler Rechtfertigungsgrund für das Handeln der "Police". Meinungen und Positionen, die dem Erhalt der herrschenden Klasse widersprechen, und somit die Gefahr mit sich bringen, dass kein Konsens erzielt werden könnte, greifen die Legitimation der Police an. Daher werden diese Positionen radikal ausgegrenzt (Swyngedouw 2013:148). Diese Ausgrenzung erfolgt über verschiedene Mittel und Wege. Einerseits propagiert die "Police" den Anspruch, objektiv die gesellschaftlichen Ansprüche im Sinne eines Gemeinwohls erfassen und erfüllen zu können. Die Argumentation dessen, was Gemeinwohl ist, stützt sich in der Postdemokratie meist auf technische Gutachten, die schwer nachvollziehbar sind, und innerhalb der "Police" produziert werden. Demnach stellen sie die "Ordnung" nicht in Frage, sondern reproduzieren diese. Dies führt andererseits dazu, dass eine Alternativlosigkeit gepredigt wird. Man hätte ja keine andere Wahl als den großen globalen Trends zu folgen. Diese beiden Aspekte führen dazu, dass radikale oder grundsätzlich andere Positionen keinen Platz auf der politischen Agenda haben. Kurz: In postdemokratischen Verhältnissen erhält sich eine herrschende Elite selbst, indem sie kritische oder alternative Meinungen radikal ausgrenzt und sich dadurch einen "Scheinkonsens" konstruiert, diesen durch ExpertInnenwissen untermauert und als Legitimationsgrundlage für eine selbsterhaltende Politik verwendet.

An diesem Zustand orientieren sich Rancière und Crouch auch bei der Namensgebung ihrer Theorien, denn in einem solchen Zustand ist das, was Rancière als Demokratie bezeichnet, fast nicht mehr existent. Er versteht Demokratie nicht als einen Zustand der Herrschaft, sondern vielmehr als einen Moment. Den Moment, in dem die Ordnung gestört und dadurch hinterfragt und (neu) ausgehandelt wird (vgl. Rosemann 2013; Meyer 2011; Michel & Roskamp 2013). Da dieser Moment von der "Police" nicht erwünscht ist, wird er auch so gut es geht verhindert. Dieses Defizit an Demokratie, also dem Fehlen von Aushandlung und Debatte, in repräsentativen Demokratien, kritisieren Rancière und Crouch mit dem Begriff der Postdemokratie und verleihen dem Präfix "post-" dadurch eine zusätzliche systematische Ebene.

2.4.1 BEGRIFFSKLÄRUNG

“Die postdemokratischen Verhältnisse kann man als formales Funktionieren der repräsentativ-demokratischen Regierungsformen verstehen, während diese als formale Hülle weiterbestehenden Institutionen, insbesondere die Parlamente, gleichzeitig hinsichtlich ihres politischen Gehalts und ihrer regulierenden Wirkung entleert werden.[...] In der Postdemokratie werden immer mehr Gesetze durch Outsourcing von Unternehmensberatungsfirmen statt von Parlamentarier_innen verfasst.” (Ullrich 2015:14f)

Dieses Zitat von Ullrich beschreibt den Postdemokratischen Zustand sehr treffend und fungiert daher als abschließende Zusammenfassung.

2.4.2 PROTEST UND POSTDEMOKRATIE

Postdemokratische Ansätze liefern zwei unterschiedliche Beiträge für die Protestforschung. Einerseits suchen sie nach Gründen für die Zunahme von Protest in westlichen Gesellschaften. Andererseits geben sie dem Protest und Konflikt eine ganz andere Rolle innerhalb dieser Gesellschaft und ihrem politischen Selbstverständnis und begründen dies mit einem anderen Gesellschaftsbild.

DIE KRISE DER REPRÄSENTATION ALS PROTESTHINTERGRUND IN POSTDEMOKRATISCHEN VERHÄLTNISSEN

Postdemokratische Ansätze analysieren den "Zustand" aktuell gelebter Formen der repräsentativen Demokratie und stehen diesen kritisch gegenüber. Die Kritik richtet sich dabei gegen die Tatsache, dass Teile der Bevölkerung ihre Ansprüche im aktuellen politischen Geschehen und dessen Output nicht wiederfinden (Bergmann 2012:19f).

Auch eine sinkende Wahlbeteiligung lässt sich als Indikator dafür auffassen, dass es eine gewisse Unzufriedenheit mit dem politischen System gibt. Diese Unzufriedenheit wird umgangssprachlich als "Politikverdrossenheit" bezeichnet und spiegelt sich in der fachlichen Debatte um die "Krise der Repräsentation" wieder (Ullrich 2015:15).

Beide Begriffe umschreiben einen Vertrauensverlust in die Politik, der sich wie folgt begründen lässt: Einerseits bieten die großen Parteien keine wirklich grundsätzlich verschiedenen Alternativen mehr an, da sie sich inhaltlich immer mehr zur politischen Mitte entwickelt haben. Randgruppen und ihre Interessen werden dadurch im ebenfalls mittelständisch geprägten Parlament nicht mehr beachtet (vgl. Mouffe 2011:4; Ullrich 2015:15).

Allerdings beschränkt sich dieses Gefühl der Alternativlosigkeit nicht nur auf Randgruppen. Durch die inhaltliche Annäherung der Parteien, die sich im Konsenszwang begründen lässt, verbreitet sich immer stärker das Bild eines "politischen Einheitsbreis", der die Meinung festigt, dass es unerheblich ist, wem man seine Stimme gibt. Verstärkt wird der Vertrauensverlust andererseits dadurch, dass "[...] wichtige politische Entscheidungen heute außerhalb der traditionellen demokratischen Kanäle gefällt werden." (Mouffe 2011:3) Dies lässt sich in einer Verschiebung der Machtverhältnisse zu Gunsten von wirtschaftlichen AkteurInnen begründen und führt dazu, dass der wahrgenommene eigene politische Einfluss nicht mehr als bedeutend aufgefasst wird. Damit einher geht eine Diskrepanz zwischen dem, was legal ist, und dem, was als legitim empfunden wird (Bergmann 2012:17). Mit der Identifikation des

2.4.2 PROTEST UND POSTDEMOKRATIE

Vertrauensverlustes in der gelebten Demokratie in westlichen Gesellschaften und dessen Herleitung, erklären postdemokratische Ansätze die Zunahme von Protesten und sozialen Bewegungen. Die "Politikverdrossenheit", also das Gefühl, keine wirkliche Wahl zu haben, gepaart mit dem Zweifel am Einfluss der eigenen politischen Wirkmächtigkeit, führen in bestimmten Fällen zu einer solchen Empörung, dass der Protest als Mittel gewählt wird.

Allerdings lässt sich der Begriff der "Politikverdrossenheit" nicht mit einem politischen Desinteresse gleichsetzen. Denn mit Protest, dessen Zunahme durch die "Politikverdrossenheit" begründet wird, wird auch immer die Forderung nach der Teilhabe im politischen Prozess gestellt. Dies zeigt, dass es durchaus ein Bedürfnis gibt am politischen Alltag teilhaben zu wollen. Daher sieht Ullrich den Begriff der "Parteien- und PolitikerInnenverdrossenheit" als treffender an (Ullrich 2015:15).

"Diese neue Konflikthaftigkeit in der Postdemokratie bezieht Swyngedouw (2011: 21) auch auf urbane Konflikte. Er interpretiert die Aufstände in westeuropäischen und nordamerikanischen Städten als ein Ventil dafür, dass alle Kanäle des Dissenses verstopft sind und Ungleichheit politisch nicht mehr benannt werden kann. Wenn die Forderung auf Gleichheit politisch nicht mehr gestellt werden kann, schlagen die unterdrückten Gefühle als Protest ohne Forderung zurück." (Rosemann 2013:51)

PROTEST ALS STREIT UM GLEICHHEIT UND DER RANCIÈRE'SCHE MOMENT DER DEMOKRATIE

Jaques Rancière und andere AutorInnen, die den postdemokratischen Theorien zuzuordnen sind, besitzen eine alternative Auffassung davon, was Demokratie eigentlich ist. Sie verstehen Demokratie nicht als einen Zustand der gesellschaftlichen Ordnung, sondern vielmehr als einen Moment, in dem die bestehende Ordnung in Frage gestellt wird (Rosemann 2013; Meyer 2011; Michel & Roskam 2013). Den Gegenpol zum demokratischen Moment bildet die Rancière'sche "Police", die die Ordnung (= Aufteilung des Sinnlichen) aufrechterhält. Somit versteht er die "Police", also das komplette Instrumentarium und dessen Einsatz zur Aufrechterhaltung der Ordnung, als gesellschaftlichen Zustand und die Herausforderung der Ordnung als Moment des Politischen. Rancière verwendet dabei die Begriffe Politik und Demokratie

als Synonyme. Der politische Moment ist daher der Moment der Demokratie (Meyer 2011).

Für jenen Moment der Demokratie bedarf es drei Voraussetzungen. Erstens muss sich ein politisches Subjekt formieren und in Erscheinung treten. Zweitens besteht dieses politische Subjekt aus den von der Ordnung ausgeschlossenen, die Rancière als "Anteilslose" bezeichnet. Sie formulieren mit ihrem in Erscheinungtreten eine Forderung nach Gleichheit, Sichtbarkeit und Wahrnehmung. Drittens wird in einem demokratischen Moment durch das Artikulieren eines Konflikts die Ordnung als Gesamtes angegriffen (Rosemann 2013:46). Dieses Aufbegehren der "Anteilslosen" bezeichnet Rancière auch als "Streit um Gleichheit". Da die "Anteilslosen" in der Herrschaft der "Police" keinen Platz haben und auch keine formalen Wege haben, ihre Positionen und Konflikte zur Geltung zu bringen, ist der unkonventionelle Weg des Protests das Mittel, um Konflikte oder Missstände auszudrücken. Folglich ist der Rancière'sche Moment der Demokratie eng mit Protest verbunden, denn in dieser Logik kann Protest als demokratischer Moment aufgefasst werden. Eine Protestgruppe sieht sich im aktuellen politischen System nicht repräsentiert, also als "Anteilslose", und führt durch das Aufzeigen eines Missstandes und das Artikulieren von Konflikten den "Streit um Gleichheit". Dieser Logik folgend ist nach postdemokratischen Ansätzen Demokratie ohne Protest eigentlich nicht möglich, da nur dadurch die Ordnung hinterfragt wird und der Raum geschaffen wird, über grundsätzliche Werthaltungen und gesellschaftliche Ziele zu debattieren. Protest wird somit ebenso als essentiell aufgefasst, um gegen postdemokratische Zustände vorzugehen.

Ein wichtiger Aspekt am demokratischen Moment nach Rancière ist die Tatsache, dass er im Aufbegehren gegen die Ordnung immer einen Angriff gegen die gesamte Ordnung sieht. Es wird also nicht nur ein gewisses Phänomen kritisiert, sondern ebenfalls der gesamte Prozess, wie dieses Phänomen zustande gekommen ist. In dieser Sichtweise fällt es schwer, die klassischen NIMBY-Bewegungen auf egoistische Handlungsmotive zu reduzieren. Es sollte vielmehr die Frage gestellt werden, ob in der Aussage "Das möchten wir hier nicht!" nicht auch die Frage "Warum fragt uns denn niemand, ob wir das hier wollen?" steckt und damit eine Forderung nach mehr Mitbestimmung verbunden ist.

2.4.3 DIE POSTPOLITISCHE STADT

“Rancière formuliert dieses Konzept nicht ausdrücklich in räumlicher Weise und es wäre zu einfach, die polizeiliche Aufteilung des Sinnlichen rein räumlich zu interpretieren. Aber diese Ordnung wird auch im Raum regiert, denn sie weist Räume und Orte bestimmten Körpern und Praxen zu und zieht Trennlinien. Und sie regiert auch durch den Raum, denn die räumlichen Trennungen setzen gleichsam durch, was wahrnehmbar ist, was wir sehen und was nicht, wo wir uns bewegen können und wo nicht. Raum ist danach sowohl ein Objekt als auch ein Werkzeug der Rancière’schen Polizei.” (Rosemann 2013:44)

Das Zitat zeigt deutlich, dass sich das Konzept der Postdemokratie auch in planerischen Tätigkeiten widerspiegelt. Verwunderlich ist dies nicht, wenn man sich die Tatsache vor Augen führt, dass Stadtplanung immer innerhalb eines politischen Systems geschieht und Entscheidungen dabei formal legitimiert sind. Oder kurz: Der Raumplanungsprozess ist immer auch ein politischer Prozess. Daher ist es naheliegend, dass sich der postdemokratische Zustand auch im aktuellen planerischen Handeln widerspiegelt und dies auch in städtischer Struktur erkennbar ist. Mit der Frage, wie sich der postdemokratische Zustand auf Stadt und ihre Entstehung oder Planung auswirkt, beschäftigt sich der Geograph Erik Swyngedouw. Er umschreibt diesen Einfluss und das Bild von Stadt und Stadtplanung als postpolitische Stadt. Im Folgenden wird der Ansatz von Swyngedouw erläutert und auf die Kennzeichen der postpolitischen Stadt eingegangen.

Erik Swyngedouw fasst den postdemokratischen Zustand, der sich seiner Meinung nach vor allem in europäischen Städten finden lässt, als Folge des Spätkapitalismus auf. Er stützt sich dabei auf die Theorien von Jacques Rancière, der als Folge des Scheiterns sozialistischer Systeme eine “[...]Reduktion des demokratischen Lebens auf die Verwaltung lokaler Konsequenzen globaler ökonomischer Erfordernisse” (Rancière 2004 in: Swyngedouw 2013:142) wahrnimmt. Diese spätkapitalistische stadtpolitische Ordnung negiert, laut Swyngedouw, den Dissens und eliminiert dadurch jeglichen Widerspruch. Dadurch wird der Prozess des Politischen im Sinne Rancières verdrängt und ein postdemokratischer Zustand ist die Folge (Swyngedouw 2013:142).

Swyngedouw sieht auch einen engen Zusammenhang zwischen neoliberalen Ideologien und der postpolitischen Stadt. So ist das oberste Ziel der postpolitischen

Stadtentwicklungspolitik “[...]eine konkurrenzfähige, kreative, innovative und globale Urbanität zu schaffen.” (Swyngedouw 2013:146) Um diese globale Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen entwickelte sich nach Swyngedouw eine dreifache Reorganisation des stadtpolitischen Regierens (Gouvernance), welche die Felder und Möglichkeiten von (räumlichen) Interventionen deutlich verschoben hat. Die erste Reorganisation, die Swyngedouw nennt, ist eine Externalisierung staatlicher Aufgaben und Funktionen. Erreicht wird dies durch eine zunehmende Privatisierung und Dezentralisierung bzw. Deregulierung. Die Folge davon ist es, dass vermehrt soziale und kulturelle Aspekte durch marktbasierende Strukturen organisiert werden, wodurch diese einer ökonomischen Verwertungslogik folgen.

Die zweite Reorganisation findet sich in einer Verlagerung des Regierens auf höhere transnationale Ebenen. So entstehen beispielsweise durch die Deklaration gewisser Aspekte als Aufgabe der EU, Sachzwänge, denen man sich als Nationalstaat nur schwer widersetzen kann.

Neben der Verlagerung auf höhere Ebenen befindet sich die dritte Reorganisation auf der lokalen Ebene. Durch den Anspruch, dass immer mehr soziale AkteurInnen Teil des Regierens sein sollten, rücken *“lokale, quasiautonome und multi-akteursbasierte Praktiken und Regelungen”* (Swyngedouw 2013:145) immer stärker in den Fokus.

Diese dreifache Reorganisation bewirkt eine Verschiebung der Beziehungen zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaft und ermöglicht dadurch ein Regieren außerhalb staatlicher Strukturen. Diese folgen allerdings einer neoliberalen Definition von Gemeinwohl. In dessen Folge ist eine politische Konstruktion des Marktes, eine Kritik an der keynesianischen Wohlfahrtsökonomik und ein sozialtechnischer Umbau des Sozialen hin zu mehr Eigenverantwortung erkennbar (Swyngedouw 2013:143ff).

STÄDTISCHER POPULISMUS ALS FOLGE DER POSTDEMOKRATIE

Erik Swyngedouw begreift den städtischen Populismus als Symptom des postdemokratischen Zustands. Im Folgenden werden die von ihm erkannten sieben Merkmale des städtischen Populismus genannt und erläutert. Diese Merkmale lassen sich in vielen Aspekten der städtischen Politik (bzw. Polizei im Sinne Rancières) wiederfinden.

Erstens agiert der Populismus immer generalisierend. Es entsteht ein Bild von der Stadt, oder der Urbanität oder der Bevölkerung. *“Alle Menschen seien von urbanen*

2.4.3. DIE POSTPOLITISCHE STADT

Problemen betroffen, und das gesamte städtische Leben, wie wir es kennen, sei von potentiellen Katastrophen wie der Globalisierung, mangelnder Wettbewerbsfähigkeit oder unkontrollierter Einwanderung bedroht.“ (Swyngedouw 2013:149) Durch diese Generalisierung wird – ganz im Stil des Postdemokratischen – der Dissens und eine andere Vorstellung von einer urbanen Lebensrealität negiert.

Zweitens verfolgt Populismus das Credo der zivilgesellschaftlichen Eigenverantwortung, die Swyngedouw mit *“die Leute wissen es selbst am besten“* umschreibt. Man stützt dies durch eine *“neutrale“* Wissenschaft und stellt einen enormen Innovationsanspruch daran.

Drittens prophezeit der Populismus immer eine apokalyptische Zukunft. Man müsse sofort handeln, da sonst die gesamte urbane Zukunft auf dem Spiel stehe.

Viertens richtet sich populistische Politik nicht an ein Subjekt und fordert dieses zum Handeln auf. Zudem werden Feinde oder Probleme immer externalisiert. *“Probleme sind deshalb keine Konsequenz des ‚Systems‘, ungleicher Machtverhältnisse, expliziter oder impliziter Sprachlosigkeit oder Marginalisierung, politischer Seilschaften, grassierender Ungerechtigkeiten oder verhängnisvoller systemimmanenter Strömungen. Sie werden vielmehr einem Außenseiter angelastet, einem ‚pathologischen‘ Syndrom, das man herauschneiden kann, ohne die Funktionsfähigkeit des Systems zu beeinträchtigen.“* (Swyngedouw 2013:149f) Dies bewirkt wiederum, dass Diskussionen um eine systemische Erneuerung untergraben werden.

Fünftens fordert eine populistische Politik die Eliten zum Handeln auf. Wahre Politik müsse allerdings, laut Swyngedouw, daran arbeiten die Eliten zu beseitigen.

Sechstens vermeidet populistische Politik die Verwendung von Eigennamen und klaren Benennungen. Stattdessen wird mit vagen Begriffen wie Lebensqualität, Innovation oder konkurrenzfähige Stadt hantiert. Rancière sieht diese Eigennamen allerdings als essentiellen Bestandteil einer Demokratie an.

Siebtens mündet diese Art der Verschleierung in partikulare Forderungen. *“Das städtische Problem stellt mit anderen Worten keine positive, benannte sozial- und umweltpolitische Situation dar; in ihm verkörpert sich keine Vision, kein seiner Erfüllung harrender Wunsch, keine zu verwirklichende Fiktion.“* (Swyngedouw 2013:150)

RÉSUMÉ

Postdemokratische Theorien beschreiben einen Zustand, in dem sich vor allem westliche Demokratien befinden. Einen Zustand, in dem sich eine Elite ihre Herrschaft formal legitimiert durch einen Konsens aufrechterhält. Postdemokratische Theorien gehen von einer Gesellschaft voller Dissens aus und sehen daher das Entstehen eines wahren Konsenses als unrealistisch an. Demzufolge ist der, von der herrschenden Elite verwendete, Konsens ein Scheinkonsens, der durch die Exklusion von Interessen, Meinungen, Personen etc. konstruiert wird. Dadurch wird der Moment des Politischen, der eine (neue) Aushandlung der bestehenden Ordnung bedeutet, verhindert. Dieser Moment des Politischen findet sich lediglich in der Artikulation eines Konfliktes durch die Exkludierten (= Anteilslosen), die eine Debatte über die Ordnung demzufolge erzwingt. Protest wird in diesem Verständnis zum einzigen Ausdrucksmedium für die Artikulation von Dissens, wodurch dessen Zunahme erklärt werden kann.

Der postdemokratische Zustand erhält ebenso Eingang in die Stadtentwicklungspolitik westlicher Städte. Dies führt zu einer Gouvernance Struktur, die eben diesen Exklusionsmechanismen folgt. Dabei versuchen Eliten durch das Verwenden von unscharfen Begriffen und das Predigen von alternativlosen Entwicklungslinien, die meist durch technische Gutachten gestützt werden, dem Dissens kein Gehör zu geben und dadurch den Moment des Politischen aus der Stadtentwicklung zu verbannen. Dies führt zu einer Stadtentwicklungspolitik, die bestimmte Ansprüche nicht wahrnimmt, wodurch bestimmte Bedürfnisse in der Raumgestaltung keine Beachtung finden.

2 THEORETISCHE EINBETTUNG

Die approbierte gedruckte Originalversion dieser Diplomarbeit ist an der TU Wien Bibliothek verfügbar.
The approved original version of this thesis is available in print at TU Wien Bibliothek.

2.5 RAUMVERSTÄNDNISSE, RAUMWAHRNEHMUNGEN UND DIE PRODUKTION VON RAUM

“Der soziale Raum ist ein soziales Produkt.” (Schmid 2005:205)

Im folgenden Kapitel wird der Begriff der Raumverständnisse definiert und dazu relevante Theorien geschildert. Zudem wird aufgezeigt, dass das Entstehen von Raum ein sozialer Aushandlungsprozess ist, in dem sich viele Konfliktpotentiale finden lassen.

2.5.1 RAUMVERSTÄNDNISSE UND DER RELATIONALE ANSATZ VON MARTINA LÖW

Der Begriff des Raums ist in einer Auseinandersetzung mit Stadt oder Stadtentwicklung bzw. -planung nicht wegzudenken. Er ist allgegenwärtig und wird nahezu inflationär benutzt. Es geht um die Gestaltung von bestimmten Räumen für bestimmte Funktionen oder um das Analysieren von bestimmten Räumen, um deren Potentiale festzustellen. Auch die Geographie versucht bestimmte Phänomene auf ihre räumlichen Auswirkungen oder Ursachen hin zu untersuchen. Aber was ist Raum eigentlich und wie wird er zu dem, was er ist? Diesen Fragen wird in unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen auf den Grund gegangen.

Martina Löw (2001) versucht mit ihrem Werk "Raumsoziologie" den Begriff des Raums für die Sozialwissenschaften brauchbar zu machen und geht dabei von einer Spaltung in der Verwendung des Raumbegriffs aus (vgl. Löw 2001:17). Sie stellt fest, dass in den Wissenschaften zwischen zwei unterschiedlichen Auffassungen von Raum unterschieden wird. Zum einen gibt es das absolutistische Raumverständnis, das vermehrt in naturwissenschaftlichen Disziplinen Verwendung findet. Zum anderen lässt sich ein relativistischer Raumbegriff identifizieren (ebd.:17ff).

Der absolutistische Raumbegriff findet sich vor allem bei Vertretern wie Ptolemäus, Kopernikus, Kepler, Galilei und Newton. Der Kern dieser Perspektive auf den Raum ist der, dass Raum und die Körper, die sich in ihm befinden, als etwas voneinander Losgelöstes aufgefasst werden. Im Verständnis dieses Dualismus wird Raum von seinem Wortsinn her mit Erdboden, Territorium oder Ort gleichgesetzt (vgl. Löw 2001:263). Eine weitere Folge dieses Dualismus ist der, dass Raum unabhängig vom Handeln existiert und als ein mehr oder weniger starrer Behälter aufgefasst wird, in dem Körper angeordnet und platziert werden können und Menschen ihren Lebensalltag bestreiten.

"Insbesondere im Fall einer systematischen Unterscheidung zwischen Raum und Materie, welche sich in der Soziologie als Trennung von Raum und sozialen Prozessen wiederfindet, wird der absolutistische Raumbegriff in der Forschung auch Behälterraumbegriff genannt. Damit soll bildlich ausgedrückt werden, daß der Raum wie ein Behälter das soziale Geschehen zu umschließen scheint." (Löw 2001:63)

Das absolutistische oder auch Behälterraumverständnis steht unter anderem dadurch in der Kritik, dass es durch eine strikte Trennung von Raum und sozialen Prozessen nicht möglich ist, die Konstitution von Raum zu untersuchen. Es ist nur möglich, das Handeln bestimmter (gesellschaftlicher) Gruppe zu betrachten. Es werde folglich nicht

die Frage gestellt, *“[...]ob Handeln unterschiedlicher gesellschaftlicher Teilgruppen (in einem Stadtteil zum Beispiel) von unterschiedlichen Räumen strukturiert wird.”* (Löw 2001:64) Dabei wird davon ausgegangen, dass Raum keinen Einfluss auf das soziale Handeln hat und somit das Handeln jeder sozialen Gruppe gleichermaßen beeinflusst und strukturiert (ebd.). Michel Foucault kritisiert am absolutistischen Raumbegriff, dass in diesem Verständnis Raum als *“totes, fixiertes und unbewegliches Gebilde”* aufgefasst wird. Somit lässt dieses Raumverständnis zwar eine Betrachtung von Bewegung im Raum zu aber es existieren keine bewegten Räume. *“Das heißt, sich verändernde Gebilde und konkurrierende Raumkonstruktionen an einem Ort, die gerade durch die zugrundeliegenden Aushandlungsprozesse immer fließend sind, werden systematisch ausgeschlossen.”* (Löw 2001:65)

Dem absolutistischen Raumverständnis gegenüber steht das relativistische Raumverständnis. Im Kern dessen steckt, dass Raum aus der *“(An)Ordnung von Körpern welche unaufhörlich in Bewegung sind, wodurch sich die (An)Ordnung selbst ständig verändert”* (Löw 2001:131) entsteht. Demnach kann Raum kein starrer Behälter sein, sondern entsteht aus den Beziehungen der Körper. Folglich werden in der Betrachtung von Raum den Körpern und der Zeit wesentlich mehr an Aufmerksamkeit geschenkt. Denn für die Soziologie bedeutet ein relativistisches Raumverständnis, dass Raum aus den unterschiedlichen Handlungen in einem Prozess entsteht. Demzufolge werden Beziehungs- und Handlungsaspekten zentrale Rollen zugeschrieben. In diesem Sinne bezeichnet Dieter Läßle (1991) in seinem Essay über den Raum, Raum als ein *“Resultat menschlicher Syntheseleistung”* (Läßle 1991:202) und geht dabei davon aus, dass Raum gesellschaftlich produziert wird (vgl. ebd.:157f). Löw stellt in Bezug auf Läßles Aussage die Frage, ob es sich bei der Konzeptualisierung von Räumen lediglich um eine Syntheseleistung handle, oder die Relationen von bestehenden Körpern oder Strukturen im Raum nicht ebenso eine Rolle spielen (vgl. Löw 2001:139). Damit weist sie gekonnt auf eine Schwachstelle der relativistischen Perspektive auf Raum hin. Denn in diesem Verständnis, werden die strukturierenden und konstituierenden Funktionen von bereits bestehenden räumlichen Ordnungen vernachlässigt.

Das eigentliche Ziel des Werkes Raumsoziologie von Martina Löw ist, wie oben schon erwähnt, den Begriff des Raums für die Soziologie verwendbar zu machen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es für Löw unumgänglich, die Spannung zwischen der absolutistischen und relativistischen Perspektive auf Raum zu beseitigen. Oder anders gesagt, den Raum als Behälter mit der Anordnung der in ihm enthaltenen

2.5.1 RAUMVERSTÄNDNISSE UND DER RELATIONALE ANSATZ VON MARTINA LÖW

Körpern und Elementen in Beziehung zu setzen. Um diese Spannung aufzuheben, führt Löw den Begriff des relationalen Raums ein. Dabei geht sie in ihren theoretischen Überlegungen zum Raum zunächst von einem relativistischen Raumverständnis aus. Demnach entsteht Raum aus einer (An)Ordnung von Körpern. Löw entwickelt dieses Konzept allerdings weiter und stellt zunächst die Frage, was denn eigentlich im Raum angeordnet wird. Dies beantwortet sie ganz nach der soziologischen Tradition mit sozialen Gütern und untergliedert diese in materielle und (primär) symbolische Güter, wie Werte oder Vorschriften (Löw 2001:153). In einem nächsten Schritt erweitert sie die (An)Ordnung von sozialen Gütern um Lebewesen und bricht damit völlig mit der Tradition, materiellen und sozialen Raum getrennt voneinander zu betrachten (ebd.:155). Lebewesen weisen allerdings eine bestimmte Sonderrolle im Raum auf, denn sie sind in der Lage, sich selbst im Raum zu platzieren und diese Platzierung auch wieder zu verändern. Dies lässt Löw zu dem Schluss kommen, dass Menschen sowohl Raum schaffen als auch Element dessen sein können (ebd.:155). Folglich wird Raum und Gesellschaft in eine Wechselbeziehung gesetzt, die es möglich macht, beides nicht mehr separat voneinander betrachten zu müssen, sondern Raum und Gesellschaft in Beziehung zu setzen und sich explizit mit den räumlichen Dimensionen von sozialen Phänomenen oder andersherum mit räumlichen Ursachen von sozialen Phänomenen zu beschäftigen. Löw definiert Raum in logischer Folge als: *„relationale (An)Ordnung sozialer Güter und Menschen (Lebewesen) an Orten.“* (Löw 2001:224)

Mit dem Entstehen von Raum sind nach Löw zwei wesentliche Elemente verbunden, die nur analytisch und keinesfalls praktisch voneinander zu trennen sind. Dabei handelt es sich einerseits um spacing, welches das Platzieren bzw. Platziertsein im Raum beschreibt, und andererseits um eine Syntheseleistung, die den platzierten Gütern bzw. Lebewesen erst ihre Bedeutung geben. Das spacing ist immer an einen bestimmten Ort gebunden und die Syntheseleistung wird von Menschen vollzogen (Löw 2001:224f). Folglich werden Räume erst durch ihre Wahrnehmung zu dem, was sie sind.

2.5.2 HENRI LEFEBVRE UND DIE PRODUKTION VON RAUM

„Der soziale Raum ist ein soziales Produkt.“ (Schmid 2005 S.205)

Der Soziologe Henri Lefebvre hat sich in seiner wissenschaftlichen Laufbahn oft und intensiv mit dem Begriff des Raums auseinandergesetzt. Dabei kommt er ähnlich wie Martina Löw (2001) – wenn auch zeitlich weit vor ihr – zu dem Schluss, dass es nicht zielführend sei, Raum und Gesellschaft getrennt voneinander zu betrachten.

Eine weitere Ähnlichkeit zu Löws relationalen Raumverständnis ist jene, dass Lefebvre Raum und Gesellschaft auch in einer Wechselbeziehung sieht. Er wird in seiner Wortwahl allerdings noch deutlicher und bezeichnet Raum als ein gesellschaftliches Produkt (vgl. Schmid 2005:203ff). Da ein Produkt immer das Ergebnis eines Produktionsprozesses ist, ist dies in dieser Logik auch der Fall und Raum unterliegt einem (gesellschaftlichen) Produktionsprozess. Diesen Produktionsprozess in seiner Gänze zu beschreiben ist das Ziel der Theorie zur Produktion von Raum. Mit dieser richtungsweisenden Annahme, dass Raum ein Produkt eines gesellschaftlichen Prozesses sei, bricht Lefebvre grundlegend mit den damals dominierenden Raumverständnissen. *„Es gibt keinen Raum vor der Praxis, der Raum an sich, als universelle Kategorie, existiert nicht. »Raum« wird produziert, und es gilt, diesen produktiven Prozess zu erfassen.“* (Schmid 2005:204)

Mit dieser Herangehensweise schlägt Lefebvre eine Richtung ein, wie es vor ihm Karl Marx mit der Ökonomie getan hat. Er versucht nicht die produzierten Güter zu untersuchen, sondern über diese Güter und deren vorangestellte produktive Aktivität Rückschlüsse über die Produktionsverhältnisse zu generieren. Folglich liegt Lefebvres Fokus nicht auf der Betrachtung von Dingen im Raum, sondern vielmehr auf der Analyse des Raumes als Produkt eines sozialen Aushandlungsprozesses und den in der Produktion des Raums enthaltenen sozialen Verhältnissen (Schmid 2005:204). Ganz in diesem Sinne gestaltet Lefebvre auch seine Ausgangshypothese. *„Der soziale Raum ist ein soziales Produkt.“* (Schmid 2005:205)

Um einen theoretischen Rahmen für sein Vorhaben zu schaffen, entwickelt Lefebvre die Theorie zur Produktion von Raum. Dabei geht er davon aus, dass es drei entscheidende Komponenten zu beachten gilt, wenn dieser Produktionsprozess beschrieben werden soll. Dies wird als Dreidimensionalität der Produktion von Raum bezeichnet. Lefebvre nennt diese drei Dimensionen der Produktion von Raum auch *„Momente“* oder *„Formanten“* (Schmid 2005:207).

2.5.2 HENRI LEFEBVRE UND DIE PRODUKTION VON RAUM

Diese Dreiheit der Produktion von Raum versteht Lefebvre als drei einzelne aber nicht voneinander trennbare Produktionsprozesse und beschreibt sie folgendermaßen.

Erstens die räumliche Praxis, die als materielle Produktion dessen, was wahrnehmbar ist verstanden wird.

Zweitens die Repräsentation des Raumes, eine Produktion von Wissen, in dessen Folge ein konzipierter Raum entsteht.

Und drittens die Räume der Repräsentation, die erlebte bzw. gelebte Räume durch eine Bedeutungsproduktion hervorbringt (vgl. Schmid 2005:208).

Zudem unterstreicht Lefebvre die Gleichzeitigkeit dieser drei Momente. *“Der Raum wird folglich gleichzeitig konzipiert, wahrgenommen und gelebt.”* (Schmid 2005:208)

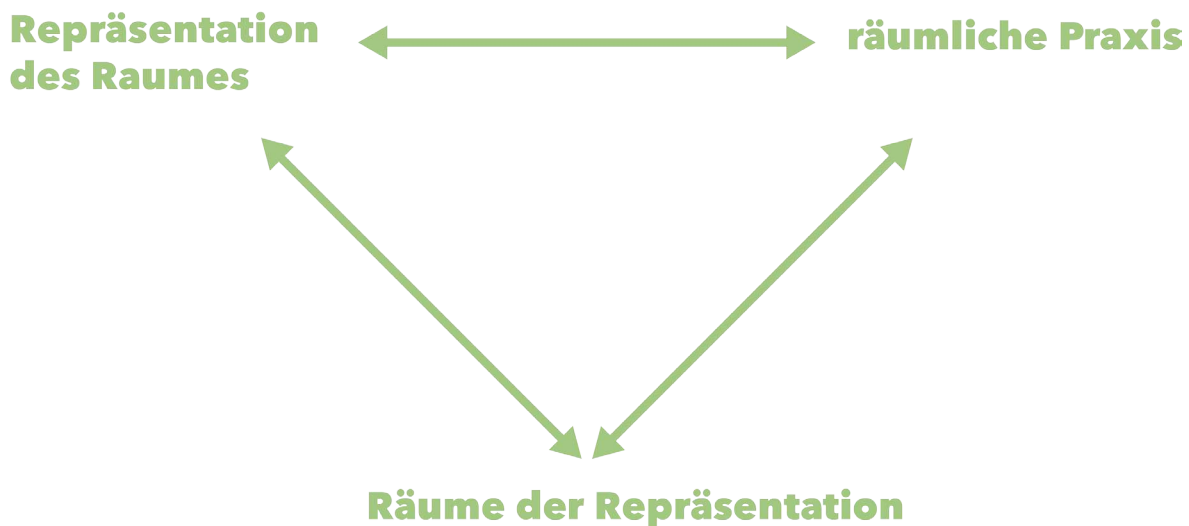


Abb. 1: Lefebvres Theorie zur Produktion von Raum nach Schmid (2005)

Um die Theorie der Produktion des Raumes und deren Auswirkungen klarer nachvollziehen zu können, ist es nötig, die beschriebenen Dimensionen näher zu betrachten.

DIE RÄUMLICHE PRAXIS

Die räumliche Praxis produziert den wahrnehmbaren Raum. Also all das, was mit den fünf Sinnen erfahrbar ist. Es ist naheliegend, dass dabei materielle Dinge im Raum bedeutend sind. Lefebvre beschränkt sich allerdings nicht auf diese, sondern versteht Subjekte und deren Handlungen, alltägliche Routinen und Erfahrungen als elementaren Teil der räumlichen Praxis (vgl. Schmid 2005:203). Denn der Fokus liegt auf der Praxis, also den Handlungen und Routinen, die den wahrnehmbaren Raum produzieren. Dies geschieht von bestimmten AkteurInnen durch das Erzeugen von Objekten oder Körpern im wahrgenommenen Raum. Dieser Prozess ist nach Lefebvre ein nicht-reflexiver, wodurch eine gewisse Kontinuität erreicht wird und gesellschaftliche Verhältnisse als gegeben hingenommen werden (ebd.:211). Das ideologische Grundgerüst, auf das sich die räumliche Praxis stützt, ist eng mit der Repräsentation des Raumes verbunden.

DIE REPRÄSENTATION DES RAUMES

Die Repräsentation des Raumes umschreibt den von der Wissenschaft, der Planung oder Architektur oder anderen im Produktionsprozess relevanten AkteurInnen erdachten und konstruierten Raum. Lefebvre versteht dies allerdings nicht als materiellen Körper sondern als Prozess der Wissensproduktion. Die Repräsentation ist also ein mentaler Vorgang, bei dem Fachleute (WissenschaftlerInnen, UrbanistInnen, ArchitektInnen, etc.) eine Vorstellung von Raum konstruieren (Schmid 2005:216). Deutlich wird dies bei einer genaueren Betrachtung des Begriffes der "Repräsentation", den Lefebvre gewählt hat, um in ihm die Begriffe "Wissen" und "Ideologie" zu vereinen. (Schmid 2005:219) Die aus diesem Fachdiskurs entstehende mentale Vorstellung von Raum ist zunächst abstrakt, wird allerdings durch ihre Wirkung auf die räumliche Praxis materialisiert (Schmid 2005:216f).

2.5.2 HENRI LEFEBVRE UND DIE PRODUKTION VON RAUM

Für Lefebvre steht die Repräsentation des Raumes als gedankliches Konstrukt der "Wirklichkeit" außerhalb des sozialen Raumes, der ein Ort der Praxis ist, gegenüber (Schmid 2005:217).

DIE RÄUME DER REPRÄSENTATION

Räume der Repräsentation bezeichnen den gelebten Raum. Sie stehen in einem gewissen Gegensatz zu der Repräsentation des Raumes, denn Räume der Repräsentation entstehen durch das Alltagsleben, durch kollektive Erlebnisse und Erfahrungen und nicht durch das technische Kalkül der Fachleute (vgl. Schmid 2005:222f). In Räumen der Repräsentation manifestieren sich gesellschaftliche Werte und Traditionen im Raum. Daher haben sie ihren Ursprung einerseits in der Geschichte (Schmid 2005:222). Andererseits sind sie gleichfalls Räume von Utopien, die von der gängigen Repräsentation des Raumes abweichen können.

Das Fassen von Räumen der Repräsentation bezeichnet Schmid (2005) als schwierig, da sich dort unzählige unterschiedliche soziale Räume übereinanderlegen. Dadurch vereinen sie eine Unzahl an Ursprüngen, Codes und Botschaften (ebd.:223f). Das Fassen des Begriffs bringt die Gefahr mit sich, sozialen Raum auf seine Botschaft zu reduzieren und dadurch die Geschichte und Praxis zu vernachlässigen. Dies unterstreicht die von Lefebvre geforderte Notwendigkeit einer umfassenden Theorie, die Räume der Repräsentation, die Repräsentation des Raumes und die räumliche Praxis vereint (Schmid 2005:226).

"Für Lefebvre lässt sich der gelebte Raum letztendlich nur dann erfassen, wenn das Konzept des Raumes mit einer sozialen Praxis verknüpft wird, die sowohl eine räumliche Praxis als auch eine Bedeutungspraxis umfasst (pe: 161/137). Oder einfacher gewendet: der espace vécu, der gelebte und erlebte Raum und damit die im Raum ausgedrückten und erlebte sozialen Bedeutungen, lassen sich nicht von der materiellen Seite der sozialen Praxis, des Handelns abtrennen. Genau darin liegt der Sinn der »dreidimensionalen« Theorie der Produktion des Raumes." (Schmid 2005:226)

2.5.3 UNTERSCHIEDLICHE RAUMWAHRNEHMUNGEN UND IHR KONFLIKTPOTENTIAL

Die vorherige Auseinandersetzung mit den Raumverständnissen von Martina Löw und Henri Lefebvre, die beide den relationalen Raumverständnissen zugeordnet werden können, hat betont, dass in diesem Verständnis Raum und Gesellschaft in einer Wechselbeziehung zueinander stehen. Beide Ansätze legen den Fokus auf die Herstellung von Raum. Dabei ist die Raumwahrnehmung ein wesentlicher Aspekt dieser Theorien.

Lefebvre unterstreicht dies, indem er eine Theorie über den Produktionsprozess von Raum entwickelt, in der sowohl die wissenschaftliche bzw. Fachdebatte (Repräsentation des Raumes) als auch die kollektiven Erlebnisse und Erfahrungen (Räume der Repräsentation) auf den Produktionsprozess des wahrnehmbaren Raumes (räumliche Praxis) einwirken.

“Der Ausgangspunkt der Produktion des Raumes ist [...] die räumliche Praxis, der wahrgenommene und wahrnehmbare Raum, und damit die Sinne, der Körper. Diese Wahrnehmung impliziert unmittelbar einen konzipierten Raum: Wir können einen Raum nicht wahrnehmen ohne ihn vorher (gedanklich) konzipiert zu haben.” (Schmid 2005:226)

Auch Löw schreibt der Wahrnehmung eine bedeutende Rolle in der Produktion von Raum zu. Sie definiert Raum *“als relationale (An)Ordnung sozialer Güter und Lebewesen an Orten.”* (Löw 2001:224) Für Löw ist das Platzieren der Güter entscheidend. Der Begriff des Ortes bekommt dadurch ebenso einen Bedeutungszuwachs, denn ohne Ort kann nichts platziert werden. Unter Orten versteht Löw etwas, das durch das Platzieren von sozialen Gütern kenntlich gemacht wird (Löw 2001:224). Folglich entsteht Raum durch das Schaffen von Orten, die in Relation zueinander stehen. Dieses systematische Schaffen von Orten bezeichnet Löw als Konstitution von Raum (Löw 2001:224).

Analytisch (und nur analytisch!) lässt sich die Konstitution von Raum in zwei Aspekte teilen. Das Spacing und eine Syntheseleistung. Das Spacing bezeichnet das Platzieren bzw. das platziert sein und die Syntheseleistung das Versehen dieser Orte mit Bedeutung. Folglich ist Raum ohne Wahrnehmung nicht zu denken (Löw 2001:224f).

2.5.3 UNTERSCHIEDLICHE RAUMWAHRNEHMUNGEN UND IHR KONFLIKTPOTENTIAL

„Ein Aspekt der Konstitution von Raum ist die Synthese sozialer Güter, ggf. auch von Menschen, zu Räumen. Räume sind nicht natürlich vorhanden, sondern müssen aktiv durch Syntheseleistung (re)produziert werden. Über Vorstellung-, Wahrnehmungs- und Erinnerungsprozesse werden soziale Güter und Lebewesen zu Räumen zusammengefaßt.“ (Löw 2001:225)

Sowohl Löw als auch Lefebvre verstehen also die Raumwahrnehmung als wichtigen Bestandteil der Herstellung oder Produktion von Raum. Beide liefern allerdings auch Hinweise und Erklärungen dafür, warum die Raumwahrnehmungen voneinander abweichen können. Die unterschiedlichen Wahrnehmungen von Raum bergen ein Konfliktpotential, das als Hintergrund für planungsbezogenen Protest aufgefasst werden kann. Im Folgenden wird dieses Konfliktpotential erläutert.

Die identifizierbaren Konfliktlinien der relationalen Raumverständnisse von Löw und Lefebvre lassen sich in der unterschiedlichen Wahrnehmung von Raum finden. Nach der Theorie der Produktion von Raum wirken drei Momente auf die Entstehung von Raum. Die räumliche Praxis, die Repräsentation des Raumes und die Räume der Repräsentation. Dabei ist noch einmal festzuhalten, dass die Repräsentation des Raumes als ein Prozess der Wissensproduktion durch die wissenschaftliche bzw. Fachdebatte ist. In diesem Prozess wird ein bestimmtes Bild von Raum konstruiert. Dem gegenüber stellt Lefebvre die Räume der Repräsentation, die durch das Alltagsleben der NutzerInnen mit Bedeutung gefüllt werden und dadurch entstehen. Mit dieser Gegenüberstellung deutet Lefebvre bereits gewisse Abweichung an.

„Die Repräsentation des Raumes, wie sie beispielsweise von Wissenschaftlern oder Urbanisten entworfen wird, kann deshalb erheblich vom Raum der Repräsentation differieren, den die Bewohner in ihren Köpfen haben und der integraler Bestandteil ihrer sozialen Praxis ist (pe: 112/93). (Schmid 2005:229)

Verständlicher wird diese Abweichung, wenn der Prozess der Raumgestaltung betrachtet wird. Dabei entwerfen ArchitektInnen oder PlanerInnen einen ganz bestimmten Raum. Dieser Raum kann als eine Konzeption der Repräsentation des Raumes aufgefasst werden (Schmid 2005:228). Dabei wird die gedankliche Konstruktionsleistung der ArchitektInnen in einen grafischen Entwurf übersetzt. Dabei ist relevant, dass diese Entwürfe immer das Ziel einer Realisierbarkeit anstreben und

dadurch die wirtschaftliche Rentabilität in die, als neutral oder objektiv gehandelte, Repräsentation des Raumes Eingang erhält (Schmid 2005:229).

Dieser so konzipierte Raum stimmt oftmals nicht mit den Räumen der Repräsentation überein, da dieser durch das Alltagsleben produziert werde. Das Alltagsleben ist allerdings etwas, das nicht im Vorhinein durch Kalkül festgelegt werden kann (Schmid 2005:229).

„Im Vergleich zum abstrakten Raum der Architekten ist der Raum der Benutzer, der Raum ihrer täglich erbrachten Leistungen, ein konkreter Raum, und damit auch ein subjektiver Raum. Er ist ein Raum der »Subjekte«, nicht des Kalküls, er ist ein Raum der Repräsentation.“ (Schmid 2005:229)

Oder anders ausgedrückt: Sowohl die Repräsentation des Raumes, als das Konzipierte durch objektive Wissenschaft geprägt, als auch die Räume der Repräsentation, als das Erlebte durch Symbolisierung und Imagination geprägt, führen zu einer bestimmten Repräsentation (Schmid 2005:219f).

Auch Martina Löw nimmt eine Abweichung der von der Fachwelt entworfenen Räume und den von den NutzerInnen erdachten Vorstellung von Raum wahr. In ihrer Logik der Konstitution von Raum nimmt sie somit eine Abweichung in der Syntheseleistung und dem Spacing wahr.

„Im wissenschaftlichen Arbeiten, Entwerfen, Planen, in der Kunst etc. können Räume konstituiert werden, die nicht bzw. noch nicht mit dem praktischen Spacing abgestimmt sind.“ (Löw 2001:225)

Zudem stellt Lefebvre fest, dass die Repräsentation des Raumes und die Räume der Repräsentation unterschiedlich viel Einfluss auf die räumliche Praxis ausüben. Er macht dies an den in der „Planungssprache“ verwendeten Begriffen „BewohnerIn“ und „BenutzerIn“ fest. Diese sind für Lefebvre abwertend und drücken das genannte hierarchische Gefälle sehr treffend aus (Schmid 2005:229). Durch die Vormachtstellung der Repräsentation des Raumes, wird verstärkt eine Vorstellung von Raum in der Praxis produziert, die von der Fachdebatte geprägt ist. Die Räume der Repräsentation halten durch diese Dominanz der Repräsentation des Raumes nur wenig Relevanz in der räumlichen Praxis. In weiterer Folge entwickelt Lefebvre seine Forderung nach dem „Recht auf Stadt“, die knapp ausgedrückt einen Aufruf zum Protest bedeutet, um das

2.5.3 UNTERSCHIEDLICHE RAUMWAHRNEHMUNGEN UND IHR KONFLIKTPOTENTIAL

Recht auf die Teilhabe an der Gestaltung des Urbanisierungsprozesses und somit in Lefebvres Logik auch auf die Teilhabe an der Gestaltung von gesellschaftlichen Veränderungsprozessen einzufordern.

Die Tatsache, dass diese Repräsentationen voneinander abweichen und zusätzlich der Einfluss der Repräsentation des Raumes auf die räumliche Praxis größer ist als der der Räume der Repräsentation, kann als Konfliktlinie in der Produktion von Raum aufgefasst werden.

RÉSUMÉ

Löw und Lefebvre verstehen die Raumwahrnehmung als einen wesentlichen Bestandteil der Herstellung oder Produktion von Raum. Löw schenkt dabei der Syntheseleistung, die Orten ihre Bedeutung gibt, erhöhte Aufmerksamkeit. Lefebvre versteht Raum als Produkt eines Produktionsprozesses, der gleichzeitig drei Momente vereint. Dabei sieht er in den Räumen der Repräsentation, die Räume durch das gelebte alltägliche Handeln mit Bedeutung füllt, als essentiellen Teil des Produktionsprozesses an. Raum entsteht also sowohl für Löw als auch für Lefebvre auch durch die subjektive Wahrnehmung von Menschen(gruppen).

Die Wahrnehmung von ein und demselben Raum kann stark voneinander abweichen und bietet daher Konfliktpotential. Neben der subjektiven Wahrnehmung wirkt sich ebenso ein durch technisches Kalkül von Fachleuten konzipiertes Bild von Raum (Repräsentation des Raums) auf die Herstellung von Raum aus. Sowohl Löw als auch Lefebvre zeigen auf, dass diese Vorstellungen und Wahrnehmungen von Raum nicht immer übereinstimmen.

2 THEORETISCHE EINBETTUNG

Die approbierte gedruckte Originalversion dieser Diplomarbeit ist an der TU Wien Bibliothek verfügbar.
The approved original version of this thesis is available in print at TU Wien Bibliothek.

2.6 STÄDTEBAULICHE GROSSPROJEKTE

In den vorherigen Kapiteln wurde auf den Begriff des Protests und dessen theoretische Verortung eingegangen. Dieses Kapitel soll, darauf aufbauend, den Begriff des städtebaulichen Großprojekts fassen. Dazu wird zunächst eine Annäherung an den Begriff vorgenommen und die verschiedenen Arten von städtebaulichen Großprojekten vorgestellt. Im Anschluss daran, werden, knapp die Logiken und Wirkungen eines Großprojekts beschrieben, um darzustellen, in welchem Spannungsfeld sich diese befinden. Abschließend werden Ansätze und Theorien der kritischen Stadtforschung vorgestellt, die aufzeigen, welches enormes Konfliktpotential die Realisierung eines städtebaulichen Großprojekts birgt.

2.6.1 BEGRIFFSKLÄRUNG

Ein städtebauliches Großprojekt unterscheidet sich von anderen Vorhaben der Stadtentwicklung vor allem durch seinen Umfang. Eine wirkliche Definition des Begriffes gibt es allerdings nicht, da sich die Größe auf verschiedene Faktoren beziehen kann. Somit sind die eingesetzten Investitionsmittel, die Flächeninanspruchnahme, die politische Funktion und Bedeutung oder die Anzahl der betroffenen BürgerInnen als mögliche Kennzeichen naheliegend (Huning & Peters 2003:5).

Allerdings sind diese Kennzeichen auch immer von den Rahmenbedingungen abhängig und daher nicht an allgemeingültigen oder absoluten Kennzahlen festzumachen. Denn ein städtebauliches Großprojekt ist in einem oder mehreren dieser Kennzeichen irgendwie größer als das "normale" Projekt.

Um eine bessere Vorstellung von Großprojekten zu vermitteln, liefern Huning und Peters eine Kategorisierung von Großprojekten. Dabei sprechen sie von *Großveranstaltungen*, wie (inter)nationale Sport- oder Kulturveranstaltungen, die einer jahrelangen Vorrausplanung bedürfen und meist mit Investitionen in Infrastrukturprojekte verbunden sind. *Flagship-Image-Projekte*, die durch ihr Potential als Alleinstellungsmerkmal zur positiven Imagebildung von Städten bzw. Regionen beitragen sollen. *Urban-Renaissance-Projekte*, die eine gezielte Aufwertung von bestimmten, meist gut gelegenen Räumen forcieren. Und nicht zuletzt *Infrastruktur-Großprojekte*, die durch enorme Investitionssummen Infrastrukturen schaffen und somit einen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit von Räumen leisten wollen (ebd.:6f).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass städtebauliche Großprojekte, welcher Art sie auch sein mögen, einen erheblichen Einfluss auf ihr räumliches Umfeld mit sich bringen. Nicht alleine deshalb bringen sie ein großes öffentliches Interesse mit sich, das die Lokalpolitik vor ungewohnte Herausforderungen stellt.

2.6.2 LOGIK UND WIRKUNG STÄDTEBAULICHER GROSSPROJEKTE

Städtebauliche Großprojekte sind nicht nur durch ihren Umfang als Spezialfälle der räumlichen Entwicklung zu verstehen. Auch der Planungsprozess, die dabei eingebundenen AkteurInnen und die Vielzahl an Ansprüchen, die an ein Großprojekt gestellt werden, lassen diese als etwas Besonderes erscheinen. Dabei folgt die Planung von Großprojekten einer bestimmten Logik, die sich in verschiedenen Charakteristika begründet.

Um diese Logik nachvollziehen zu können, ist es nötig, einen Blick auf den Kontext in dem, städtebauliche Großprojekte entstehen, zu werfen, denn dieser trägt erheblich dazu bei, dass Großprojekte als Element der strategischen Stadt- oder Regionalplanung vermehrt zum Einsatz kommen (Swyngedouw et al. 2003a:2) und liefert eine Erklärung für die Eigenheiten im Planungsprozess.

Einige VertreterInnen der kritischen Stadtforschung sehen den vermehrten Einsatz von Großprojekten in der Globalisierung begründet. Vielmehr werden diese als Ausdruck des Zusammenspiels von globalen Megatrends und deren lokalen Auswirkungen und Veränderungen - der sogenannten Glokalisierung - verstanden (Huning & Peters 2003:8). Durch die Globalisierung und insbesondere dem (globalen) Megatrend der Neoliberalisierung, die dem wirtschaftlichen Wachstum oberste Priorität einräumt, geht man davon aus, dass Städte in einem internationalen Wettbewerb zueinander stehen. Durch das Schaffen oder Verbessern von (harten und weichen) Standortfaktoren buhlen Städte folglich um internationale InvestorInnen und Firmen, die ein erhofftes Wachstum der lokalen Wirtschaft mit sich bringen (Rodriguez et al. 2003:35). Als Mittel, um diese globalen Ansprüche ins Lokale zu übersetzen, scheinen städtebauliche Großprojekte ein viel genutzter Lösungsweg zu sein. Allerdings verändert sich dadurch nicht nur die lokale Wirtschaftsstruktur, sondern Großprojekte nehmen auch Einfluss auf lokale politische Prozesse.

"These projects, while being decidedly local, capture global trends, express new forms of national and local policies and incorporate them in a particular localized setting." (Swyngedouw et. al. 2003a:3)

Moulaert, Rodriguez und Swyngedouw befassen sich in ihrem Werk "The Globalized City" mit diesen lokalen Auswirkungen auf urbane Phänomene von Einflüssen der Globalisierung. Dabei nehmen sie eine Veränderung der lokalen Politik, die zur (Re)Produktion von Stadt dient, wahr. Es wird, ganz im Sinne des Neoliberalismus

2.6.2 LOGIK UND WIRKUNG STÄDTEBAULICHER GROSSPROJEKTE

wirtschaftliches Wachstum als zu erreichendes Ziel definiert. In dieser Lesart dienen Großprojekte dazu, internationales Kapital anzuziehen, um somit im Lokalen einen Wettbewerbsvorteil aufzubauen (Swyngedouw et al. 2003a:2).

Zudem zeigt sich die Glokalisierung von Stadtentwicklungspolitik nicht nur in den Inhalten und der Zielsetzung, sondern wirkt sich ebenfalls auf deren Dimensionen polity und politics aus. So werden immer mehr privatwirtschaftliche AkteurInnen in politische Entscheidungsprozesse mit einbezogen (Huning & Peters 2003:7). Dies spiegelt sich auch in der Prozessstruktur von Großprojekten wieder. Denn diese bedürfen einer sehr hohen Investitionssumme, die in der Regel nicht von der öffentlichen Hand allein getragen werden kann. Daher ist es nötig, dass private oder semi-private AkteurInnen in den Prozess mit einbezogen werden. Dieses Phänomen kann als Charakteristikum von Großprojekten festgestellt werden (Selle 2010:7).

Ein weiteres Charakteristikum von Großprojekten ist die relativ lange Planungsdauer, die sich schlichtweg im Projektumfang begründet. Damit einher geht allerdings eine Unterteilung der Projekte in unterschiedliche Projektabschnitte und der Festlegung von Verbindlichkeiten während oder zwischen diesen Abschnitten. Woraufhin sie nicht mehr wirklich durch die Kommunen gesteuert werden können und ein Eigenleben entwickeln. Selle fasst diese Tatsache mit folgender Aussage sehr treffend zusammen:

“An großen Projekten sind zumeist – neben privaten Akteuren – Gesellschaften und Agenturen vertreten, die sich im öffentlichen Eigentum und unter öffentlicher Regie befinden. Sie vermarkten Boden, entwickeln Projekte, betreiben Einrichtungen, bewirtschaften Wohnraum und Infrastrukturen, halten den öffentlichen Nahverkehr in Gang, führen Veranstaltungen durch etc. Sie alle scheinen zwar öffentlichen Aufgaben zu dienen, entwickeln aber in der Regel ein erhebliches Eigenleben.” (Selle 2010:5)

Durch die Vielzahl an beteiligten AkteurInnen weisen Großprojekte auch immer einen Mangel an Transparenz auf (Huning & Peters 2003:9). Es ist von außen nicht mehr nachvollziehbar, wohin die getätigten Investitionen genau fließen (ebd.:9). Selle bezeichnet diesen Mangel an Transparenz gekonnt als *“feierliche Unschärfe”* und bezieht diese nicht nur auf die Undurchsichtigkeit des Finanzflusses, sondern auch auf die propagierten Ziele und Auswirkungen von Großprojekten. Diese können auf Grund der Komplexität des Projekts kaum im Vorhinein abgeschätzt werden und werden daher hinter wenig präzisen Begriffen wie z.B. der Zukunftsfähigkeit versteckt. Dadurch ist

einer rationalen Debatte über die Ziele der Nährboden entzogen. Man setzt also, laut Selle, diese unscharfen Begriffe strategisch ein, um zu kaschieren, dass Auswirkungen nicht abgeschätzt werden können (Selle 2010:2f).

Ein weiterer Anspruch, der an Großprojekte gestellt wird ist jener, dass sie den neuesten technischen Stand verwirklichen sollen. Dies beschreibt folgende Aussage treffend:

„Das Paradigma des technischen Staates ist demnach ein wichtiger Antrieb für die Planung und Realisierung von Großprojekten [...]: realisiert werden soll, was technisch machbar ist, und der Begriff des gesellschaftlichen Fortschritts wird an technische Leistungen und Entwicklungen geknüpft. Politik wird durch Sachzwänge ersetzt und die politische Legitimität für solcherart (Infrastruktur-) Planungen auf Basis bürokratischer Verfahren erzielt.“ (Tenz, 2011:3)

Zusammenfassend lassen sich städtebauliche Großprojekte als lokale Reaktion auf globale Trends bezeichnen, die allein wegen ihres Umfangs und der damit verbundenen Auswirkungen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregen. Dabei versuchen Städte oder Regionen durch die Realisierung des neuesten technischen Standes eine Imageaufwertung zu vollziehen, die einen Vorteil im internationalen Städtewettbewerb sichern soll, um dadurch globales Kapital anzuziehen. In den Prozess wird nicht nur wegen der Finanzierung eine Vielzahl an AkteurInnen einbezogen. Dies hat zur Folge, dass die Kommunen einen Teil ihrer Wirkmächtigkeit an die Privatwirtschaft verlieren. Aufgrund der langen Projektdauer können genaue Auswirkungen und Effekte nicht wirklich abgeschätzt werden und werden daher hinter schön klingenden, aber inhaltlich wenig gehaltvollen Begriffen versteckt.

2.6.3 STÄDTEBAULICHE GROSSPROJEKTE UND IHR KONFLIKTPOTENTIAL

“Thus, the new generation of UDPs are the material expression of a development logic that views them as major leverages for generating future growth and for waging a competitive struggle to attract investment capital and consumers” (Rodriguez et al. 2003:35)

Städtebauliche Großprojekte stehen nicht zuletzt aufgrund ihres Umfangs und ihrer enormen Auswirkungen auf ihr räumliches Umfeld in einer erhöhten Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Zudem sind sie Ausdruck des Spannungsfeldes zwischen globalen Trends und deren lokalen Umsetzungsversuchen. In ihnen materialisieren sich globale Werthaltungen und Ideologien in lokalen Projekten. Zudem machen sie deren Auswirkungen greifbar und verständlich für die Zivilgesellschaft.

“Der Vorteil ist der, dass Planung im Rahmen eines Großprojektes in vielen Fällen für die Bürgerinnen und Bürger interessanter, anschaulicher und nachvollziehbarer wird, denn es handelt sich um ein konkretes Vorhaben, bei dem Ziel und Zweck im Vorfeld ausdiskutiert und festgelegt werden und Erfolg oder Misserfolg vermeintlich im Nachhinein messbar sind. Das Beteiligungsinteresse liegt somit sehr viel höher als bei der z.B. Erstellung von Rahmenplänen.” (Huning & Peters 2003:10)

Das von Huning und Peters genannte erhöhte Beteiligungsinteresse trifft in der Umsetzung von Großprojekten nicht immer auf Anklang. Dies kann als ein Aspekt des Demokratiedefizits von Großprojekten verstanden werden. Das Defizit an partizipativen Elementen zusammen mit der Tatsache, dass Großprojekte Ausdruck von bestimmten (globalen) Ideologien sind, stellen Konfliktpotentiale von Großprojekten dar. Im Folgenden wird sowohl das Demokratiedefizit erläutert als auch die Auswirkungen der Ideologien, die mit städtebaulichen Großprojekten in Verbindung stehen, dargestellt.

GROSSPROJEKTE UND IHR DEFIZIT AN PARTIZIPATIVEN ELEMENTEN

„Die Vermutung liegt nahe, dass das politische und ökonomische Gewicht der Projekte im Verbund mit den machtvollen Interessen, die an sie geknüpft sind, der politischen Kultur Schaden zufügen können und daher nicht zufällig immer wieder empörte Reaktionen auslösen.“ (Selle 2010:2)

Die Aussage Selles begründet sich auf der Vermutung eines Demokratiedefizits, das städtebauliche Großprojekte aufweisen. Genauer gesagt fehlt es in ihrem Entstehungsprozess und ihrer Legitimation an bestimmten demokratischen Elementen, die eine Partizipation der lokalen Bevölkerung ermöglichen könnten. Da Großprojekte als Folge der Glokalisierung, also dem Spannungsfeld zwischen globalen Trends, Werthaltungen und Ideologien und deren lokalen Auswirkungen und Umsetzungsmaßnahmen, verstanden werden, lässt sich das Demokratiedefizit auch auf diesen beiden Ebenen identifizieren (vgl. Swyngedouw et al. 2003a).

Auf der globalen Ebene ist der Mangel an demokratischen Elementen darin zu erklären, dass es über die Entscheidung, darüber ob man den globalen Trends folgt oder welchen man folgen sollte, keine öffentliche Debatte gibt. Die Verantwortung über eine solch tiefgreifende Entscheidung, ob man dem Kurs der Neoliberalisierung folgen sollte oder nicht liegt bei nationalen und transnationalen Gremien. Sie entscheiden grundlegende Strategien, denen Nationen oder gar ganze Kontinente folgen. Die lokalen Auswirkungen dieser Strategien sind jedoch von der lokalen Bevölkerung zu tragen. Dieser fehlt aber diesbezüglich das Mitspracherecht.

Diese (trans)nationalen Strategien werden oft als Legitimationsgrundlage für städtebauliche Großprojekte verwendet und dabei als unausweichliche Richtung vorgegeben. Man müsse durch ein Großprojekt die lokale Wirtschaft stärken, da man sonst im internationalen Städtewettbewerb nicht mehr konkurrenzfähig ist und dadurch die gesamte Zukunft der Stadt bzw. Region auf dem Spiel stehe. Über Alternativen, die einer anderen Ideologie folgen, findet keine öffentliche Debatte statt. So wird eine Politik ganz nach der Kritik der postdemokratischen Theorien betrieben, die den Dissens ignoriert bzw. radikal ausgrenzt und einen Konsens als Legitimationsgrundlage durch Exklusion konstruiert (siehe Kapitel 2.4). Werden die Trends, zu deren Erfüllung Großprojekte beitragen sollen, aus unterschiedlichen Gründen abgelehnt, dann entfällt der Legitimationsgrund für ein solch tiefgreifendes Projekt.

Aber auch auf der lokalen Ebene weisen Großprojekte einen Mangel an partizipativen Elementen auf. Dieser tritt dadurch zum Vorschein, dass in der Logik in der städtebauliche Großprojekte geplant werden eine Einbringung der lokalen Bevölkerung nur in einem sehr geringen Ausmaß praktiziert wird.

Als logische Folge ist die Entstehung von Großprojekten mit sehr wenig Partizipation verbunden. Genauer gesagt, beschränkt sich die Partizipation, im Sinne einer postdemokratischen Exklusion, auf bestimmte AkteurInnen. Dies und die Tatsache, dass

2.6.3 STÄDTEBAULICHE GROSSPROJEKTE UND IHR KONFLIKTPOTENTIAL

Großprojekte ein gewisses Eigenleben entwickeln, führen dazu, dass ein Bild entstehen lässt, nach dem weder die lokale Bevölkerung noch die lokale Politik einen wirklichen Einfluss auf den Werdegang des Projekts zu haben scheinen (vgl. Selle 2010; vgl. Tenz 2011).

Der Verlust der Wirkmächtigkeit von der lokalen Politik lässt sich folgendermaßen begründen: Durch die Vielzahl an AkteurInnen, die an Großprojekten beteiligt sind, besitzen die Gemeinden, bei denen formal eigentlich die Planungshoheit liegt, immer weniger Einfluss auf das wirkliche Geschehen. Zum einen entstehen durch die enorme Dauer und Vorlaufzeit, die Großprojekte aufweisen, bestimmte Sachzwänge. Es werden Verträge unterzeichnet, dadurch AkteurInnen gebunden und Investitionen zugesichert (Selle 2010:4). Als Folge dessen bekommt das Großprojekt eine Eigendynamik, die – einmal ins Rollen gekommen – nur noch schwer aufzuhalten ist. Selle bezeichnet dies humorvoll als *“Gang des Elefanten”*. Innerhalb dieses Prozesses entsteht schnell ein sogenannter *point of no return*, der sich vor allem auf den wirtschaftlichen Verlust, den ein Projektabbruch mit sich bringt, bezieht und somit keine Alternative mehr zulässt (ebd.:4).

Diese Argumentationslogik des unmöglichen Projektabbruchs auf Grund von im Prozess entstandenen Sachzwängen und Investitionen, lässt sich nicht nur gegenüber der Zivilbevölkerung finden, sondern wird auch gegen die lokale Politik verwendet (ebd.:4). So verliert diese ganz im Sinne des *“Gang des Elefanten”* ebenfalls erheblich an Einflussmöglichkeit und es findet eine Verschiebung der Machtverhältnisse zu Gunsten von wirtschaftlich starken AkteurInnen statt (ebd.:5).

“Mit einem Mal werden die Körperschaften, die Eigentümer sind und »Dirigenten« sein sollten, zu Akteuren nachgeordneter Bedeutung, nicht selten auch zu Dienstleistern ihrer eigenen Unternehmen.” (Selle 2010:5)

In diesem schwer durchschaubaren Geflecht aus AkteurInnen der öffentlichen Hand und aus der Privatwirtschaft und deren Fusionen, ist es wenig verwunderlich, dass die lokale Bevölkerung keinen wirklichen Platz findet. Ihr wird einerseits nicht zugetraut über genügend Information zu verfügen, um über so einflussreiche Projekte vernünftig abwägen zu können (Tenz 2011:2f). Andererseits ist es oftmals auch gar nicht erwünscht noch weitere Meinungen in den Entstehungsprozess zu integrieren. Sowohl die Politik als auch die Privatwirtschaft sieht in einer partizipativen Einbindung der Bevölkerung bei Großprojekten oftmals die Gefahr, dass jene durch eine generelle

Ablehnung durch die Zivilgesellschaft niemals zustandekommen würden. Es fehlt der lokalen Politik in Bezug auf städtebauliche Großprojekte schlichtweg das Vertrauen in die Zivilgesellschaft, mit ihr gemeinsam vernünftige Lösungen erarbeiten zu können. Gleichzeitig fehlt ihr der Mut oder das Selbstvertrauen, die Privatwirtschaft in einen öffentlichen Diskurs um den Kern des Projekts verpflichtend einzubinden (vgl. Selle 2010).

Zusammenfassend beruht das Defizit an Demokratie von Großprojekten darauf, dass weder die lokalpolitischen EntscheidungsträgerInnen und der zugehörige Verwaltungsapparat, noch die ansässige Bevölkerung viele Möglichkeiten hat die Eigendynamik, die ein Großprojekt entwickelt, zu lenken. Zudem findet meist eine öffentliche Debatte um den Legitimationsgrund des Projekts meist erst so spät statt, dass ein Projektabbruch wegen schon getätigter Investitionen und entstandenen Sachzwängen nicht mehr möglich ist. Dies alles sieht Selle als Grund dafür, warum Großprojekte der lokalen politischen Kultur (nachhaltigen) Schaden zufügen können (vgl. Selle 2010).

GROSSPROJEKTE ALS AUSDRUCK GLOBALER TRENDS, DEREN IDEOLOGIEN UND AUSWIRKUNGEN

Ein weiteres Konfliktpotential von städtebaulichen Großprojekten lässt sich in deren hintergründigen Ideologie finden. Großprojekte sind Ausdruck einer ganz bestimmten Logik der Stadtentwicklung, die in erheblichem Ausmaß dazu beiträgt soziale Polarisation zu verstärken. Welche Hintergründe dies sind, wird im Folgenden erläutert.

*“Like no other mechanism, UDPs reveal trends towards the formation of a new local mode of regulation of urban (re)development and management shaped by the pressures of competitive reconstructing an changing social and economic priorities, as well as by major political and ideological shifts.”
(Rodriguez et al. 2003:36f)*

Stellt man sich die Frage, warum städtebauliche Großprojekte eigentlich Eingang in die strategische Stadtentwicklung bekommen haben, gilt es zwei Phänomene zu beachten. Einerseits das Versagen des keynesianischen Wohlfahrtsstaates, das hohe Arbeitslosigkeit und andere soziale Probleme mit sich brachte, (vgl. Rodriguez et al.

2.6.3 STÄDTEBAULICHE GROSSPROJEKTE UND IHR KONFLIKTPOTENTIAL

2003:30f) und andererseits das Fortschreiten von Globalisierungsprozessen (vgl. Swyngedouw et al. 2003b:18). Beide Phänomene leisten ihren Beitrag dazu eine andere Logik in Stadtentwicklungspolitik zu etablieren, die Städte in einen vermeintlichen globalen Wettbewerb um Kapital stellt und zu einer anderen Art der Stadtentwicklung führt.

Als Reaktion auf die wachsenden sozialen Probleme wird versucht die lokale Wirtschaft zu stärken. Dies führt dazu, dass städtebauliche Großprojekte sozusagen zum Leitmotiv der Stadtentwicklungspolitik werden (Swyngedouw et al. 2003a:2).

Dieser vermehrte Einsatz von Großprojekten bewirkt ebenfalls eine Veränderung in der Art und Weise, wie Stadt (re)produziert wird. Es werden immer mehr AkteurInnen aus der Privatwirtschaft in Prozesse eingebunden und es findet eine Verschiebung der Machtverhältnisse zu Gunsten dieser statt. Die öffentliche Hand besitzt daher immer weniger Wirkmächtigkeit gegenüber finanzstarken AkteurInnen. Als Folge davon wird Stadtentwicklung zum Selbstläufer und findet wenig Eingang auf der lokalpolitischen Agenda (Rodriguez et al. 2003:37f). Gleichzeitig mit der Verschiebung der Machtverhältnisse, verändern sich durch globale Megatrends (vor allem den Neoliberalismus) die Inhalte und Ziele von städtischer Sozialpolitik. *“Changes on the urban agenda reflect a shifting policy focus away from regulatory and distributive considerations towards economic growth and competitive redevelopment.”* (Rodriguez et al. 2003:33) So findet eine *“faire”* Verteilung von Mehrwerten durch Stadtentwicklungsprojekte immer weniger statt und weicht einer Anhäufung durch bestimmte Eliten, die von der Schaffung des neuen Wohlstandes profitieren (ebd.).

Zusätzlich dazu, dass nur bestimmte Eliten vom Mehrwert der Großprojekte profitieren, sind diese auch maßgeblich an deren Entstehung und Ausrichtung beteiligt. Diejenigen, die vom Mehrwert ausgeschlossen werden, sind also auch im Entstehungsprozess von Großprojekten nur wenig beteiligt und haben kaum Möglichkeiten ihre Ansprüche geltend zu machen.

Dies führt dazu, dass die Produktion von bedeutsamen Räumen (places) über das Handeln durch Eliten geschieht, nur deren Ansprüche befriedigt und daher ebenso als Ausdruck bestimmter Ideologien verstanden werden kann. *“The neo-liberal hegemony seeks to exploit these globally localized places by transforming them into competitive spaces.”* (Moulaert et al. 2003:47) Durch das Trimmen von bedeutsamen Orten auf die neoliberale Ideologie, werden diese nur noch globalen Ansprüchen gerecht und

verlieren vermehrt ihren Beitrag zu Bedürfnisbefriedigung der lokalen Bevölkerung. In diesem Sinne geht auch die Identifikationsfähigkeit mit diesen spaces verloren und kann erhebliches Konfliktpotential verursachen.

“While we agree that large-scale Urban Development Project (UDPs) have, indeed, become one of the most visible and ubiquitous urban revitalization strategies pursued by cities in search of economic growth and competitiveness, we also insist that it is exactly this sort of new urban policy that actively produces, enacts, embodies, and shapes the new political and economic regimes that are operative at local, regional, national, and global scales. They are the material expression of a developmental logic that views mega-projects and place marketing as major leverages for generating future growth and for waging a competitive struggle to attract investment capital.”
(Swyngedouw et. al. 2003:2)

RÉSUMÉ

Städtebauliche Großprojekte sind in einem oder in mehreren Aspekten umfangreicher als andere Stadtentwicklungsprojekte. Nicht nur deshalb stehen sie in einem hohen öffentlichen Interesse. Obwohl Großprojekte einen Spezialfall der Stadtplanung darstellen, kommen sie dennoch vermehrt zum Einsatz. VertreterInnen der kritischen Stadtforschung sehen dies im fortschreitenden Globalisierungsprozess und des damit einhergehenden Megatrends der Neoliberalisierung begründet. Diese Trends führen zu einer Reorganisation der Stadtentwicklungspolitik, die von Eliten dominiert wird und zur Verstärkung sozialer Ungleichheit beiträgt. Demzufolge sind städtebauliche Großprojekte Ausdruck des Spannungsfelds zwischen globalen Trends und deren lokaler Umsetzung und folgen daher einer ganz eigenen Logik. Diese Logik spiegelt sich in einer gewissen Eigendynamik der Großprojekte wider, die sich in einer langen Planungsdauer und einer Vielzahl an eingebundenen AkteurInnen begründet und die Lokalpolitik vor Herausforderungen stellt. Die Logik der Großprojekte macht es schwer, die lokal ansässige Bevölkerung in diese Prozesse einzubinden. Diese Tatsache, gepaart mit der Verschärfung von sozialer Ungleichheit, stellt das enorme Konfliktpotential von städtebaulichen Großprojekten dar.

3 FALLSTUDIEN

Im folgenden Kapitel werden die untersuchten Fallstudien vorgestellt und die jeweiligen Protesthintergründe der betrachteten Initiativen dargestellt.

3.1 UMGESTALTUNG DES AREALS AM WIENER HEUMARKT



Abb.2: Heumarkt: Projektgebiet - Übersicht



Abb.3: Heumarkt Heute - Zukunft 1

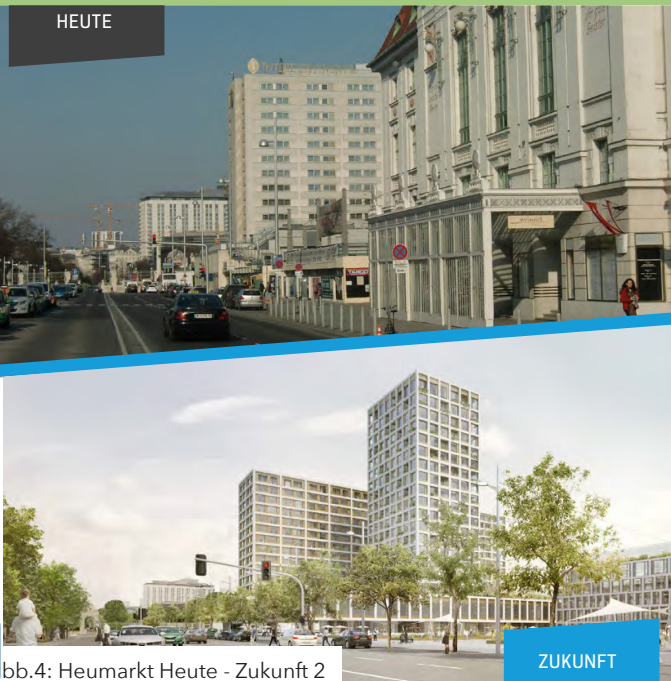


Abb.4: Heumarkt Heute - Zukunft 2

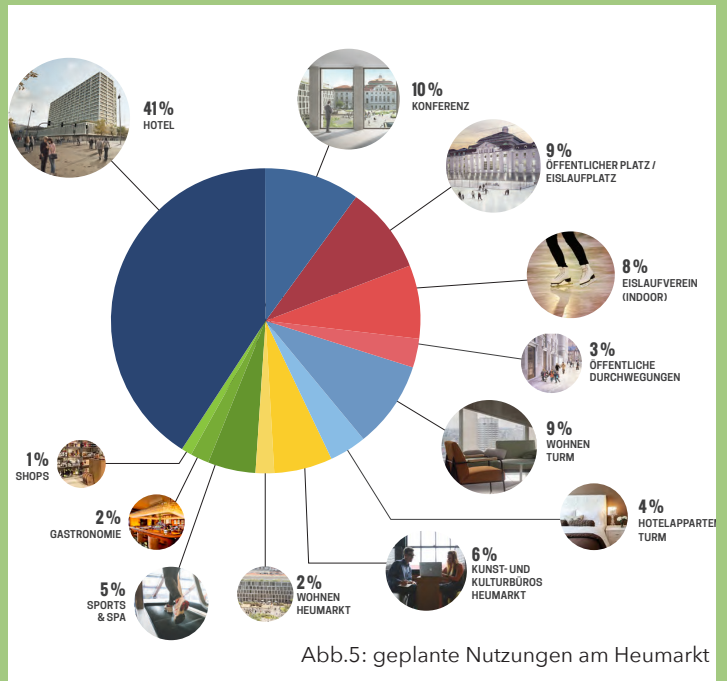


Abb.5: geplante Nutzungen am Heumarkt

3.1.1 PROJEKTBSCHREIBUNG

Das Projekt am Wiener Heumarkt genießt eine sehr hohe öffentliche Aufmerksamkeit und ist seit einiger Zeit eines der meistdiskutierten Areale in Wien (MA 21 2013:13). Dies steht vorrangig mit seiner prominenter Lage in Verbindung, die in der Beschreibung des Planungsgebietes detaillierter erfolgt. Allerdings ist es nötig die dort ansässigen Institutionen zumindest zu nennen, um das Projekt beschreiben zu können.

Den Kern des Projektes bildet die Umgestaltung des Areals an der Wiener Ringstraße, an dem die bedeutsamen Institutionen Wiener Eislaufverein (WEV), Intercontinental Hotel Wien und das Wiener Konzerthaus angesiedelt sind. Dabei wurden in einem sehr aufwendigen Planungsverfahren eine Vielzahl an Ansprüchen an das Areal definiert und deren Umsetzung in unterschiedlichen Szenarien durchgespielt. Die Motivation hinter der Umgestaltung lässt sich darin begründen, dass der *“derzeitige bauliche Zustand (Hotel und Eislaufanlage), die städtebauliche Einfügung und die urbane Nutzungsqualität ...”* seitens der öffentlichen Hand als unbefriedigend bezeichnet werden. Daher seien die *“städtebaulichen Potenziale des Areals [...] nicht ausgeschöpft und entsprechen nicht einem hochwertigen innerstädtischen Standort.”* (MA 21 2013:13)

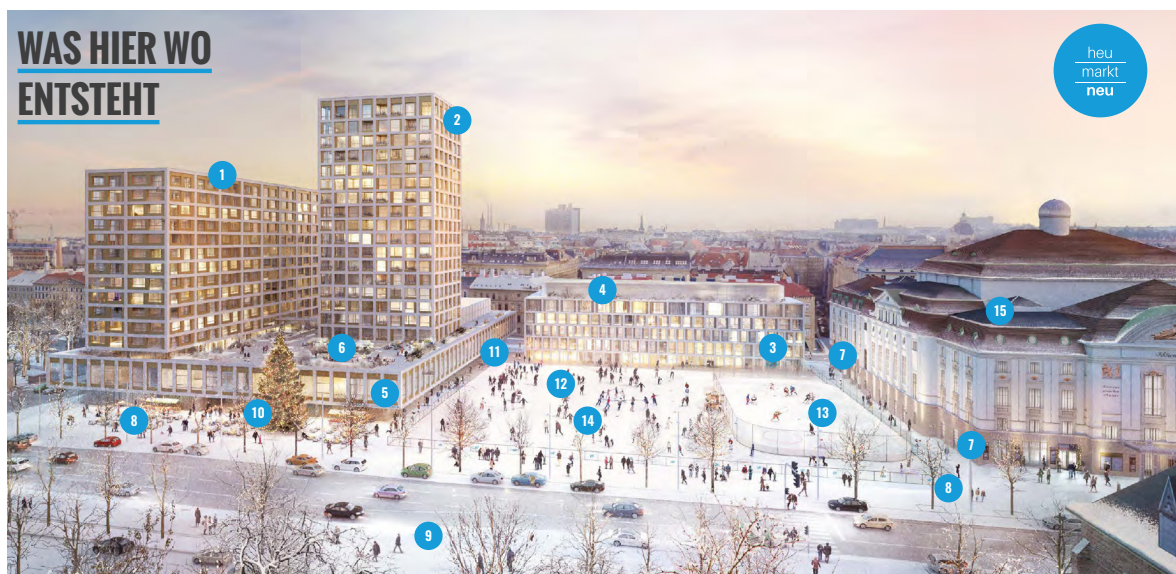
Darüber hinaus bildet das derzeit nur bedingt öffentlich zugängliche Areal eine Barriere zwischen den Bezirken Innere Stadt und Landstraße (Stadt Wien 2019b). Diese Barriere soll durch eine Durchwegung gebrochen werden und somit die beiden Bezirke näher zusammenwachsen (WertInvest Hotelbetriebs GmbH 2019c:17).

Neben der Durchwegung lässt sich das Schaffen von qualitativ hochwertigen öffentlichen Räumen als eines der Ziele des Projektes feststellen. Dabei werden alle dort ansässigen Institutionen erhalten und großteils baulich saniert. Durch diese Maßnahmen soll einerseits die Hotelnutzung des Intercontinental Hotels erhalten bleiben und andererseits durch eine Modernisierung der technischen Anlagen des WEV dessen Erhalt garantiert werden. Der Erhalt des WEV wurde durch einen Mietvertrag auf 99 Jahre abgesichert. Dadurch sollen nicht nur die in den Wintermonaten typischen Wintersportaktivitäten erhalten bleiben, sondern darüber hinaus auch eine Kooperation mit dem Wiener Konzerthaus geschaffen werden, welches die Fläche im Sommer beispielsweise für Freiluftkonzerte nutzen kann (ebd.:14ff).

An die Entwicklung und Umgestaltung des Areals ist nach derzeitigem Planungsstand auch das Errichten eines Hochhauses, dessen Nutzung großteils dem Wohnen zugeführt sein wird. In dieser prominenten und zentralen Lage ist es einleuchtend, dass

dieser Wohnturm eher dem oberen Preissegment zuzuordnen ist.

Jener Turm liefert den Nährboden für den nunmehr schon mehrere Jahre andauernden Streit um das Projekt. Dieser begründet sich zwar auch in dessen Nutzung als Wohnraum im Luxussegment, aber viel mehr ist es vor allem dessen Höhe, der ihn zum Streitpunkt macht. Dies wird in weiterer Folge noch detaillierter ausgeführt.



- WAS HIER WO ENTSTEHT**
- 1 Hotelgebäude
 - 2 Wohngebäude inklusive Hotelappartements
 - 3 Heumarktgebäude: Kultur- und Sportbüros
 - 4 Heumarktgebäude: Wohnen
 - 5 Modernes Kongress- und Veranstaltungszentrum
 - 6 Die Stadterrasse vergrößert den öffentlichen Raum
 - 7 Neue Wege verbinden die Bezirke und die Menschen
 - 8 Ein schöner Boulevard zum Flanieren mit Baumallee
 - 9 Auto- und Radverkehr haben nebeneinander Platz
 - 10 Café und Restaurants
 - 11 Sport & Spa
 - 12 Ganzjährig nutzbare Eishalle für Eishockey und Eistanz (unterirdisch)
 - 13 Variables Eishockeyfeld
 - 14 Im Winter Eislaufplatz, im Frühjahr, Sommer und Herbst ein öffentlicher, frei zugänglicher Erlebnisraum
 - 15 Wiener Konzerthaus

Abb.6: Verortung der geplanten Nutzungen am Heumarkt

3.1.1 PROJEKTBE SCHREIBUNG

DAS PLANUNGS GEBIET - EIN BESONDERER ORT MIT BESONDERER LAGE

Am Planungsgebiet sind drei geschichtsträchtige Institutionen Wiens angesiedelt, deren Erhalt von vielen Teilen der Wiener Bevölkerung erwünscht ist. Dabei handelt es sich um den Wiener Eislaufverein, das Wiener Konzerthaus und das Intercontinental Hotel Wien. Nicht nur deshalb stand das Projekt schon von Beginn an in einem erhöhten öffentlichen Interesse und die Stadt Wien war bemüht bei den Planungen zur Entwicklung des Areals möglichst viele AkteurInnen einzubinden (Temel, 2014:46).

Intercontinental Hotel

Das "Intercont", wie der Wiener Volksmund das Intercontinental Hotel bezeichnet, war für die Entwicklung Wiens in der Nachkriegszeit des Zweiten Weltkrieges von großer Bedeutung. Auch wenn es ästhetisch gesehen nie wirklich auf positives Feedback stieß, hat es damals als erstes Hotel in Wien, das dem damaligen Standard internationaler und kapitalstarker BesucherInnen gerecht wurde, den amerikanischen Lebensstil der 1960er Jahre nach Wien geholt (Jürgens 2014:18). Von manchen wird das Intercontinental Hotel daher auch als "Tor zur Welt" bezeichnet. (ebd.) Dem Andenken an dieses bedeutungsvolle Gebäude widmet sich sogar eine gleichnamige Publikation, die der Geschichte des Gebäudes huldigt.

Wiener Eislaufverein

Der Wiener Eislaufverein ist seit über 150 Jahren ein prägender Bestandteil Wiens. Gegründet 1867, an einem Standort nahe Wien Mitte, übersiedelte er bereits 1901 wegen des Baus der Wiener Stadtbahn an den jetzigen Standort am Heumarkt. Schon sehr früh war der Wiener Eislaufverein eine international anerkannte Adresse des Eissports. Im Laufe der Zeit entwickelte man dort die sogenannte Wiener Eislaufschule, die im Gegensatz zum damals vorherrschenden Britischen Stil mit wesentlich mehr Sprungelementen arbeitete und bis heute den Eiskunstlauf nachhaltig geprägt hat (Meisinger, o.J.).

Während, zwischen und nach den Weltkriegen hatte der Wiener Eislaufverein vor allem aus finanzieller Sicht schwere Zeiten zu bewältigen. Ein Ende war erst in Sicht, als mit dem Bau des Intercontinental Hotels 1960 der Pachtvertrag verlängert wurde (ebd.).

Auch heute hat der Wiener Eislaufverein noch rund 350 Mitglieder und mehrere tausend BesucherInnen in den Wintermonaten. Zudem spielt er für anliegende Schulen

eine wichtige Rolle, da die Räumlichkeiten zum Turnunterricht zur Verfügung gestellt werden (ebd.).

Wiener Konzerthaus

Das Wiener Konzerthaus stellt ebenfalls schon sehr lange eine Institution in Wien dar. Eröffnet 1913, fiel es damals schon durch seine innovative Architektur auf, die es ermöglichte, dass in drei Konzertsälen gleichzeitig Aufführungen stattfinden konnten ohne gegenseitige akustisch zu Beeinflussung (Wiener Konzerthausgesellschaft 2019a). Bis heute ist das Konzerthaus einer der wichtigsten Bestandteile der Wiener Musikszene und versucht dabei nicht nur die Tradition aufrechtzuerhalten, sondern öffnet sich auch zeitgenössischer Musik (Wiener Konzerthausgesellschaft 2019b).

DIE BESONDERE LAGE UND DEREN STRATEGISCHE ENTWICKLUNGSVORGABEN



Abb.7: Heumarkt: Verortung des Projektgebietes

3.1.1 PROJEKTBE SCHREIBUNG

Der wesentlichste Aspekt, der das Projekt in der breiten Öffentlichkeit zum Streitpunkt macht, ist dessen Lage in Verbindung mit der geplanten Höhenentwicklung. Nicht nur, dass dort die genannten Institutionen angesiedelt sind, sondern auch die Tatsache, dass das Areal im Randbereich des Kerngebietes des UNESCO Weltkulturerbes historisches Zentrum Wien verortet ist, macht es außergewöhnlich (MA 21 2013:13).



Abb.8: Schutz- und Pufferzone des UNESCO Weltkulturerbes Innere Stadt Wien

Das historische Zentrum Wiens ist seit Dezember 2001 in die Liste der UNESCO-Welterbestätten aufgenommen worden. Mit dieser Maßnahme bekommt die Stadt Wien nicht nur eine Auszeichnung, sondern stellt sich auch der Verantwortung, dieses Weltkulturerbe zu schützen (Stadt Wien 2017:2). Die Frage, wie dieser Schutz zu betreiben ist, ist etwas, das die Debatte um das Projekt stark angeregt hat und auch immer noch anregt.

Grundsätzlich gibt es drei strategische Planungsdokumente, die sich zu einer Hochhausbebauung in diesem Bereich des Stadtgebiets äußern. Diese Dokumente sind der Masterplan Glacis (2014), das Fachkonzept Hochhäuser (2014) und der Managementplan bezüglich des Umgangs mit den Welterbestätten in Wien (2006).

Der Masterplan Glacis beschreibt die städtebaulichen Zielsetzungen für die Entwicklung entlang der Wiener Ringstraße als Randgebiet des Welterbegebietes Historisches Zentrum Wien (Stadt Wien 2017:2). Dabei bezieht sich der Masterplan Glacis auf das Fachkonzept Hochhaus, das eines der detaillierteren Fachkonzepte des STEP 2025 ist und das Wiener Stadtgebiet in bestimmte Bereiche teilt und diese nach der Eignung für einen Hochhausstandort bewertet. Dabei wird die Glacis als Teil der Konsolidierten Stadt verstanden. Dort soll *“für Hochhausentwicklungen der Grundsatz von Respekt und Zurückhaltung gegenüber der Qualität des Bisherigen gelten“*. (MA 21 2014:12) Dabei kann allerdings eine *“Bereicherung des Stadtbilds durch Akzentuierung des Höhenreliefs in räumlich markanten Situationen - stadtstrukturellen Schnittstellen, Stadtkanten, Aktivitätspolen, innerstädtischen Entwicklungsgebieten etc. - [...] durchaus erwünscht sein.“* (ebd.:12)

Das Fachkonzept Hochhäuser beinhaltet zusätzlich folgende Aussage betreffend des Bereichs der Konsolidierten Stadt:

“Unter Berücksichtigung der Maßstäblichkeit in Relation zum Bestand können Hochhäuser dann vertretbar sein, wenn sie der lokalen urbanen Anreicherung, der räumlichen und funktionalen Klärung, der unter stadtypologischen und stadtsoziologischen Gesichtspunkten sinnvollen Verwandlung der jeweiligen Situation zuträglich sind, strukturelle Defizite kompensieren helfen und die öffentliche Aneignung des Stadtraums unterstützen.“ (MA 21 & Bosshard & Luchsinger Architekten AG 2014:23)

Das Fachkonzept Hochhäuser gibt im Konkreten nur für Natur- und Landschaftsschutzgebieten einen Ausschluss einer Hochhausbebauung vor. Andere Bereiche bedürfen allerdings einer *“erhöhten Aufmerksamkeit“*.

“Ausgeschlossen von Hochhausentwicklungen sind die Natur- und Landschaftsschutzgebiete. Sicherheitszonen des Flughafen Wiens, Schutzzonen nach § 7 der Wiener Bauordnung sowie insbesondere die Kernzone sowie die Pufferzonen des UNESCO- Weltkulturerbes Wien erfordern erhöhte Aufmerksamkeit in der Beurteilung von Hochhausprojekten.“ (MA 21 & Bosshard & Luchsinger Architekten AG 2014:16)

3.1.1 PROJEKTBE SCHREIBUNG

Zum Umgang mit der Thematik in Bezug auf UNESCO-Welterbestätten findet sich im Dokument lediglich der Hinweis, dass eine Verträglichkeit aufzuzeigen ist.

“Die Verträglichkeit mit Natur- und Landschaftsschutzgebieten, den Sicherheitszonen des Flughafen Wiens, Schutzzonen nach § 7 der Wiener Bauordnung, UNESCO-Weltkulturerbe und Sichtachsen ist aufzuzeigen.” (MA 21 & Bosshard & Luchsinger Architekten AG 2014:44)

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich keine wirklich klare Aussage bezüglich einer Hochhausbebauung an dem Areal des Wiener Heumarktes in strategischen Planungsdokumenten finden lässt. Die Aussagen, die sich dort finden, sind meist so unklar formuliert, dass ein Hochhaus in diesem Bereich zwar nicht die bevorzugte Bebauung darstellt aber dennoch möglich ist, wenn die Verträglichkeit dargestellt wird und das Projekt einen Mehrwert liefert. Allerdings werden auch die Begriffe der Verträglichkeit und des Mehrwerts nur sehr schwammig definiert.

“In Teilbereichen, die auf funktionaler Ebene Defizite aufweisen, wie etwa im Bereich der sozialen Infrastruktur, kann die Integration von öffentlichen Einrichtungen für Bildung, Soziales und Gesundheit einen wesentlichen Mehrwert darstellen.” (MA 21 2014:13)

Diese unpräzise Angabe führt dazu, dass die Verträglichkeit eines Hochhauses mit den Schutzbestimmungen und dessen Mehrwert im konkreten Fall festgelegt werden müssen. Beim Heumarkt Projekt wurde daher ein für Wien sehr aufwendiger Planungsprozess durchgeführt. Dieser wird in weiterer Folge noch genauer beschrieben und auf dessen Ergebnisse eingegangen, da sowohl der Planungsprozess, als auch dessen Ergebnisse einen großen Einfluss auf den Protest gegen das Projekt genommen haben.

PLANUNGSANLASS

„Der Hintergrund ist ja denke ich relativ klar. Das Areal ist derzeit städtebaulich unbefriedigend gelöst was denke ich auch relativ unstrittig ist.“ (I_PV Z. 31 - 32)

„Dadurch, dass das Areal in die Hand eines Investors gekommen ist, ist Bewegung in die ganze Sache gekommen.“ (I_PV Z. 32 - 33)

Als Planungsanlass kann der Flächenkauf durch Michael Tojner (WertInvest) von den Wiener Stadterweiterungsfonds gesehen werden. Dabei wurde die Ambition geäußert, das Gebiet für 200 bis 300 Millionen Euro zu entwickeln und den Fokus auf die Themen Musik und Sport zu legen (Temel, 2014:46).

Zudem entspricht das Areal keineswegs modernen städtebaulichen Standards (Vassilakou 2013:7) und wird daher von anderen InterviewpartnerInnen als *“Un-Ort”* (I_PV Z. 211) oder *“Schmuddel-Ort”* (I_EKV Z. 20) bezeichnet. Darüber hinaus wird über die Entwicklung des Gebietes seit längerer Zeit diskutiert, um unterschiedliche öffentliche Interessen zu erfüllen. Zu diesen zählen unter anderem die Modernisierung des Eislaufvereins, eine Aufwertung des öffentlichen Raums in Richtung des Beethovenplatzes und der Lothringerstraße und eine bessere Durchwegung des Gebietes (Temel, 2014:46). So wurde der Eigentümerwechsel als Anlass zur städtebaulichen Umgestaltung genommen. Wie diese Umgestaltung geschehen sollte, wurde in einem relativ aufwendigem Planungsprozess erarbeitet. Dieser und die dabei involvierten AkteurInnen werden im Folgenden knapp erläutert.

3.1.2 BESCHREIBUNG DES PLANUNGSPROZESSES

BETEILIGTE AKTEURINNEN

Am Planungsprozess war eine Vielzahl von AkteurInnen beteiligt. Dies lässt sich damit begründen, dass der Entwicklung des Areals aufgrund seiner prominenten Lage von Beginn an hohe Aufmerksamkeit geschenkt wurde. So wurden neben den ansässigen Institutionen (WEV und Wiener Konzerthaus) zahlreiche nationale und internationale ExpertInnen eingebunden. Diese namentlich zu nennen hat für die Arbeit keinen Mehrwert, da es in keiner Weise darum geht deren Einzelpositionen herauszuarbeiten. Bei persönlichem Interesse daran können die ExpertInnen in den zahlreichen Publikationen zur Entwicklung des Areals nachgeschlagen werden.

Im Prozess beteiligte AkteurInnen:

- WertInvest
- Wiener Eislaufverein
- Wiener Konzerthaus
- Hotel Intercontinental
- UNESCO
- ICOMOS
- Stadt Wien (Politik und Verwaltung)
- Bezirkspolitik
- Internationale ExpertInnen
- Architektenkammer

An dieser Stelle ist es wichtig zu erwähnen, dass die UNESCO und deren Amtssachverständiger ICOMOS schon sehr früh in den Prozess einbezogen wurden. Dies ruht vermutlich daher, dass man deren Position zur Vereinbarkeit von Projektvarianten mit dem Schutz des Weltkulturerbes Innere Stadt Wien in Erfahrung bringen wollte.

ÜBERBLICK ÜBER DEN PLANUNGSPROZESS

Aufgrund der Prominenz des Projektes, die sich großteils in dessen Lage begründet, wurde der Planungsprozess zur Umgestaltung des Areals sehr aufwändig gestaltet. Kern dessen war ein kooperatives ExpertInnen Verfahren, das die Leitlinien zur Entwicklung des Areals unter der Berücksichtigung der diversen Ansprüche der unterschiedlichen AkteurInnen erarbeiten sollte (MA 21 2013:14).

Vor dem kooperativen ExpertInnen Verfahren wurden Fachhearings abgehalten, die einerseits die Rahmenbedingungen klären sollten und andererseits die Ansprüche sowohl an die Nutzung des Areals als auch an die weitere Gestaltung des Planungsprozesses formulieren sollten (ebd.:13).

Die in den Fachhearings und im Kooperativen ExpertInnenverfahren erarbeiteten Grundlagen flossen in die Ausschreibung eines 2-stufigen Architekturwettbewerbes ein. Auch dieser war mit einer TeilnehmerInnenzahl von 24 sehr groß gestaltet.

Gewonnen wurde der Architekturwettbewerb von Isay Weinfeld und dessen Architekturbüro. Der Siegerentwurf sieht eine *“Turmlösung”* für die Umgestaltung des Areals vor (I_PV Z.105).

Da der geplante Turm einer der hauptsächlichen Kritikpunkte des organisierten Protests gegen das Projekt ist, folgte nach einiger Zeit ein Vermittlungsverfahren, das zu einer Projektadaption führte.

Diese leichte Abänderung des Siegerentwurfs steht allerdings immer noch in der Kritik der ProjektgegnerInnen, da es deren Hauptkritikpunkt, der die Höhenentwicklung betrifft, nur in einem geringen Ausmaß beeinflusst hat. Daher gab es im Anschluss daran noch mehrere Veranstaltungen, bei denen ein Dialog mit der Bürgerschaft und insbesondere mit den ProjektgegnerInnen gesucht wurde. Aber auch dieser Versuch ein friedliches Auskommen zu erreichen, scheiterte (vgl. I_PV Z. 345 - 354).

Dennoch wurde das Projekt durch die Änderung der Flächenwidmung am Areal zur Umsetzung freigegeben. Dies führte bei den Projektgegnern natürlich zu weiterem Widerstand und Versuchen das Projekt zu verhindern.

Während dieser Zeit stellte der Projektwerber, der die Sicherheit haben wollte, dass das Projekt keiner UVP-Pflicht unterliegt, einen Antrag an die Wiener Landesregierung auf einen Feststellungsbescheid. Dieser wurde daraufhin erstellt und sieht keine UVP-Pflicht vor. Allerdings bot dieser Bescheid eine erneute Angriffsfläche für die Projektgegner, die Revision einlegten. Dieser Rechtsstreit geht nun schon über mehrere Instanzen und

3.1.2 BESCHREIBUNG DES PLANUNGSPROZESSES

führte ebenfalls dazu, dass eine erneute Nachdenkphase veranlasst wurde, die den Start der Realisierung des Projektes vor 2021 nicht ermöglicht (Heidegger & Sill 2019). Aktuell befindet sich das Projekt in dieser Nachdenkphase und der Rechtsstreit darüber, ob eine UVP-Pflicht besteht oder nicht hält weiter an. Über den Ausgang dieses Rechtsverfahrens kann nur spekuliert werden.

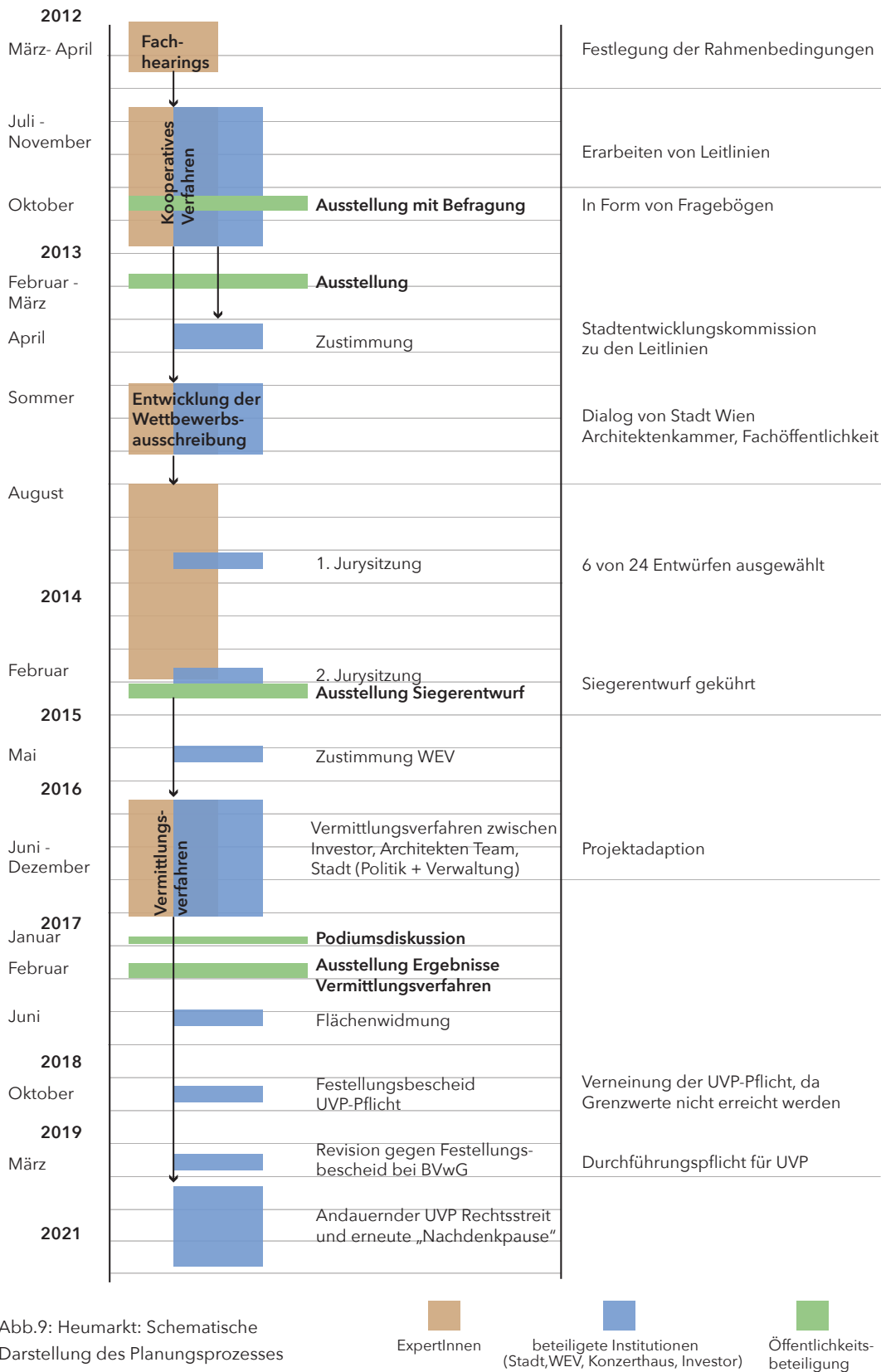


Abb.9: Heumarkt: Schematische Darstellung des Planungsprozesses

ExpertInnen
 beteiligte Institutionen (Stadt, WEV, Konzerthaus, Investor)
 Öffentlichkeitsbeteiligung

3.1.2 BESCHREIBUNG DES PLANUNGSPROZESSES

BESCHREIBUNG DER EINZELNEN SCHRITTE IM PLANUNGSPROZESS

Um ein klareres Bild des Planungsprozesses zu vermitteln, werden im Folgenden die einzelnen Schritte genauer erläutert und deren Ergebnisse dargestellt.

Fachhearings

Den Startschuss für das Projekt lieferten zwei Fachhearings, die von März bis April 2012 abgehalten wurden. Diese Fachhearings gingen auf die Initiative des damaligen Leiters der Magistratsabteilung 21A zurück, der dieses aufgrund der öffentlichen Bedeutung des Projektes einleitete. Dabei waren VertreterInnen des Magistrats, der politischen Ebene (Stadt- und Bezirkspolitik) und mehrere FachexpertInnen involviert. Die ExpertInnen kamen aus den Fachbereichen Architektur, Städtebau, Denkmalschutz und zusätzlichen weiteren Disziplinen (MA 21 2013:14). Darüber hinaus waren VertreterInnen der ansässigen Institutionen vor Ort mit in den Hearings vertreten (Stadt Wien 2019a).

Die Ziele der Fachhearings waren:

- Klärung der Rahmenbedingungen
- Annäherung an Fragestellungen für den weiteren Planungsprozess
- Methodisches Ausloten der Abwicklung eines solch anspruchsvollen Planungsprozesses
- Sammeln von Argumenten für ökonomische und politische Entscheidungsfindung
- Klärung der Rollen von Stadt, ansässigen Institutionen und Investor.

(MA 21 2013:15)

In den Hearings wurden die Ansprüche der daran beteiligten Institutionen an die Entwicklung des Areals gesammelt. Dabei ging man von drei grundlegenden Szenarien der Projektentwicklung aus, die vom Investor vorgeschlagen wurden. Die Szenarien sind eine weitgehende Belassung der Situation, eine Sanierung bzw. ein Umbau und Abriss und Neubau des gesamten Areals (Schremmer & Trody 2013a:40). Von allen Beteiligten wurden grundsätzlich alle drei Szenarien als realisierbar angesehen. Darüber hinaus wurden zahlreiche Fragen an die Entwicklung gestellt, die in weiteren Verfahrensschritten zu klären seien (ebd.:41ff).

Da die Ausgangslage derart komplex ist, war man sich einig, dass die Entwicklung am

Areal ein Verfahren erfordert, das ein hohes Maß an Kreativität ermöglicht und einen intensiven Austausch zwischen den beteiligten AkteurInnen fördert. Als Folge davon wurde ein Verfahren in Anlehnung an die Entwicklung des Areals der Messe/Deutz in Köln angedacht (Schremmer & Trody 2013a:44).

Kooperatives ExpertInnenverfahren

Das Kooperative ExpertInnenverfahren bildet den Kern des Planungsprozesses und war die Antwort auf die in den ExpertInnenhearings erarbeitete Forderung nach einem Verfahren, das sowohl Kreativität, als auch den Austausch zwischen AkteurInnen fördert. Die Idee dessen ging auf die Empfehlung von Rudolf Scheuven zurück, der sich dabei von dem Verfahren zur Umgestaltung der Messe Deutz in Köln inspirieren ließ und auch den Vorsitz des Bewertungsgremiums übernahm (Stadt Wien 2019a).

Die Form des Kooperativen Verfahren wurde gewählt, weil dieses außerhalb von festgefahrenen Routinen und klassischen Wettbewerbsverfahren funktioniert und dadurch den konstruktiven Dialog ins Zentrum stellt, um die komplexe Aufgabe der Entwicklung eines Areals, an das solch zahlreiche Ansprüche gestellt werden, zu bewältigen (Scheuven 2013:47).

Ziel des Kooperativen Verfahrens war es demnach eine *“Annäherung an ein städtebauliches Rahmenkonzept”* (Schremmer & Trody 2013b:49) zu erarbeiten, das einerseits den kreativen Dialog zwischen den beteiligten AkteurInnen fördern und andererseits für *“Breite und Legitimation”* (I_PV Z.225) sorgen sollte. Dabei wurden von VertreterInnen des Magistrats, der politischen Ebene, den ansässigen Institutionen und weiteren FachexpertInnen aus Architektur, Städtebau und Denkmalschutz verschiedene räumliche Konzeptionen erarbeitet, bewertet und im Dialog weiterentwickelt. Dabei stützte man sich auf die vom Investor vorgegebenen Szenarien Bestandsumbau und Neubau (Schremmer & Trody 2013b:49).

“In dem Kooperativen Verfahren wurden sowohl funktional, vom Nutzungsumfang und auch der Programmierung bis hin zur städtebaulichen Gestalt zig Varianten ausgelotet und gegenübergestellt.” (I_PV Z. 43 - 45)

3.1.2 BESCHREIBUNG DES PLANUNGSPROZESSES



Abb.10: Erarbeitete Varianten während des Kooperativen ExpertInnenverfahrens

Die beteiligten AkteurInnen waren in unterschiedlichen Arbeitsgruppen organisiert, denen verschiedene Aufgaben im Verfahren zukamen. Zum einen gab es drei Planungsgruppen, die jeweils aus zwei Architekturteams und einem/einer akademischen ExpertIn bestanden. Den Planungsteams wurde die Entwurfsarbeit übertragen. Bei den Workshops standen die Planungsgruppen im Austausch mit dem Bewertungsgremium, das aus FachexpertInnen und VertreterInnen aus Politik und Verwaltung bestand und die in den 3 Workshops die präsentierten Entwürfe diskutierten und weitere Empfehlungen formulierten. Neben diesen gab es eine Lenkungsgruppe, die den Gesamtprozess koordinierte und die Kommunikation nach außen übernahm (Temel 2014:46f; Schremmer & Trody 2013b:49).

Es gab insgesamt vier Treffen der Planungsteams mit dem Bewertungsgremium, bei denen sowohl Entwürfe mit einer Höhenentwicklung und ohne diese diskutiert wurden. Schon nach dem zweiten Treffen wurden vom Bewertungsgremium Vorgaben bezüglich der Höhenentwicklung gemacht. So wurden Konzepte gefordert, die einerseits nicht über die Bestandshöhe hinausgehen und somit nicht im Konflikt mit den Vorgaben der UNESCO stehen. Andererseits sollten auch Konzepte mit Höhenentwicklung erarbeitet werden, die allerdings eine intensive Auseinandersetzung mit den Welterbe Kriterien beinhalten sollte (Temel 2014:48).

Flankiert wurde das kooperative ExpertInnenverfahren von einer Ausstellung im Wiener Konzerthaus in einer sehr frühen Phase des Verfahrens. Bei der Ausstellung hatten BürgerInnen die Möglichkeit ihre Ansprüche an die Entwicklung des Areals in Form eines Fragebogens zu äußern. Die Ausstellung in der ersten Oktoberwoche 2012 zählte rund 400 BesucherInnen (WertInvest Hotelbetriebs GmbH o. J. d).

Ergebnisse des Verfahrens:

Die Ausarbeitung und Diskussion zahlreicher Varianten während des kooperativen Verfahrens ergab grundsätzlich drei mögliche Entwicklungsszenarien.

1. Eine Entwicklung, die deutlich über die bestehende Höhe hinausgeht. Dabei ergebe sich die Möglichkeit der Finanzierung öffentlicher Nutzung und Räume durch den Investor. Allerdings würde diese Entwicklung zu Konflikten mit der UNESCO bezüglich des Welterbes führen.
2. Eine Entwicklung, die eine Höhenreduktion vorsieht, aber daher eine Finanzierung der bestehenden Institutionen seitens der öffentlichen Hand erzwingen würde.
3. Eine Entwicklung, die lediglich eine geringe Modernisierung des Bestands vorsieht.

(Temel 2014:48f; Schremmer & Trody 2013c S126)

Die Varianten, die mit den Weltkulturerbe-Vorgaben konform gingen, wurden sehr schnell seitens des Investors verworfen (Temel 2014:50).

Dennoch wurden die Empfehlungen aus dem ExpertInnenverfahren nahezu unverändert in die Formulierung der Ausschreibung des folgenden Architekturwettbewerbs übernommen. Dort fanden sich dementsprechend auch keine Vorgabe zum Umgang mit Bestand oder einer Höhenentwicklung wieder. Diese Entscheidung wurde somit auf einen späteren Verfahrensschritt verschoben.

„Die Stadtentwicklungskommission ist exakt den Empfehlungen des Kooperativen Verfahrens gefolgt. Das Kooperative Verfahren, das mit allen namenhaften Universitätsprofessoren besetzt war, hat sich nicht im Stande gesehen das zu entscheiden.“ (I_PV Z. 98 - 100)

3.1.2 BESCHREIBUNG DES PLANUNGSPROZESSES

“In meinen Augen ist dabei allerdings das Relevante, dass an dieser Stelle unterschiedliche städtebauliche Handlungsmuster für möglich empfunden wurden und man sich einig war, dass eine detailliertere Gestaltung an dieser frühen Stelle im Prozess noch nicht entscheidbar ist.” (I_PV Z. 53 - 55)

Entwicklung der Architekturausschreibung

Die Ergebnisse des kooperativen Verfahrens wurden in die Formulierung einer Ausschreibung für einen Architekturwettbewerb übertragen. Im ExpertInnenverfahren wurde zusammenfassend festgestellt, dass die Varianten Bestand und Neubau weiterverfolgt werden sollten und ein folgender Wettbewerb dies zu klären habe (Schremmer & Trody 2013c:126). Eine Höhenentwicklung, die aus ökonomischer Sicht durchaus sinnvoll ist, da, laut Investor, nur dadurch die Finanzierung der entstehenden (halb)öffentlichen Räume ermöglicht werden kann, wurde aus diesem Grund nicht ausgeschlossen, obwohl sie in Konflikt mit dem Weltkulturerbe steht (ebd.:126). Es wurde lediglich darauf hingewiesen, dass bei einer Höhenentwicklung darauf Wert gelegt werden solle *“den Canaletto-Blick mit hoher Qualität zu gestalten.”* (Schremmer & Trody 2013c:125)

Folglich wurde in der Ausschreibung für den Architekturwettbewerb keine konkrete Aussage zum Thema Umgang mit Bestand und Höhenentwicklung getroffen und es stand den teilnehmenden Büros frei, welche Variante sie als Grundlage für das Projekt verwenden (competitionline Verlags GmbH 2013).

Architekturwettbewerb

Der eigentliche Architekturwettbewerb war zweistufig. Dabei wurden 12 TeilnehmerInnen von der AusloberIn selbst eingeladen und 12 weitere wurden durch ein Auswahlgremium gesetzt. Somit ergaben sich 24 teilnehmende Architekturteams (WertInvest Hotelbetriebs GmbH 2019a). Die Jury bestand dabei aus VertreterInnen von Politik, Verwaltung, nationalen und internationalen Fachleuten und dem Investor (Stadt Wien 2019a).

So entstanden in der ersten Stufe 24 Entwürfe, die eine große Bandbreite an möglicher Bebauung aufzeigten. Von diesen 24 Entwürfen wurden 6 ausgewählt, die in der zweiten Stufe weiter präzisiert wurden.

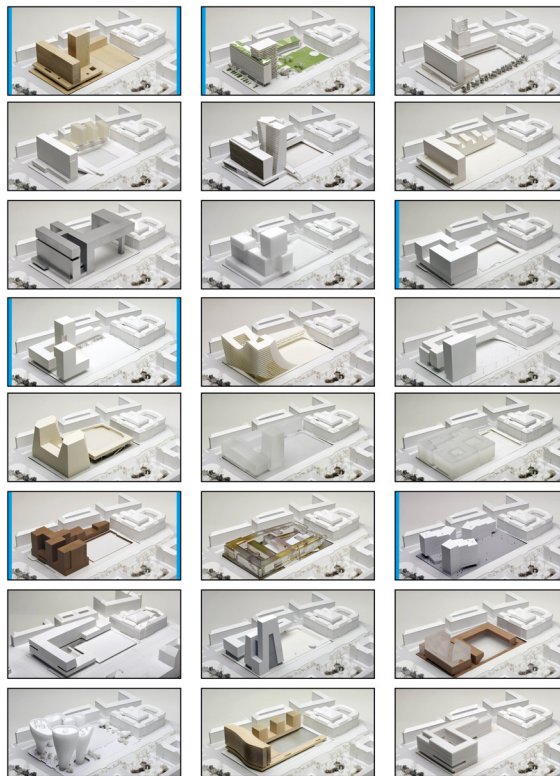


Abb.11: Entwürfe aus der 1. Stufe des Architekturwettbewerbs

Als Sieger ging nach der zweiten Stufe das Projekt von Isay Weinfeld hervor, das eine "Turmlösung" (I_PV Z. 105) vorsieht.



Abb.12: Heumarkt: Modell des Siegerprojekts von Isay Weinfeld

3.1.2 BESCHREIBUNG DES PLANUNGSPROZESSES

Vermittlungsverfahren/Nachdenkphase 1

“Das Ergebnis dessen war ein niedrigerer Turm mit schlankerem Fußabdruck. Es wurde auch ein bisschen Kubatur umgeschichtet. Das Intercont ist nach vorne gerutscht und etwas länger und breiter geworden. So sehen Kompromisse aus in dieser Welt.” (I_PV Z.139 - 141)

Der zur Ausführung empfohlene Entwurf von Isay Weinfeld sieht eine Höhenentwicklung in Form eines Turms vor. Da diese Höhenentwicklung in Konflikt mit den Vorgaben der UNESCO-Weltkulturerbes steht, wurde der Widerstand von Seiten der UNESCO nach der Bekanntgabe des Siegerprojektes immer größer. Dies führte dazu, dass von Seiten der Wiener Stadtregierung ein Vermittlungsverfahren eingeleitet wurde. An dem Verfahren waren VertreterInnen der Stadt (Politik und Verwaltung), der Investor und das Architekturteam um Isay Weinfeld beteiligt. Darüber hinaus waren zwei ExpertInnen für den Umgang mit Kulturerbe Stätten in Bezug auf Stadtentwicklung involviert. Dabei wurde unter der Moderation eines externen Experten eine leichte Projektadaption vorgenommen (Stadt Wien 2019c).

Die wesentlichen Veränderungen am Projekt lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Der geplante Turm wurde um gut 10 Meter niedriger und sieht nun eine Höhe von 66 Metern vor. Zudem wird der Turm etwas schlanker. Die Durchwegung des Areals wird verbessert und ein Mehr an kultureller Nutzung wird ermöglicht.



Abb.13: Ergebnisse des Vermittlungsverfahrens

“Dialogveranstaltungen“ mit BürgerInnen und Projektgegnern

Da die Reduktion der Höhe immer noch in Konflikt mit dem Weltkulturerbe steht, flachte auch der Protest gegen das Projekt nach dem Vermittlungsverfahren nicht ab. Daher wurde der Versuch gestartet ein friedliches Auskommen zu erzielen, der sich in mehreren Veranstaltungen Anfang 2017 äußerte.

Zu diesen Veranstaltungen zählt einerseits eine Podiumsdiskussion zum Bauprojekt am Heumarkt im Januar 2017.

Im Anschluss daran fand im Februar 2017 eine Ausstellung im Intercontinental Hotel statt, bei der das Projekt präsentiert wurde und es die Möglichkeit gab, Gespräche mit Projektverantwortlichen zu führen (WertInvest Hotelbetriebs GmbH 2019b). Zudem fand im Zeitraum der Ausstellung eine BürgerInnenversammlung im 3. Bezirk statt, die ebenfalls das Heumarktprojekt zum Thema hatte.

Bei diesen Gesprächen konnte allerdings kein friedliches Auskommen erzielt werden. Dafür waren die Positionen zu weit voneinander entfernt. Man nahm die Position der Projektgegner zu Kenntnis, aber konnte diese nicht berücksichtigen (vgl. I_PV Z. 345 - 354).

Zustimmung STEK und Flächenwidmung

Als logische Folge war es nun an der Zeit das Projekt für die Realisierung vorzubereiten und es folgte die Umwidmung der Fläche im Juni 2017. Damit waren die Entwurfsarbeit und auch der folgende Verwaltungsakt abgeschlossen.

“Danach gab es die Vorbereitung der politischen Entscheidungen bezüglich Flächenwidmungs- und Bebauungsplans. Uns war allen klar, dass mit diesem Beschluss eigentlich die Kugel aus dem Lauf ist und nicht mehr zurückgeholt werden kann.“ (I_PV Z. 142 - 145)

Allerdings folgte daraufhin der *“Spezialfall“* (I_PV Z.149) bezüglich der UVP-Thematik, der im Folgenden knapp erläutert wird.

UVP-Rechtsstreit

Im Anschluss an die vollzogene Flächenwidmung stellten die Projektwerber den Antrag auf einen Feststellungsbescheid. Ziel dessen, war es auszuschließen, dass das geplante Projekt einer UVP-Pflicht unterliegt.

3.1.2 BESCHREIBUNG DES PLANUNGSPROZESSES

“Man wollte die Sicherheit, dass keine UVP-Pflicht besteht.” (I_PV Z. 169)

Diesem Antrag kam die Wiener Landesregierung nach und bestätigte im Oktober 2018, dass keine UVP durchzuführen ist (Krutzler 2018).

Dieser Feststellungsbescheid bot allerdings eine erneute Angriffsfläche für die Projektgegner, denn es besteht die Möglichkeit, Revision gegen einen Feststellungsbescheid einzulegen. Genau dies taten mehrere der Projektgegner gebündelt und versuchten so die Realisierung des Projekts zumindest zu verzögern. Dies führte zu einer Verhandlung am BVwG im März 2019. Ergebnis war, dass das Projekt doch einer UVP-Pflicht unterliege. Gegen dieses Urteil werden nun die ProjektwerberInnen erneut Revision einlegen und die Höchstgerichte anrufen. Während das Urteil von den Projektgegnern als *“Etappenerfolg”* bezeichnet wird, finden sich die ProjektwerberInnen nicht damit ab (Wiener Zeitung GmbH 2019).

In dieser Phase befindet sich der Rechtsstreit um die UVP-Pflicht derzeit und über den Ausgang des Verfahrens kann nur spekuliert werden.

Nachdenkphase 2

Der andauernde Rechtsstreit bezüglich der UVP-Thematik, der wahrscheinlich mehrere Jahre beanspruchen wird, wurde als Anlass genutzt, im März 2019 eine erneute zweijährige Nachdenkpause auszurufen. In dieser Phase befindet sich das Projekt gerade und es wird sich zeigen, was das Ergebnis des Rechtsstreits sein wird. Klar ist, dass zuvor am Heumarkt keine Bautätigkeit beginnen wird (Heidegger & Sill 2019).

DIE PARTIZIPATIVE EINBINDUNG VON BÜRGERINNEN IM PLANUNGSPROZESS

Der Planungsprozess um die Entwicklung des Areals am Heumarkt wurde sehr aufwändig gestaltet. Dabei wurde versucht möglichst viele AkteurInnen einzubinden und mit diesen zusammen im Dialog ein Projekt zu entwickeln. Auch wenn dabei fast schon penibel darauf geachtet wurde, die Meinungen und Ansprüche mehrerer FachexpertInnen und aller betroffenen AkteurInnen einzuholen und daraus im Dialog die Ansprüche an das Projekt abzuleiten, hat man diesen Aufwand bei der Einbindung der Bevölkerung nicht betrieben. Im Gegenteil, man beschränkte sich bei der

Partizipation der BürgerInnen fast ausschließlich auf die Information. Eine Ausnahme ist dabei ein Fragebogen, der es BesucherInnen einer Ausstellung zumindest in einem kleinen Teil ermöglichte, ihre Ansprüche zu äußern.

Diese Art der Partizipation wurde von Beginn an so vorgesehen und zielte darauf ab *„Breite und Legitimation“* (I_PV Z. 225) zu schaffen.

„Man hat sich in einer sehr frühen Phase dafür entschieden, dass sich die spezifische Lage und die Komplexität nicht dafür eignen in einem herkömmlichen, partizipativen Ko-Kreationsprozess zusammen mit der Bevölkerung ein Projekt zu entwickeln. Das kann man gut oder schlecht finden. Aber das war eine Basisentscheidung. Insofern hat die Partizipation 2 Schwerpunkte. Erstens das Einholen von Erwartungen, Ansprüchen und Bedürfnissen und zweitens die bestmögliche Information um es in diesem sehr langwierigen Prozess zu ermöglichen, dass Bürger ihrer Stimme auch adäquat Ausdruck verleihen können.“ (I_PV Z. 230 - 236)

Die Ansprüche und Ziele der Partizipation waren demnach das Einholen der Erwartungen und die Information der BürgerInnen. Der Information hat man im Prozess sehr viel Aufmerksamkeit geschenkt. Dies spiegelt sich auch in der hohen Anzahl an Ausstellungen und anderen Informationsveranstaltungen, die über den gesamten Planungsprozess verteilt stattgefunden haben, wider. Dort wurde sich allerdings hauptsächlich auf die Information der BürgerInnen beschränkt.

„Eigentlich gab es bisher kaum ein Projekt, bei dem wir dermaßen intensiv kommuniziert haben. Ausstellungen, Diskussionen im Architekturzentrum, im Intercont, Publikationen und so weiter. Wer sich informieren wollte konnte sich informieren.“ (I_PV Z. 85 - 88)

3.1.3 BESCHREIBUNG DER BETRACHTETEN INITIATIVEN

BESCHREIBUNG DER INITIATIVE DENKMALSCHUTZ

Die Initiative Denkmalschutz ist ein 2008 in Wien gegründeter Verein. *“Der Verein Initiative Denkmalschutz setzt sich für den Erhalt und den Schutz gefährdeter Kulturgüter sowie von Kulturlandschaften ein, dies insbesondere im Rahmen der Denkmal-, Orts- und Stadtbildpflege sowie unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit.”* (Verein Initiative Denkmalschutz 2019a) Dabei bezeichnet sich der Verein selbst als gemeinnützig, überparteilich und unabhängig (Verein Initiative Denkmalschutz 2019b). Der Verein agiert mit seinen Aktionen in ganz Österreich und ist daher räumlich nicht auf Wien beschränkt. Allerdings befindet sich das Vereinslokal im 9. Wiener Gemeindebezirk.

Motivation, Ziele und Protesthintergründe

“Wir sind keine renitenten Bürger, die jede freie Minute mit Streiten verbringen wollen, sondern wir haben uns um das gefährdete Kulturgut in Österreich angenommen. Zu diesem Kulturgut gehört natürlich genauso das Welterbe, das genauso gefährdet sein kann. Obwohl man das schwer nachvollziehen kann.” (I_H1 Z. 37 - 40)

Die Motivation hinter dem Protest der Initiative Denkmalschutz lässt sich *“ganz klar aus den Zielsetzungen des Vereins”* (I_H1 Z. 36 - 37) ableiten. Da man sich als Verein für den Schutz und Erhalt bestimmter Kulturgüter einsetzt, kann der Welterbe Status als ein sehr hilfreiches Mittel verstanden werden, um die Interessen der Initiative durchzusetzen. Die Aussage: *“Der Status ist unser Glücksfall.”* (I_H1 Z. 718) fasst die Bedeutung des Welterbes für die Initiative Denkmalschutz treffend und prägnant zusammen. Da das Projekt am Heumarkt den Welterbe Status in Gefahr bringt, ist man gegen das Projekt und versucht folglich dieses in der Form, wie es derzeit geplant ist, zu verhindern.

Aktiv wurde die Initiative Denkmalschutz, als sie bei der zweiten Ausstellung, die die Ergebnisse des kooperativen Verfahrens präsentierte, davon erfuhr, dass bei der Gestaltung des Areals eine Höhenentwicklung als realistisches Ergebnis dargestellt wurde. Dadurch sah man sich als Initiative in der Verantwortung, für den Schutz des Welterbes einzutreten (I_H1 Z. 548 - 559). Dazu schloss man sich auch mit anderen Projektgegnern zusammen und versuchte über Presseaussendungen, Pressekonferenzen, Petitionen und auch das Veranstellen einer Demonstration 2014 zum Thema Kulturerbe an der Ringstraße, die natürlich auch das Heumarktprojekt

behandelte, das Projekt zu verhindern und dadurch den Welterbe Status nicht zu gefährden (I_H1 Z. 539 - 582).

BESCHREIBUNG DER ALLIANCE FOR NATURE

Die Alliance for Nature oder deutsch Allianz für Natur ist eine 1988 gegründete Natur-, Kultur- und Landschaftsschutzorganisation. Als NGO setzt sie sich für den Erhalt von Landschaften und Kulturdenkmälern ein und arbeitet seit rund 30 Jahren im Sinne der UNESCO-Welterbe-Konvention (Alliance for Nature 2019).

Die Gründung der Organisation geht auf den Protest gegen das geplante Speicherkraftwerk Dorfertal-Matrei in den Hohen Tauern zurück. Dort wurden damals vom Gründer mehr als 10 Bürgerinitiativen und Naturschutzorganisationen unter der Initiative "Rettet das Dorfertal" gebündelt, um geschlossen gegen das Kraftwerk und für einen Nationalpark Hohe Tauern aufzutreten. Da sich der Alpenverein, der sich ebenfalls gegen das Kraftwerk stark machte, die Übernahme der Initiative "Rettet das Dorfertal" als zu groß empfand, wurde die Alliance for Nature gegründet, um seriös in der Öffentlichkeit auftreten zu können. Diese Initiative war ein voller Erfolg, das Kraftwerk wurde verhindert und der Nationalpark Hohe Tauern gegründet (I_H2 Z. 14 - 33).

In weiterer Folge hat sich die Alliance for Nature stark mit den Instrumenten des Naturschutzes auseinandergesetzt. Dabei ist man neben der gängigen Schutzkategorie des Nationalparks auch auf das Weltkulturerbe aufmerksam geworden. Diese Kategorie spielte damals in Österreich noch keine Rolle, da man der UNESCO-Konvention, die den Schutz von einerseits Kulturerbe Stätten und andererseits Naturerbe Stätten vorsieht, noch nicht beigetreten war (I_H2 Z. 41 - 48). Daraufhin wurde sowohl mit der UNESCO selbst als Organisation, als auch mit hochrangigen PolitikerInnen der Republik Österreich gesprochen, um eine Annäherung und einen Beitritt Österreichs zur Konvention zu bewirken. Dies gelang dann im Zuge des ersten Streitfalls um den Semmering-Basistunnel, als man als Organisation wieder für den Naturschutz eintrat und gefordert hatte die Semmeringbahn und deren umgebende Landschaft als Welterbestätte zu nominieren und eintragen zu lassen (I_H2 Z. 76 - 84).

Man kann festhalten, dass die Alliance for Nature einen sehr großen Teil dazu beigetragen hat, dass Österreich der UNESCO-Welterbe-Konvention beigetreten ist und es heute überhaupt Welterbestätten in Österreich gibt.

3.1.3 BESCHREIBUNG DER BETRACHTETEN INITIATIVEN

Seither setzt sich die Organisation immer wieder für den Erhalt und Schutz dieser Welterbestätten ein.

Motivation, Ziele und Protesthintergründe

“Mir geht es darum, dass das Welterbe ernst genommen wird.” (I_H2 Z. 346)

“Da ist eben die Gefahr des Dammbrechens oder Dominoeffektes. Wenn man einmal ins Welterbe hineinbaut, dann ist alles verloren. Deswegen wehren wir uns so dagegen. Das ist uns das Wichtigste. Ob das nun Welterbe oder Nationalpark heißt, ist eigentlich egal. Es geht uns um den Schutz unseres natürlichen und kulturellen Erbes.” (I_H2 Z. 483 - 486)

Die Motivation der Alliance for Nature hinter dem Protest lässt sich deutlich darin erkennen, dass sie am Erhalt des Welterbe Status interessiert ist. Das heißt, dass die Hintergründe und Motivation des Protestes nicht nur in dem Projekt an sich zu finden sind, sondern das Projekt vielmehr als Symbol dafür verstanden wird, dass der Welterbe Status nicht ernst genommen werde. Folgende Aussage fasst die Ziele der Alliance for Nature treffend zusammen: *“Das will ich auch erreichen. Das ist unsere Stoßrichtung. Das Projekt verhindern, dadurch von der roten Liste entfernt werden und den Status des Kulturerbes erhalten. Dazu braucht es aber auch die Novellierung des Gesetzes.” (I_H2 Z. 302 - 304)*

Die im Zitat genannte *“Novellierung des Gesetzes”* bezieht sich auf eine *“unsaubere”* Übersetzung des Artikel 4 der Welterbe Konvention, die von Deutschland bei deren Beitritt zur Konvention aus dem französischen Original ins Deutsche übersetzt wurde und von Österreich bei dessen Beitritt 1993 übernommen wurde. Dabei wird der im französischen Original verwendete Begriff *“l’obligation”*, der sich auf den Schutz des Kulturerbes bezieht, mit *“Aufgabe”* übersetzt.

Der Begriff ist allerdings viel stärker und sollte daher eigentlich mit *“Verpflichtung”* übersetzt werden. Danach haben Mitgliedstaaten nicht nur die Aufgabe, sondern die Pflicht ihr Kulturerbe zu schützen (Schuhböck 2019).

Aufgrund dieser *“falschen”* Übersetzung kommt es in Sachen Weltkulturerbe immer wieder zur gleichen Diskussion. Dabei ist der Heumarkt nur ein Beispiel. Die gleiche Debatte, wie denn der Schutz zu betreiben sei, führt man in Salzburg, Graz,

am Neusiedlersee und auch in Köln oder Dresden und noch anderen Orten, die Welterbestätten besitzen (I_H2 Z. 291 - 292). Diese als *„gordischer Knoten“* (I_H2 Z. 308) bezeichnete Debatte, will man nun auch im Zuge des Heumarktprojektes lösen und dadurch endlich Klarheit im Umgang mit Welterbestätten schaffen.

Die Alliance for Nature stieg erst relativ spät in den Protest gegen das Heumarktprojekt ein. Dazu kam es erst, als die Flächenwidmung für das Areal beschlossen war und der Projektwerber den Feststellungsbescheid von der Wiener Landesregierung erhalten hatte, dass für das Projekt keine UVP-Pflicht besteht. Dies stellte für die Projektgegner eine gewisse Niederlage dar, da dem Projekt nun eigentlich nichts mehr im Weg stand. Die verschiedenen Initiativen traten an die Alliance for Nature heran, um Rat zu erfragen, da diese eine langjährige Erfahrung im Zusammenhang mit organisiertem Protest aufweist. Die Alliance for Nature entschloss sich als anerkannte Umweltorganisation aktiv zu werden und sich für den Erhalt des Welterbe Status einzusetzen.

Dies geschah erstens darüber, dass die Alliance for Nature als Naturschutzorganisation gegen den Feststellungsbescheid vorgehen konnte, da diese dort Parteistellung hat und zweitens über das Formulieren eines Memorandums, das einerseits die einzelnen Initiativen bündelte und andererseits als ein *„Appell an die verantwortlichen Politiker“* verstanden werden kann, der dazu aufruft, *„dass die Vereinbarungen zum Erhalt auch tatsächlich so umgesetzt werden und alle erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, dass der Status nicht aberkannt wird und der Eintrag in die rote Liste aufgehoben wird.“* (I_H2 Z. 167 - 170)

„Die Initiativen wussten nicht, was sie machen sollten, denn sie hatten ja keine Rechte. Wir als eingetragene Umweltorganisation haben das ja schon in UVP-Verfahren. Laut Paragraph 19 des UVP-Gesetzes haben Umweltorganisationen dabei Parteistellung.“ (I_H2 Z. 331 - 334)

3.1.4 DARSTELLEN DER PROTESTHINTERGRÜNDE

Aus den geführten Interviews lässt sich eindeutig der Erhalt des UNESCO-Weltkulturerbestatus als Ziel und Motivation der Initiativen ableiten. Beide Initiativen setzen sich seit mehreren Jahren für den Schutz von Natur- und Kulturgütern in Österreich ein. Dabei ist es ebenso ein Anliegen beider Initiativen, dass der Welterbe Status erhalten bleibt und der Schutz der Welterbestätten nach bestimmten Kriterien vorgenommen wird. In der Thematik des Schutzes von Welterbestätten begründet sich der Konflikt, der die hitzige Debatte um das Heumarktprojekt, zu der die Initiativen einen deutlichen Beitrag geleistet haben, befeuert. Dabei spielt sowohl die Rolle der Raumwahrnehmung als auch die Rolle der Einstellung zum politischen System im Bereich der Stadtentwicklung eine Rolle in Bezug auf die Protesthintergründe der Initiativen. Beide dieser Aspekte sind in der Realität miteinander verwoben und beeinflussen sich stark gegenseitig. Dennoch werden beide Rollen im Folgenden getrennt dargestellt.

DIE ROLLE DER RAUMWAHRNEHMUNG BEI DEN PROTESTHINTERGRÜNDE

Beide Initiativen nehmen das historische Zentrum Wiens als ein wertvolles und zu schützendes Kulturgut wahr. Dieser Raum hat daher eine besondere Bedeutung für die Initiativen, da sich diese für den Erhalt und Schutz von Kulturgütern einsetzen. Folglich ist auch der Schutz des historischen Zentrums ein Anliegen der Initiativen.

Das Projekt, wie es derzeit am Heumarkt geplant ist, bedroht aus Sicht der Initiativen und auch der UNESCO das Kulturgut des historischen Zentrums Wien. Der Grund dafür ist die dort geplante Höhenentwicklung. Diese Bedrohung des historischen Zentrum Wiens sehen die Initiativen in zwei Punkten. Einerseits trägt das geplante Hochhaus dazu bei, dass das Stadtbild beeinträchtigt wird, da dieses in einer gewissen Sichtbeziehung zu sehen wäre und diese dadurch zum Negativen hin verändern würde. Da die UNESCO ein ähnliches Verständnis aufweist und die geplante Höhenentwicklung nicht mit ihren Vorgaben zum Schutz der Welterbestätte zu vereinbaren ist, wurde darauf reagiert, in dem man das Weltkulturerbe historisches Zentrum Wien auf die rote Liste setzte und damit die Gefährdung des Welterbes durch das geplante Projekt am Heumarkt zum Ausdruck brachte.

Dadurch ergibt sich ein zweiter Hintergrund, der seinen Ursprung in der Raumwahrnehmung hat. Denn auch der Welterbe Status des Gebietes hat für die Initiativen eine besondere Bedeutung und wird von diesen als *„Glücksfall“* bezeichnet

(I_H1 Z. 718). Denn der Welterbe Status ist aus Sicht der Initiativen das Einzige, was den Bau von Hochhäusern im Welterbegebiet verhindert und daher von enormer Bedeutung, nicht nur für den Erhalt des Kulturerbes, sondern auch für die zukünftige Entwicklung Wiens, ist.

Die Kombination aus der geplanten Hochhausbebauung und dem Ort, der im Randgebiet des Weltkulturerbes historisches Zentrum Wien situiert ist, befeuert den Protest gegen das Projekt. Denn die Initiativen betonten immer wieder, dass sie nicht generell gegen das Errichten von Hochhäusern sind, sondern, dass das Gebiet des Welterbes dafür kein geeigneter Standort ist.

„Ich habe nicht grundsätzlich etwas gegen Hochhäuser. Dagegen spreche ich mich nicht aus. Das möchte ich betonen. Das soll aber nicht dort in dieser sensiblen Zone errichtet werden. Das kann man in Transdanubien errichten. Dort sind eh schon genug Hochhäuser gebaut worden. Aber der Tojner bildet sich natürlich etwas darauf ein an einem solch prestigeträchtigen Ort ein Hochhaus zu bauen. Aber das hat dort einfach nichts verloren. Natürlich muss man mit dem Heumarkt - so wie er jetzt ist - etwas machen. Dort ist es nun wirklich nicht sehr ästhetisch.“ (I_H2 Z. 432 - 438)

DER CANALETTOBLICK ALS SYMBOL FÜR DIE BEEINTRÄCHTIGUNG DER SICHTACHSEN

Das Projekt am Heumarkt beeinträchtigt das Weltkulturerbe Innere Stadt durch die geplante Höhenentwicklung, die das Stadtbild verändern würde, denn ein Hochhaus ist immer in der Skyline einer Stadt sichtbar. So verändert das geplante Hochhaus am Heumarkt eine für den Welterbe Status sehr wichtige Sichtachse. Der sogenannte Canalettoblick, der den Blick vom Balkon des oberen Belvederes auf die Wiener Innenstadt darstellt, wurde von Bernardo Bellottos, dessen Künstlernamen Canaletto lautete, zur Zeit Maria Theresias dargestellt und hat damals das Selbstverständnis der Stadt stark geprägt. Seitdem wurde er von vielen weiteren Künstlern nachgeahmt und ist dadurch zu einem der bekanntesten Blicke auf die Wiener Innenstadt geworden, dem in einer Ausstellung in den Räumlichkeiten des Belvederes gehuldigt wurde (Österreichische Galerie Belvedere 2018).

3.1.4. DARSTELLUNG DER PROTESTHINTERGRÜNDE

Dieser Blick wird daher im Zusammenhang mit der Debatte um den Heumarkt immer wieder genannt. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass die Initiativen, die sich gegen das Projekt aussprechen, den Canaletto-Blick als Symbol für die Beeinträchtigung wichtiger Sichtbeziehungen durch das Errichten eines Hochhauses (oder auch mehrerer) in der Welterbe Zone verwendet haben. Dabei ist der Begriff des Canaletto-Blicks lediglich die "journalistische Verkürzung für die Medien" (I_H1 Z. 500 - 501), um den Protest mediengerecht aufzubereiten. Eigentlich ist es der Standort, der den Blick einzigartig macht, denn nur von dort kann man innerstädtisch auf die Innenstadt sehen.

"Der Blick ist nicht so interessant, weil er von Canaletto verewigt wurde, sondern, weil er der einzige innerstädtisch gelegene Blick auf das Zentrum ist. Es ist die einzige Anhöhe, die innerstädtisch einen Blick auf das Zentrum erlaubt." (I_H1 Z. 489 - 491)

Der strategische Einsatz des Canaletto-Blicks in den Medien zielte also einerseits darauf ab, dass dieser Blick als ein zu schützendes Kulturgut aufgefasst wird. Andererseits war es das Ziel auf die Wichtigkeit bestimmter Sichtachsen hinzuweisen, denn mit einer Höhenentwicklung am Heumarkt sehen die Initiativen die Gefahr, dass noch mehr Hochhäuser in der Welterbe Zone errichtet und dadurch noch weitere Sichtachsen beeinträchtigt werden.

"Dann zerstören wir wirklich den Gesamtblick auf Wien. Um das geht es mir. Dieser Canaletto-Blick ist nur einer davon. Es geht mir darum, dass es dann nicht noch mehr Hochhäuser im Welterbegebiet gibt." (I_H2 Z. 430 - 432)

Dieser Entwicklung wollen die Initiativen entgegenwirken und stellen daher auch das geplante Projekt in einer Fotomontage im Canaletto-Blick dar.

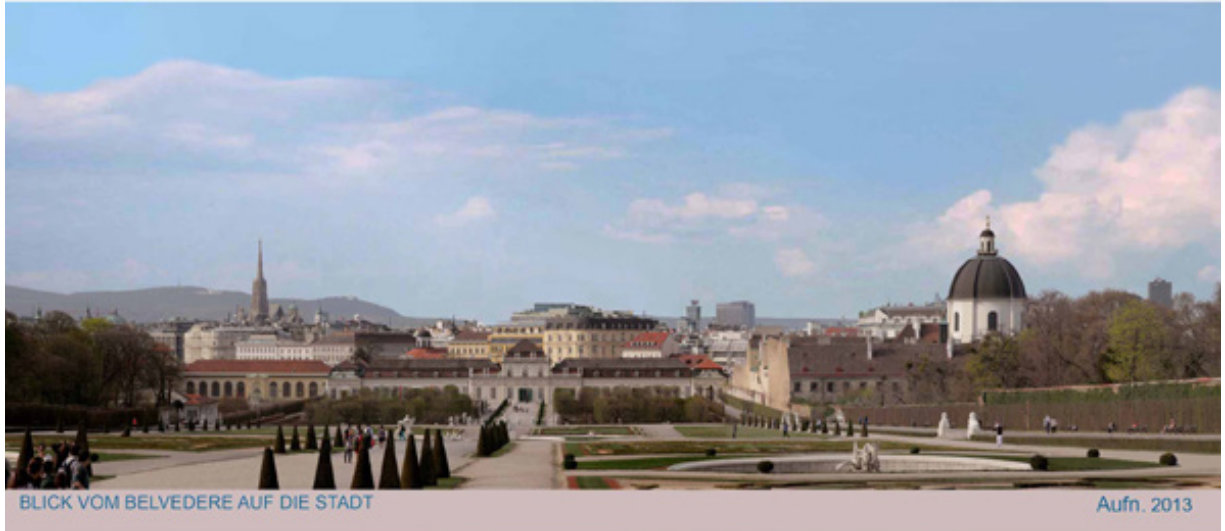


Abb.14: Canaletto-Blick 2013



Abb.15: Fotomontage des Canaletto-Blicks der Projektgegner mit geplantem Hochhauses am Heumarkt

3.1.4 DARSTELLUNG DER PROTESTHINTERGRÜNDE

DER WELTERBE STATUS ALS LETZTE HÜRDE FÜR EINE INVESTORENGERECHTE STADTENTWICKLUNG

“Mir geht es insbesondere darum, dass das Errichten des Hochhauses am Heumarkt in der Schutzzone des Welterbes einen Dominoeffekt mit sich bringt. Dann wollen andere Investoren auch in der Schutzzone bauen und können immer damit argumentieren, dass es ja am Heumarkt auch erlaubt wurde.” (I_H2 Z. 422 - 425)

Ein weiterer Aspekt, der als Hintergrund für den Protest verstanden werden kann und der auch eng mit der Rolle der Raumwahrnehmung in Verbindung steht, ist jener, dass dem Welterbe Status eine ganz besondere Bedeutung zugeschrieben wird. Der Status ist für die Initiativen nicht nur eine wesentliche Erleichterung ihrer Arbeit, da er eine der Schutzkategorien darstellt (I_H1 Z. 40 - 42), sondern der Status wird auch als letzte Hürde aufgefasst, die den Bau weiterer Hochhäuser in der Innenstadt verhindert.

“Der Status ist unser Glücksfall. Ohne ihn hätte die Stadt schon längst gebaut. Das ist sozusagen die letzte Hürde, die es noch gibt.” (I_H1 Z. 718 - 719)

Die Stadtentwicklungs(politik) in Wien sei dazu nicht wirklich in der Lage oder habe gar kein Interesse daran das Welterbe zu schützen. (Dies steht in Verbindung mit einer gewissen Wahrnehmung der Stadtentwicklungspolitik seitens der Initiativen, die im Folgenden näher erläutert wird). Demnach leitet man aus dem Handeln der Stadtentwicklung ab, es sei *“ein offenes Geheimnis, dass die Stadt Wien eigentlich aus dem Kulturerbe*

Status hinaus will.” (I_H1 Z. 392 - 393)

So bezeichnen die Initiativen den Wegfall des Kulturerbe Status als *“Dambruch” (I_H1 Z. 739)* und sehen somit das Projekt am Heumarkt als Präzedenzfall, der den Bau von Hochhäusern im gesamten Welterbegebiet ermöglicht.

“Dann ist die Schleuse für den nächsten hohen Bau geöffnet. Das ist dann der Dambruch.” (I_H1 Z. 737 - 739)

“Wenn das durchgeht, kann man alles bauen.” (I_H1 Z. 744 - 745)

Als Beispiel für diese "ausufernde" Hochhausbebauung wird die Bautätigkeit am Wiener Donaukanal genannt. "Dort verläuft die Grenze des Welterbegebietes" und dort "gibt es schon einige Hochhäuser" (I_H2 Z. 482). Mit dem Heumarktprojekt wolle man nun auch noch beginnen in das Welterbegebiet hinein zu bauen. Damit wäre eben jener Präzedenzfall geschaffen, der dort weitere Hochhäuser ermöglicht und das kulturelle Erbe der Stadt Wien in den Augen der Initiativen beeinträchtigen würde.



Abb.16: Titelbild der Zeitschrift Denkma[i]l vom Mai 2016

3.1.4 DARSTELLUNG DER PROTESTHINTERGRÜNDE

DIE ROLLE DER EINSTELLUNG DER BÜRGERINNEN GEGENÜBER DEM POLITISCHEN SYSTEM IM BEREICH DER STADTENTWICKLUNG ALS PROTESTHINTERGRUND

Auch die Einstellung gegenüber dem politischen System im Bereich der Stadtentwicklung nimmt eine große Rolle in Bezug auf die Protesthintergründe ein. Dabei wurde die Unzufriedenheit mit dem Prozedere der Stadtentwicklung und deren zu Grunde liegende Stadtentwicklungspolitik in Bezug auf mehrere Aspekte geäußert. Diese sind: die mangelnde Möglichkeit der Einflussnahme, eine Kritik an den vagen Festlegungen der Stadtentwicklungspolitik auf strategischer Ebene und das Gefühl der Bevorzugung großer Player am Immobilienmarkt. Diese Aspekte stehen miteinander in Verbindung und sind real nicht voneinander zu trennen. Dennoch werden sie im Folgenden einzeln beschrieben.

Der Aspekt der mangelnden Möglichkeit der Einflussnahme der BürgerInnen im Bereich der Stadtentwicklung wird von den Initiativen vermehrt genannt. Dabei fallen Aussagen, welche die Art und Weise, wie in Wien Bürgerbeteiligung stattfindet, als *„Bürgerbeleidigung“* (I_H1 Z. 526) bezeichnen. Es wird darauf angespielt, dass die Einbindung von BürgerInnen aus Sicht der Initiativen lediglich zu Zwecken der Legitimation eingesetzt werde und nicht das Ziel habe wirklich zusammen mit der Bevölkerung Projekte zu entwickeln. Auch der Einbindung der BürgerInnen in der Planung des Heumarktprojektes wird daher vorgeworfen, *„von vornherein als Alibi-Geschichte ausgelegt“* (I_H1 Z. 416) gewesen zu sein. Ziel sei es gewesen, irgendetwas getan zu haben, um später behaupten zu können, dass man die BürgerInnen eingebunden hätte.

„Das war eine Show, damit die Politik sagen kann, dass die Bürger eingebunden waren.“ (I_H1 Z. 252 - 253)

Deutlich wird diese Kritik bei der Beschreibung des Planungsprozesses um den Heumarkt. Dabei wurde spezifisch nach den Möglichkeiten der Einbringung der Bevölkerung gefragt. Es wurde rasch die Ausstellung im Oktober 2012 genannt, bei der es die einzige Möglichkeit für BürgerInnen gab, ihre Ansprüche an das Projekt in Form eines Fragebogens zu äußern (vgl. Beschreibung der partizipativen Elemente im Planungsprozess). Der Fragebogen fragte neben den Wünschen auch danach,

was man sich denn am Heumarkt überhaupt nicht vorstellen könne. Dabei wurde von einigen Befragten eine *“klare Ablehnung gegenüber einer Höhenentwicklung”* (I_H1 Z. 209 - 210) geäußert. Auch einige Mitglieder der interviewten Initiativen tätigten dort diese Aussagen. Allerdings waren diese dann doch verwundert, dass diese klare Ablehnung eines Hochhauses an dieser Stelle in der nach der Ausstellung veröffentlichten Broschüre und auch auf der Projektwebsite, wo neben der Information über Planungsstand auch die Ergebnisse der Befragung publiziert wurden, nicht wiedergefunden werden konnte (I_H1 Z. 202 - 205).

“Man durfte dann also in diesen Postkasten Wünsche und Formulierungen einwerfen. Das hat man ja gemacht. Aber was dann als Zusammenfassung, dessen publiziert wird, passt dann nicht wirklich zusammen.” (I_H1 Z. 202 - 204)

“Denn hier in der Broschüre beginnt die Propaganda. Denn beim Fragebogen haben die Leute ausgefüllt, dass sie kein Hochhaus haben wollen und in der Broschüre wird das verschwiegen. Aus der Auswertung des Fragebogens von der Stadtpsychologie, geht klar hervor, dass ein zentraler Wunsch der Bürger war, dass kein Hochhaus kommt. Das fällt in der Broschüre raus.” (I_H1 Z. 241 - 245)

Das *“Verschweigen”* (I_H1 Z. 243) der Tatsache, dass am Heumarkt kein Hochhaus entstehen sollte, führte zu einer gewissen Skepsis seitens der Projektgegner. Über Umwege und mit sehr viel Aufwand konnte die Auswertung des Fragebogens dennoch besorgt werden (vgl. I_H1). (Die Auswertung ist online nicht auffindbar und daher nicht öffentlich zugänglich.)

Dadurch fühlten sich die Initiativen in ihrer Annahme, dass dies bewusst verschwiegen wurde bestärkt. Dies wird dadurch begründet, dass die Stadtentwicklung in Wien versuche den InvestorInnen hörig zu sein (I_H1 Z. 60 - 64) und daher ein solches Vorgehen unterstütze. Dies äußert sich in einer gewissen Verschiebung der Aufgaben im Planungsprozess, die es ermöglicht, dass ProjektwerberInnen die partizipativen Elemente im Planungsprozess übernehmen und dies zu ihren Gunsten nutzen.

3.1.4. DARSTELLUNG DER PROTESTHINTERGRÜNDE

“Man glaubt ja diese Ausstellung ist von der Stadt. Aber federführend ist ja da der Projektentwickler. Entsprechend manipulativ sind auch die ganzen Broschüren.” (I_H1 Z. 418 - 420)

“Die Stadt Wien spielt bei dieser Propaganda mit.” (I_H1 Z. 428)

Diese wahrgenommene Investorenhörigkeit der Stadtentwicklung(spolitik) leiten die Initiativen aus verschiedenen Dingen ab. Dazu zählt einerseits die gerade genannte Aufgabenverschiebung. Ebenso zeige sich das an den vagen Festlegungen der Stadtentwicklungspolitik.

“In der Politik wird alles so schwammig und wässrig formuliert, dass man alles hineininterpretieren kann. Man will keine klaren Festlegungen, die würden einen einzementieren.” (I_H1 Z. 75 - 77)

Ein weiterer Punkt, der von den Initiativen im Zusammenhang damit genannt wird, ist die Wahrnehmung, dass man Projektwerbern durch das Ausstellen von gewissen Genehmigungsbescheiden entgegenkommt. Dies zeige sich auch am Heumarkt. Der ausgestellte Feststellungsbescheid, der das Projekt von einer UVP-Pflicht befreit, wird von den Initiativen als ein Entgegenkommen der Politik für die ProjektwerberInnen aufgefasst.

“Wenn die Politik auch hinter einem Projekt steht, dann versucht man dem Projektwerber entgegen zu kommen indem man einen Feststellungsbescheid ausstellt, der besagt, dass eine UVP nicht nötig ist.” (I_H2 Z. 326 - 328)

Das führt zu einem erheblichen Vertrauensverlust in die Stadtentwicklung. Diese von Seiten der Initiativen als *“Politikverdrossenheit”* bezeichnete Unzufriedenheit mit dem politischen System der Stadtentwicklung, wird mit durch einen *“Mangel an Glaubwürdigkeit”* (I_H1 Z. 87) begründet.

“Kann man der Stadtpolitik, die ständig ihre Herrenkonzepte der Stadtentwicklung durch Flächenwidmung und Bebauungsbestimmungen durchsetzt, noch irgendeinen Glauben schenken?” (I_H1 Z. 453 - 455)

Da sich die Initiativen schon seit mehreren Jahren für den Schutz von Kultur- oder Naturgütern einsetzen, weisen sie eine gewisse Erfahrung im Kontakt mit Stadtentwicklungspolitik, der dazugehörigen Verwaltung und deren MitarbeiterInnen auf. Dieser fast schon regelmäßige Kontakt führt dazu, dass die Initiativen ein gewisses Muster in der Stadtentwicklungspolitik wahrnehmen, das zu dem Verlust der Glaubwürdigkeit beiträgt.

Die Kombination aus mangelnder Möglichkeit der Einflussnahme und dem Verlust der Glaubwürdigkeit führt bei den Initiativen zu einer starken Politikverdrossenheit und ist als einer der Protesthintergründe zu deuten.

Die Kritik am (politischen) Prozedere der Stadtplanung äußert sich auch darin, dass die Initiativen eine Forderung nach mehr Einbindung und ebenso nach konkreteren Festlegungen in den Interviews Ausdruck verleihen. Als Beispiel für die Forderung nach mehr Einbringungsmöglichkeiten ist der Wunsch nach direktdemokratischen Elementen, im Bereich der Stadtentwicklung. *“Verbindlich muss das halt sein.”* (I_H1 Z. 526) Hingegen wird die Möglichkeit eine Petition einzureichen, als Relikt der Kaiserzeit bezeichnet.

“Aber hier in Wien, gibt es - man muss sich das einmal vorstellen - immer noch das Bittgesuch aus der Kaiserzeit in Form der sogenannten Petition. Man hat in Wien die Möglichkeit, wenn man 500 Unterschriften von Wienerinnen und Wienern gesammelt hat, zu einem bestimmten Thema ein Bittgesuch an die Stadt zu richten. Denn nichts anderes ist eine Petition. Das bewirkt nur, dass man darüber reden muss. Das ist doch unwürdig. Wir sind im dritten Jahrtausend und nicht unter Kaiser Franz-Josef.” (I_H1 Z. 694 - 699)

Der Wunsch nach konkreten Festlegungen zeigt sich an der geforderten *“Novellierung des Gesetzes”* (I_H2 Z. 304), die ein für alle Mal regelt, wie man den Schutz eines Welterbes zu betreiben hat (vgl. Beschreibung der Alliance for Nature und deren Ziele). So könne sich die Stadtentwicklungspolitik nicht mehr anlassbezogen alles zurechtlegen und es damit den InvestorInnen recht machen.

3.1.4. DARSTELLUNG DER PROTESTHINTERGRÜNDE

DER ZUSAMMENHANG DES PLANUNGSPROZESSES MIT DEN PROTESTHINTERGRÜNDE

Die Hintergründe des Protestes gegen das geplante Projekt am Wiener Heumarkt lassen sich aus Konflikten ableiten, die in einer Politikverdrossenheit der Initiativen verwurzelt sind und durch eine unterschiedliche Raumwahrnehmung bestimmter AkteurlInnen verstärkt werden. Dennoch hat der konkrete Planungsprozess seinen Beitrag dazu geleistet, dass die Debatte um das Projekt derart hitzig geworden ist und man sich nun in dieser festgefahrenen Situation befindet.

Dabei sei angemerkt, dass die Positionen der Projektgegner und der Projektbefürworter derart gegensätzlich sind, dass es höchstwahrscheinlich nicht möglich gewesen wäre den Protest gänzlich zu verhindern, denn es geht grundsätzlich darum, ob ein Hochhaus mit dem Schutz des Weltkulturerbes historisches Zentrum Wien vereinbar ist oder nicht. Diese beiden unterschiedlichen Positionen prallen beim Projekt am Wiener Heumarkt aufeinander. Daher erscheint es naheliegend, dass es dabei zu Protesten und Widerstand kommt. Allerdings hätte ein anderer Verlauf des Planungsprozesses den aktuellen Proteststurm vermutlich abschwächen können. Dabei lassen sich meines Erachtens nach zwei Hauptaspekte herausfiltern.

Umgang mit dem Weltkulturerbe - eine späte Positionierung

Das zu entwickelnde Areal liegt im Randbereich des UNESCO-Weltkulturerbes historisches Zentrum Wien. Daher ist es klar, dass sich die Entwicklung des Areals an irgendeinem Punkt im Planungsprozess damit auseinandersetzen muss, welche Bebauung mit dem Schutz des Weltkulturerbes vereinbar ist. Dabei liegt es auf der Hand, dass eine hohe Bebauung eher in Konflikt mit dem Schutz des Welterbes steht als eine niedrige, da Teil des Welterbes das Stadtbild ist, das durch bestimmte Sichtachsen definiert wird.

Die strategischen Vorgaben zu einer Hochhausbebauung im Bereich des Welterbegebietes sind sehr überschaubar und unpräzise. Lapidar ausgedrückt besagen diese, dass dort eine Hochhausbebauung nicht die zu bevorzugende Bebauungsform darstellt, dies aber doch zulässig ist, wenn das Projekt einen Mehrwert liefert und man die Integration des Hochhauses in das Stadtbild darlegen kann (s.a. Die besondere Lage und deren strategische Entwicklungsvorgaben). Dies führt dazu, dass die

Entscheidung, ob ein Hochhaus im Welterbegebiet zulässig ist im konkreten Projekt getroffen werden muss.

Da die Umgestaltung des Areals am Heumarkt ein solches Projekt werden konnte, an dem diese Frage zu klären sei, hat man zu diesem Zweck schon sehr früh und über den gesamten Planungsprozess VertreterInnen der UNESCO bzw. ICOMOS, die verkürzt als *“Amtssachverständige der UNESCO“* (I_PV Z. 60 - 61) bezeichnet werden können, eingebunden (s.a. Darstellung und Beschreibung des Planungsprozesses).

Allerdings hat diese Positionierung seitens der Stadtentwicklung (Politik und Verwaltung) erst sehr spät im Verfahren stattgefunden. Erst als man im Juni 2017 die Flächenwidmung beschloss, bekannte man sich endgültig zu der geplanten Bebauung und somit auch zu einer Höhenentwicklung. In den vorherigen Verfahrensschritten wurde nie wirklich Position zu einer Höhenentwicklung und zum Umgang mit dem Bestand vor Ort bezogen.

Dies führte letztendlich dazu, dass sich sogar in der Ausschreibung des Architekturwettbewerbs keine präzise Angabe zur Höhenentwicklung und zum Umgang mit dem Bestand finden lässt. Auch dabei stand es den Architekturteams frei, ob sie sich am Szenario der Bestandsbewahrung orientierten oder an dem des Neubaus (competitionline Verlags GmbH 2013).

Diese späte Positionierung gegenüber der Höhenentwicklung trägt in einem großen Maß zum genannten Verlust der Glaubwürdigkeit in die Politik bei. Denn von außen betrachtet, ohne den fachlichen Hintergrund, der einem die Komplexität der räumlichen Gestaltung klar werden lässt, ist es durchaus möglich den Prozess als investorenhörig wahrzunehmen. Auch wird die späte Positionierung als typisches Muster der Stadtentwicklung in Wien wahrgenommen.

“Man kann nicht als Republik Österreich Vertragspartner der UNESCO sein und sich in zig Papieren dazu bekennen und wenn es dann darum geht eine Signalarchitektur zu realisieren, nicht einmal die Anforderungen der UNESCO in den Architekturwettbewerb schreiben.“ (I_H1 Z. 319 - 321)

“Der Mehrwert besteht ausschließlich im Widmungsgewinn für den Projektentwickler. Der Rest ist nur eine Schimäre für die Bürger.“ (I_H1 Z. 649 - 651)

3.1.4 DARSTELLUNG DER PROTESTHINTERGRÜNDE

Einbindung der Bevölkerung

Ein weiterer Aspekt ist die sehr gering gehaltene Einbindung der Bevölkerung. Diese beschränkte sich bis auf eine Ausnahme auf die Information (s.a. Beschreibung der partizipativen Elemente im Planungsprozess). Denn die Reduktion auf reine Information und die mangelnde Möglichkeit der Mitbestimmung tragen ebenfalls dazu bei, dass BürgerInnen den Protest als Ausdrucksform wählen, um ihren Ansprüchen und Positionen Ausdruck zu verleihen. Dafür ist der Planungsprozess am Heumarkt ein Paradebeispiel, denn dort hat man die Bevölkerung bewusst zu den Fragen des Umgangs mit dem Welterbegebiet nicht mit einbezogen. Diese Tatsache ist zwar nicht der alleinige Auslöser des Protests, aber sie trägt wesentlich dazu bei, dass der Protest solch große Ausmaße eingenommen hat.

Die approbierte gedruckte Originalversion dieser Diplomarbeit ist an der TU Wien Bibliothek verfügbar.
The approved original version of this thesis is available in print at TU Wien Bibliothek.



3.2 WOHNBEBAUUNG NATURPARK LINZ SÜD



Die approbierte gedruckte Originalversion dieser Diplomarbeit ist an der TU Wien Bibliothek verfügbar.
The approved original version of this thesis is available in print at TU Wien Bibliothek.

Abb.17: Luftbild vom Linzer Süden mit Projektgebiet



Abb.18: Drohnenbild vom Projektgebiet des Naturpark Linz Süd

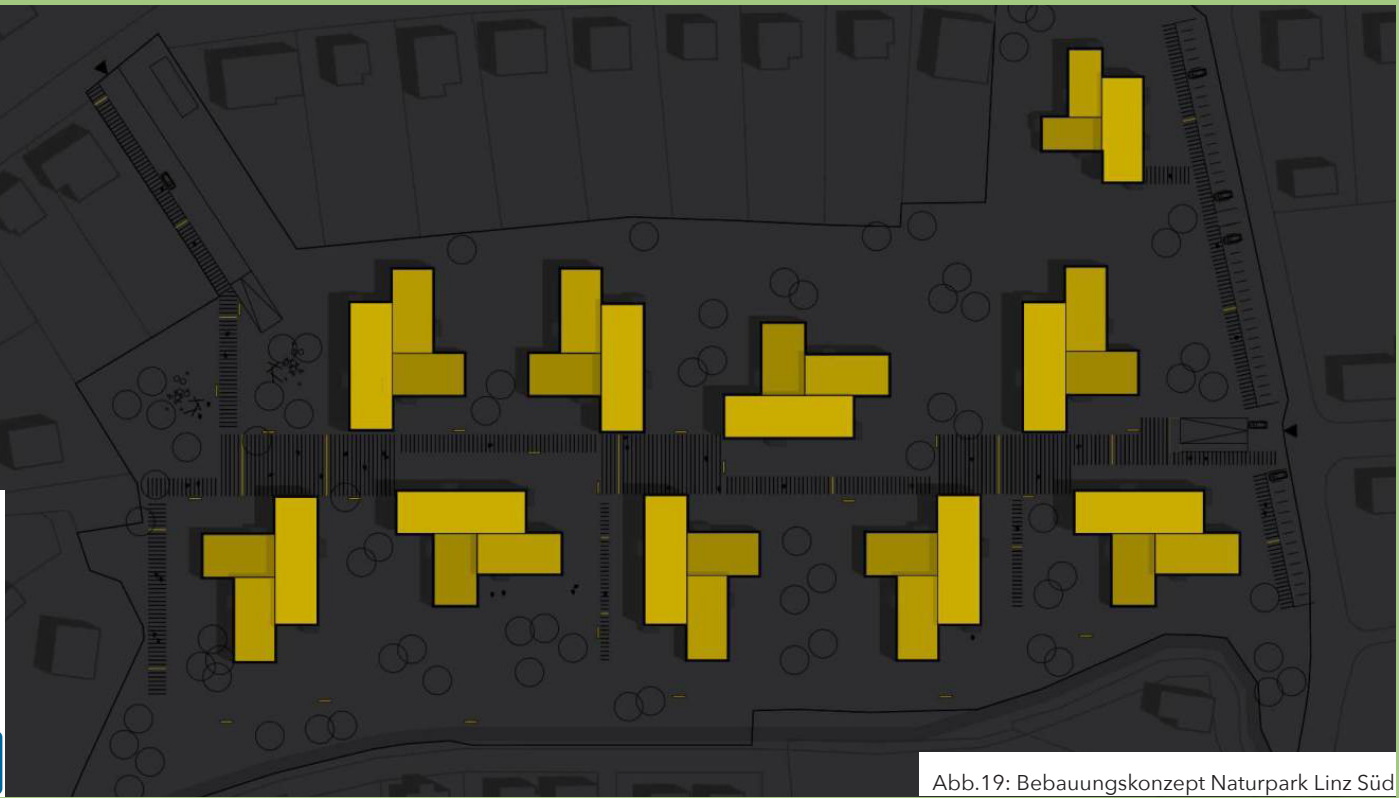


Abb.19: Bebauungskonzept Naturpark Linz Süd

3.2.1 PROJEKTbeschreibung

Das Projekt Naturpark Linz Süd ist eines der größten Wohnbauprojekte in Linz in der letzten Zeit. Dabei werden im Linzer Süden gelegenen Stadtteil Pichling 270 Wohneinheiten in 10 Wohnblöcken auf einem ehemaligen Industrieareal mit einer Fläche von 36.000 Quadratmetern realisiert ("Lawog baut 270 Wohnungen um 45 Millionen Euro im Süden von Linz" 2017; I_IL1 Z. 47 - 50).

Da der Bauträger die Gemeinnützige Landeswohnungsgenossenschaft für Oberösterreich (LAWOG) ist, entstehen dort Genossenschaftswohnungen. Verbunden mit dem Wohnbau, sind eine "möglichst naturnahe" Gestaltung der Freiflächen und andere als innovativ bezeichnete Konzepte (Till 2017). Dazu zählen unter anderem der Einsatz von Elektromobilität in Form von Aufladestationen in der Tiefgarage und eines E-Carsharing Modells, das teilweise das im Linzer Süden übliche Zweitauto ersetzen soll. Zusätzlich wird dort ein Pilotprojekt der Linz AG angestrebt. 108 Elektrofahrräder sollen als "Einmalaustattung" für Wohnungen angeschafft werden (Linz AG 2017:11). Ein weiterer Aspekt ist das geplante Beleuchtungskonzept. Dabei kommt eine intelligente LED Beleuchtung zum Einsatz, die es ermöglicht den Energieaufwand um bis zu 67% zu reduzieren (ebd.).

Zudem ist dort ein einzigartiges Modell in Bezug auf Energieproduktion geplant. Durch das Photovoltaik-Mietermodell soll der auf den Dächern produzierte Strom über den Einsatz eines intelligenten Stromzählers korrekt und fair auf die MieterInnen aufgeteilt werden (ebd.).

Ein weiteres Konzept, das dort umgesetzt werden soll, ist die Planung von 27 der 270 Wohnungen explizit für Junges Wohnen zu nutzen. Dabei sollen durch den Verzicht auf einen Aufzug und das Errichten von ober- statt unterirdischen Stellplätzen die Mietkosten in diesem Bereich um 20% gesenkt werden. Allerdings können diese Wohnungen nur bis zum 35. Geburtstag gemietet werden (Till 2017).

Realisiert werden soll das Projekt in 3 Bauetappen. (Linz AG 2017:11) Die ersten Wohnungen sollen Ende 2019 bezugsfertig sein und das gesamte Projekt bis Anfang 2021 abgeschlossen sein (Oberösterreich Nachrichten 2017).



Abb.20: Naturpark Linz Süd: Rendering der geplanten Bebauung 1



Abb.21: Naturpark Linz Süd: Rendering der geplanten Bebauung 2

3.2.1 PROJEKTBE SCHREIBUNG

PLANUNGS GEBIET - DER STADTTEIL PICH LING

“Der Stadtteil Pichling ist quasi von Natur umzingelt. Einerseits die Traunauen als Natura 2000 Gebiet im Norden und im Osten. Im Süden den Pichlinger See als Naherholungsgebiet. Und im Südwesten der Schilten Berg, der eigentlich nur von der B1 durchzogen wird. Also rundherum eigentlich ein sehr gutes Freizeitangebot und Naherholungsgebiet. Das macht die Region so lebenswert. Deswegen gibt es eigentlich seit den 60er Jahren einen Zuzug in die Region von Leuten, die gerne in der Stadt, aber trotzdem in ländlichen Strukturen leben wollen.” (I_IL2 Z 7 - 13)

Das Projektgebiet liegt im Linzer Stadtteil Pichling. Dieser befindet sich im Süden der oberösterreichischen Landeshauptstadt und ist durch seinen naturnahen und vorstädtischen Charakter gekennzeichnet. *“Der Stadtteil Pichling ist quasi von Natur umzingelt.”* (I_IL2 Z. 7) Andererseits ist Pichling ein Stadtteil im Linzer Süden, der die Möglichkeit bietet Wohnraum zu schaffen. Das Schaffen von Wohnraum ist in Linz aufgrund der anhaltenden Wachstumstendenz unumgänglich. Daher kann davon ausgegangen werden, dass der Linzer Süden in Bezug auf die Wohnraumthematik eine besondere Rolle spielt.

Der vorstädtische Charakter des Stadtteils Pichling spiegelt sich auch in dessen weniger dichten Bebauung wieder. Das Einfamilienhaus als Bebauungsstruktur dominiert dort. In den letzten Jahren wurden allerdings vermehrt Wohnbauprojekte realisiert, die eine höhere Dichte aufweisen. Als wohl bekanntestes Beispiel dafür kann die Solar City genannt werden, die sich in nächster Nähe zum Projektgebiet befindet. Auch in naher Zukunft sind im Süden von Linz einige großmaßstäbliche Wohnprojekte geplant (vgl. I_IL1; I_IL2).

Pichling weist auch eine relativ gute Anbindung zum Zentrum Linz auf. Mit der Bahn sind der Hauptbahnhof in Linz und somit das Zentrum in wenigen Minuten zu erreichen. Allerdings ist die Taktung - typisch für den vorstädtischen Raum - mit ca. 60 Minuten nur sehr unregelmäßig. Ebenso gibt es einen Straßenbahnanschluss nach Linz. Damit kann die Innenstadt in 35 bis 40 Minuten erreicht werden (I_IL1 Z. 485 - 487).

Die Naturnähe des Stadtteils Pichling begründet sich vor allem darin, dass in der Nähe zahlreiche Naturschutzgebiete zu finden sind. Am markantesten ist das Natura 2000 Gebiet der Traunauen. Aber auch mehrere Seen, die neben der Naturnähe ebenfalls

ein hochwertiges Freizeitangebot darstellen, sind in Pichling und näherer Umgebung zu finden. Dazu zählen unter anderem der Weikerlsee oder der Pichlinger See.

DAS PROJEKTGEBIET



Abb.22: Naturpark Linz Süd: Umfeld des Projektgebiets

Das Projekt Naturpark Linz Süd soll auf einem ehemaligen Industrieareal der Firma Christ-Lacke realisiert werden. Das Areal ist von Einfamilienhäusern umringt und verkörpert diesen naturnahen, vorstädtischen Charakter des Linzer Südens. Nachdem die Firma Christ-Lacke in finanzielle Probleme geriet, die letztendlich zum Bankrott des Betriebs führten, wurde das Gelände von einem privaten Investor gekauft. Dieser ließ das Gebiet brach liegen, bis es einige Zeit später an den jetzigen Bauträger LAWOG verkauft wurde. Dieser Eigentümerwechsel war auch der Beginn der Planung am Areal (I_IL2 Z. 111 - 112).

Im örtlichen Entwicklungskonzept der Stadt Linz von 2013 ist die Fläche als Umnutzungsfläche gekennzeichnet. Die Füllung in der Farbe Lila in Kombination

3.2.1 PROJEKTBE SCHREIBUNG

mit einer roten Schraffur bedeutet, dass die ehemalige industrielle Nutzung einer Wohnnutzung weichen soll. (vgl. ÖEK) Zudem schreibt der zugehörige Bebauungsplan eine maximale Geschossflächenzahl von 0,6 vor. Im Süden des Areals verläuft ein übergeordnete Grünverbindung, der einen Bachlauf beschreibt (ebd.). Dieser Wille, das Gebiet umzunutzen, ist als Grundlage für den Planungsprozess zu verstehen und daher ausschlaggebend für das Projekt.

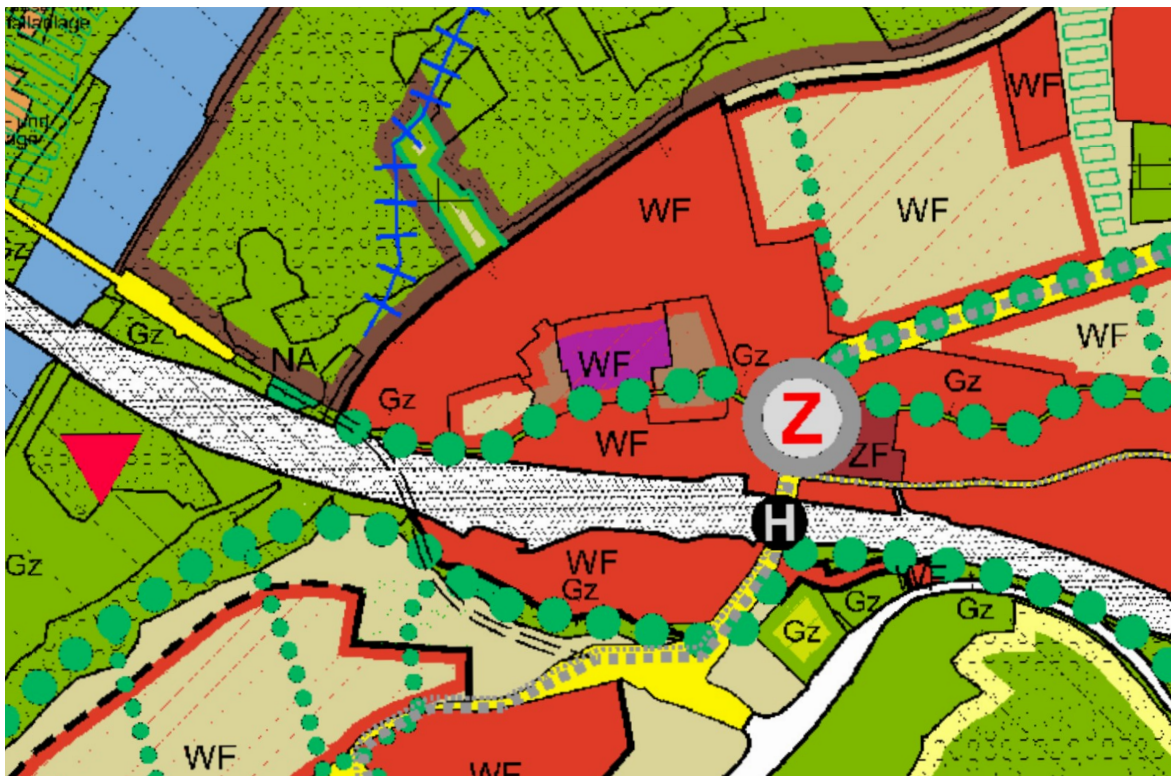


Abb.23: Naturpark Linz Süd: Geplante Umnutzung des Projektgebiets im örtlichen Entwicklungskonzept

PLANUNGSANLASS

Der Eigentümerwechsel des Areals hat den Planungsanlass zum Projekt Naturpark Linz Süd gegeben. Dabei wurde das Projektgebiet von einem privaten Investor an die LAWOG verkauft. Diese begann dann kurz darauf mit der Planung indem ein Architekturwettbewerb ausgelobt wurde.

Warum an diesem Ort gerade dieses Projekt angestrebt wurde, lässt sich nur schwer rekonstruieren. Da ein Interview mit dem Magistrat in nicht zu Stande kam, war es nötig den Planungsanlass oder dessen Motive aus anderen Quellen abzuleiten.

Die naheliegendste Annahme, warum eine Umnutzung eines Industriearials in eine

Wohnnutzung vorgenommen wird, ist ein Bevölkerungswachstum in Linz. Diesen sagt eine Prognose der Linzer Stadtforschung zum Thema Bevölkerungsentwicklung aus dem Jahr 2007 auch voraus. Demnach geht man von einem maximalen Bevölkerungswachstum von jährlich 1000 Personen aus, was zu einer prognostizierten Gesamtbevölkerung von ca. 203.200 im Jahr 2020 führt und eine Zunahme um 7,3 % im Vergleich zum Jahr 2007 darstellt (vgl. Stadtforschung Linz 2007:19). Diese Zahlen aus dem Jahr 2007 sind allerdings schon etwas überholt, da die Website der Stadt Linz bereits zum Jahresbeginn 2019 eine Bevölkerung von 206.895 angibt (Magistrat Linz 2018a). Demnach lässt sich festhalten, dass der Ballungsraum Linz ein deutliches Bevölkerungswachstum aufweist. Dieses Wachstum führe, laut einer Aussage des Linzer Bürgermeister dazu, dass jährlich 800 bis 1.000 geförderte Wohnungen nötig seien (Oberösterreich Nachrichten 2017). Daher lässt sich vermuten, dass auch der geförderte Wohnbau einen gewissen Fokus in der Linzer Stadtentwicklung hat und das Projekt der LAWOG seitens der Planung und Politik befürwortet wird. Dies wird auch von der Bürgerinitiative so wahrgenommen, die deswegen die Chancen das Projekt abzuändern mittlerweile als sehr gering einschätzt (I_IL1 Z. 585 - 586).

3.2.2 BESCHREIBUNG DES PLANUNGSPROZESSES

BETEILIGTE AKTEURINNEN

Die beim Planungsprozess des Projektes Naturpark Linz beteiligten AkteurInnen sind zahlenmäßig sehr überschaubar. Dies hängt in erster Linie mit dem sehr knapp und einfach gestalteten Planungsprozess zusammen. Die wichtigsten AkteurInnen setzen sich aus der LAWOG und der planenden Verwaltung in Linz zusammen. Neben diesen war lediglich ein privater Investor beteiligt, der die Fläche von dem ehemals dort angesiedelten Industriebetrieb gekauft und dann nach einer durchgeführten Bodensanierung aufgrund der Altlasten an die LAWOG weiterverkauft hat. Daher ist dessen Rolle für den Verlauf des Planungsprozesses nicht weiter relevant. Neben dem Privatinvestor war auch ein Architekturbüro, das den Architekturwettbewerb gewann, involviert. Allerdings beschränkte sich dessen Tätigkeit lediglich auf die architektonische Gestaltung des Areals und ist daher von geringer Bedeutung.

Beteiligte AkteurInnen:

- Gemeinnützige Landeswohnungsgenossenschaft für Oberösterreich (LAWOG)
- Magistratsabteilung für Planung Technik Umwelt (PTU)
- .MEGATABS architekten ZT GmbH
- Linz AG
- Privatinvestor als Grundstücksverkäufer

Im Folgenden werden die einzelnen AkteurInnen vorgestellt und deren Rolle und Aufgabe im Planungsprozess kurz beschrieben.

Gemeinnützige Landeswohnungsgenossenschaft für Oberösterreich (LAWOG)

Die LAWOG ist - wie es der Name schon sagt - eine Gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft, die in Oberösterreich tätig ist. Ziel und Aufgabe einer gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft ist es gemeinnützigen Wohnraum zu schaffen. Dieser Aufgabe kommt die LAWOG auch nach, indem sie einerseits selbst leistbaren und qualitativ hochwertigen Wohnraum schafft und andererseits Sozialhilfeverbände und Gemeinden bei der Umsetzung von kommunalen Bauvorhaben unterstützt (LAWOG 2019). Obwohl diese großen Wohnbaugenossenschaften eine wichtige Rolle in Bezug auf die Schaffung von leistbarem Wohnraum haben, haben sie sich über die Jahrzehnte hinweg oftmals zu

riesigen und mächtigen Playern am Immobilienmarkt entwickelt, was ihnen ermöglicht großen Einfluss auf Gemeinden und deren räumliche Entwicklung zu nehmen.

Die LAWOG ist beim Projekt Naturpark Linz Süd als Bauträger involviert. Dabei kann sie durchaus als eine Art Projektinitiator verstanden werden, da sie durch den Kauf des Areals das Projekt gestartet hat. Als Grundstückseigentümer und Bauherr war die LAWOG auch mit der Ausschreibung des Architekturwettbewerbs als AusloberIn betraut (LAWOG 2017).

Magistratsabteilung für Planung Technik Umwelt (PTU)

Die Magistratsabteilung in Linz, die für die Raumplanung und Entwicklung zuständig ist, nennt sich Planung Technik Umwelt oder kurz PTU. Dem Geschäftsbereich PTU kommt die Aufgabe der planenden Verwaltung in Linz zu. Demnach fallen sowohl das Entwickeln von Strategien zur räumlichen Entwicklung als auch das Formulieren von konkreten Maßnahmen in deren Aufgabenbereich (Magistrat Linz 2018b).

Folglich ist der Geschäftsbereich PTU in Bezug auf das Projekt Naturpark Linz Süd mit der raumplanerischen Vorbereitung, wie die z.B. der Festlegung der Flächenwidmung und Bebauungsbestimmungen des Areals oder dem Erstellen des örtlichen Entwicklungskonzeptes, das diese Festlegungen festhält und graphisch darstellt, in das Projekt involviert. Eine weitere Rolle des PTU war die Bewertung der im Architekturwettbewerb eingereichten Beiträge und die Auswahl des Siegerentwurfs, dadurch, dass eine VertreterIn dort Teil der Wettbewerbsjury war (competitionline Verlags GmbH 2017b). Zudem waren VertreterInnen des PTU bei einer Informationsveranstaltung der LAWOG anwesend, um dort für aufkommende Fragen zur Verfügung zu stehen (I_IL1 Z. 133 - 135). Diese Informationsveranstaltung wird im weiteren Verlauf der Beschreibung des Protests noch von Bedeutung sein.

.MEGATABS architekten ZT GmbH

MEGATABS ist ein relativ kleines Architekturbüro mit Sitz in Wien und Salzburg. Das Büro erarbeitet architektonische Entwürfe von unterschiedlichen Maßstäben (.MEGATABS architekten ZT GmbH 2019). Als Sieger des von der LAWOG ausgelobten Architektuwettbewerbs sind .MEGATABS in das Projekt Naturpark Linz Süd involviert (competitionline Verlags GmbH 2017b). Eine weitere Rolle kommt dem Architekturbüro allerdings nicht zu. Daher ist es als AkteurIn in Bezug auf den Protest von eher geringer Bedeutung.

3.2.2 BESCHREIBUNG DES PLANUNGSPROZESSES

Linz AG

Ein weiterer Akteur, der am Projekt beteiligt ist, ist die Linz AG. Die Linz AG ist ein Unternehmen, das sich mit den Themenbereichen Energie, Infrastruktur und Verkehr beschäftigt (Linz AG 2019). Beim Projekt Naturpark Linz Süd ist das Unternehmen für das Implementieren verschiedener als innovativ bezeichneter Konzept Ideen verantwortlich. Dabei handelt es sich einerseits um das Bereitstellen bzw. Unterstützen von E-Mobilität in Form von E-Fahrrädern, E-Carsharing und E-Tankstellen in der Tiefgarage. Andererseits ist die Linz AG maßgeblich an der Realisierung eines Photovoltaik-Mietermodells beteiligt, das dezentral Energie erzeugen kann und diese fair unter den Mietern aufteilt. Zudem installiert die Linz AG im Naturpark Linz Süd ein LED-Beleuchtungskonzept, das eine Energieersparnis von 67% gegenüber herkömmlichen Beleuchtungskonzepten ermöglicht (Linz AG 2017:11).

Privatinvestor als Grundstücksverkäufer

Das Areal wurde 2009, nachdem der dort ansässige Industriebetrieb in finanzielle Schwierigkeiten gelangte, von einem privaten Investor gekauft. Dieser ließ das Areal einige Jahre brach liegen und verkaufte es 2015 an die LAWOG (I_IL2 Z. 111 - 113). Nach dem Verkauf an die LAWOG war der private Investor nicht weiter in den Planungsprozess involviert und ist daher in Bezug auf den Protest irrelevant. Der Eigentümerwechsel wird nur aus Gründen der Vollständigkeit genannt.

PLANUNGSPROZESS

Der Planungsprozess um das Projekt Naturpark Linz Süd ist sehr kurz und überhaupt nicht dokumentiert. Ein Interview mit der planenden Verwaltung in Linz, um mehr über den Planungsprozess und dessen Hintergründe zu erfahren, kam nicht zu Stande. Daher beruht die folgende Darstellung des Prozesses und dessen Hintergründen auf den wenigen Informationen, die darüber auffindbar waren (Ausschreibung des Architekturwettbewerbs und örtliches Entwicklungskonzept von 2013) und zum großen Teil auf der Beschreibung der interviewten MitgliederInnen der Bürgerinitiative Linz-Süd. Eine Vollständigkeit ist daher nicht zu gewährleisten.

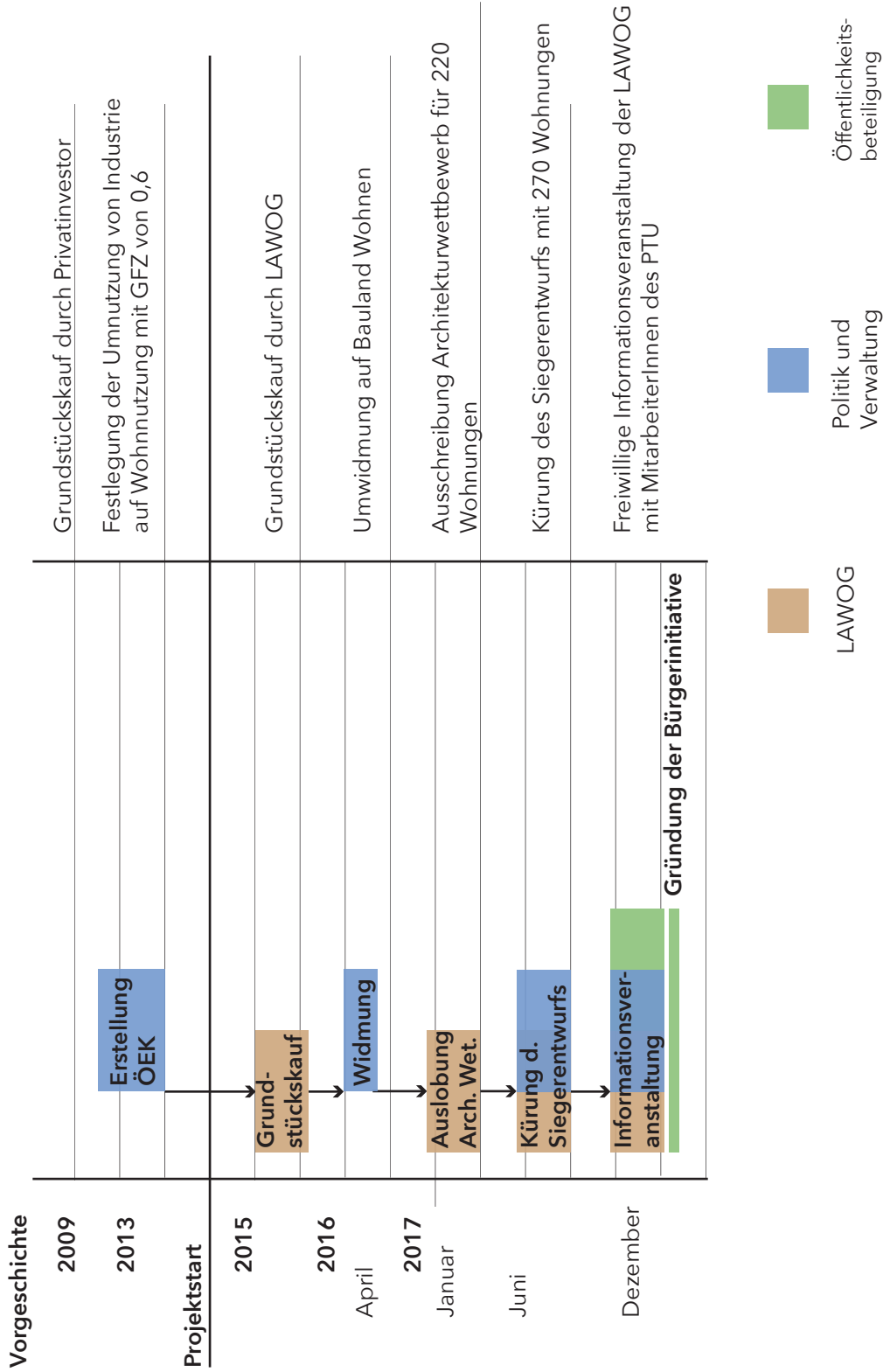


Abb.24: Naturpark Linz Süd: Schematische Darstellung des Planungsprozesses

3.2.2. BESCHREIBUNG DES PLANUNGSPROZESSES

VORGESCHICHTE

Als Vorgeschichte ist zu erwähnen, dass das Areal, auf dem das Projekt angesiedelt ist, sehr lange eine industrielle Nutzung durch die Firma Christ-Lacke, die dort Lack produzierte, hatte. Erst nach der Insolvenz der Firma wurde das Areal von einem privaten Investor gekauft.

Auch das im örtlichen Entwicklungskonzept 2013 festgehaltene Vorhaben, dass die Fläche von einer industriellen Nutzung in eine Wohnnutzung geändert werden soll, ist als eine nennenswerte Vorgeschichte zu betrachten. Im örtlichen Entwicklungskonzept wurde 2013 festgehalten, dass die Fläche umgenutzt und mit einer GFZ von maximal 0,6 bebaut werden solle (ÖEK).

DER PROZESS, DER ZUM NATURPARK LINZ SÜD FÜHRTE

Den Start der Planung des konkreten Projekts bildet der Kauf des Grundstücks 2015 durch die LAWOG von einem Privatinvestor. Im April des Jahres darauf (2016) fand dann eine Umwidmung von industrieller Nutzung zur Wohnnutzung statt.

Nachdem diese erteilt wurde, lobte die LAWOG als Bauherr einen Architekturwettbewerb aus. Dabei ist es wichtig zu erwähnen, dass in der Auslobung ein Wohnbau mit insgesamt 230 Wohnungen gefordert wurde. Dabei wurde auch festgehalten, dass die bauliche Realisierung in mehreren Etappen erfolgen sollte (LAWOG 2017). Dieser Umstand ist insofern wichtig, als dass er im späteren Verlauf der Darlegung der Protesthintergründe noch an Bedeutung gewinnt.

Im Juni 2017 wurde dann ein Siegerentwurf gekürt. Dieser wurde vom Architekturbüro .MEGATABS kreiert und sieht 270 anstelle der ausgeschriebenen 230 Wohnungen vor. Die Jury bestand dabei aus zwei ArchitektInnen und einer VertreterIn des PTU Linz (competitionline Verlags GmbH 2017a).

Im Dezember 2017 fand dann eine freiwillige Informationsveranstaltung der LAWOG statt. Dabei wurde das geplante Projekt mit dem Ziel vorgestellt die AnwohnerInnen zu informieren (I_IL1 Z 293 -294; I_IL2 Z 158 - 160). Dort waren neben VertreterInnen der LAWOG auch 3 MitarbeiterInnen des PTU anwesend. Seitens der AnwohnerInnen wurde diese Möglichkeit der Information sehr stark genutzt und es war annähernd die gesamte Siedlung anwesend (I_IL1 Z 133 - 137). Diese Informationsveranstaltung ist insofern relevant, da diese informelle Veranstaltung die einzige Form von

BürgerInnenbeteiligung im Planungsprozess darstellt. Zudem ist dies gleichzeitig der Zeitpunkt, an dem die Empörung der BürgerInnen so stark wurde, dass diese sich dazu entschlossen den Weg des Protests einzuschlagen (I_IL2 Z 42 - 46). Bei der Beschreibung der Protestbewegung wird noch näher auf die Geschehnisse bei der Informationsveranstaltung eingegangen, da diese für die Entwicklung des Protests eine zentrale Rolle gespielt hat.

Nach der Informationsveranstaltung war Planungsprozess eigentlich zu Ende und es folgte nur noch die bauliche Realisierung des Projekts. Durch das Auftreten der Bürgerinitiative Linz Süd, deren Ziele in weiterer Folge noch genauer beschrieben werden, fanden im Anschluss daran noch Gespräche mit der LAWOG und einigen VertreterInnen aus planender Verwaltung und Politik statt, die allerdings keine Veränderung des Projektes bewirkten.

3.2.3 BESCHREIBUNG DER PROTESTIERENDEN INITIATIVE

Die BürgerInnen, die gegen das Projekt Naturpark Linz Süd protestieren, haben sich unter der Bürgerinitiative Linz Süd vereint. Der Name der Initiative spielt schon darauf an, dass diese nicht nur das konkrete Projekt kritisiert, sondern auch die generelle Entwicklung im Linzer Süden, für die der Naturpark Linz Süd als beispielhaft aufgefasst wird.

Die Bürgerinitiative Linz Süd besteht ausschließlich aus Personen, die direkt vom Projekt Naturpark Linz Süd betroffen sind. Dabei sind die ca.15 Mitglieder fast ausschließlich AnwohnerInnen, die schon in derselben Siedlung aufgewachsen sind. Lediglich zwei Mitglieder sind EigentümerInnen von angrenzenden Grundstücken und bewohnen diese nicht selbst, sondern vermieten ihre Objekte (I_IL2 Z. 50 - 52; I_IL1 Z. 204 - 205; 658 - 661).

Die Motivation hinter der Gründung der Initiative speist sich aus dem Wunsch des Abänderns der geplanten Bebauungshöhe. Allerdings ist diese angestrebte Redimensionierung der Bebauung als konkretes Ziel in Bezug auf das Projekt nicht die einzige Motivation der BI Linz Süd. Wie der Name schon vermuten lässt, will die Initiative auch auf die „Misstände“ der räumlichen Entwicklung im gesamten Linzer Süden aufmerksam machen. Dabei nimmt die BI Linz Süd eine gewisse unkoordinierte Raumentwicklung wahr, der es an einem Gesamtkonzept mangle. So würden zahlreiche Wohnbauten im Linzer Süden geplant und realisiert, ohne die dafür nötige Infrastruktur bereitzustellen.

Dennoch ist das Projekt Naturpark Linz Süd als Auslöser des Protests festzumachen. Warum dies so ist, wird bei der Beschreibung des Gründungszeitpunkts der BI Linz Süd deutlich.

Die Informationsveranstaltung als Entstehungszeitpunkt

Die Idee, eine Bürgerinitiative zu gründen, entstand bei bzw. nach der freiwilligen Informationsveranstaltung, bei der eine Projektvorstellung erfolgt ist (I_IL1 Z. 269 - 273). Dabei wurde den AnwohnerInnen die konkreten Entwürfe vorgestellt und die Empörung der AnwohnerInnen war sehr deutlich. Zumal wurde man mit der Tatsache, dass einige Gebäude 5 geschossig gebaut werden sollten, überrascht.

„Als wir die Pläne gesehen haben und der Architekt erklärt hat, dass hier 5 geschossig gebaut wird, ist uns allen die Kinnlade runtergefallen.“ (I_IL2 Z. 171 - 172)

„Kommuniziert wurde gar nicht! Es wurde mal geredet, dass das Areal an die LAWOG verkauft worden ist und dass geplant ist, das so Reihenhaus-mäßig zu bebauen. Das wäre natürlich für keinen von uns ein Problem gewesen. Und dann haben sie im Dezember 2017 das Projekt vorgestellt. Und dann sind wir aus allen Wolken gefallen.“ (I_IL1 Z. 106 - 109)

Diese Überraschung beruht vor allem darauf, dass die AnwohnerInnen zuvor von einer weniger dichten Bebauung ausgegangen waren. Diese ist einerseits im örtlichen Entwicklungskonzept mit einer GFZ von 0,6 festgehalten und wurde einigen Mitgliedern der Initiative auf Nachfrage beim Magistrat ebenfalls bestätigt. Daher war die Empörung der AnwohnerInnen bei der Informationsveranstaltung verständlich.

„Wir wurden nicht informiert. Wir wurden überrascht!“ (I_IL2 Z. 225)

Gesteigert wurde die Empörung der BürgerInnen, als diese verschiedene Einwände gegen das Projekt und dessen Folgen, vor allem bezüglich des erwarteten Verkehrsaufkommens, äußerten. Auf diese Einwände reagierten sowohl die LAWOG als auch die VertreterInnen des PTU mit wenig Fingerspitzengefühl. Dies führte dazu, dass es bei der Informationsveranstaltung „total ausgeuffert“ (I_IL1 Z. 135) ist. Im Anschluss daran, kam die Idee auf eine Initiative zu gründen. Dies wurde durch das zuvor schon bestehende Gemeinschaftsgefühl innerhalb der Siedlung vereinfacht.

„Es war relativ leicht dadurch, dass wir uns alle kennen. Da hat man dann geredet. Nach der Infoveranstaltung noch. Dann hat sich schon herauskristallisiert, wer dann aktiv daran arbeiten will einen Konsens zu finden.“ (I_IL1 Z 283 - 285)

„Die Bürgerinitiative hat sich spontan gegründet am Tag der Bauverhandlung. Das war der 18.12.2017. Bei der Bauverhandlung war sozusagen die Empörung zu groß, dass wir spontan entschlossen haben eine Bürgerinitiative zu gründen. Eine Woche später haben wir uns hier in der Nähe getroffen und das alles konkretisiert. So ist die Bürgerinitiative entstanden. Also spontan aus Empörung.“ (I_IL2 Z. 42 - 46)

3.2.3 BESCHREIBUNG DER PROTESTIERENDEN INITIATIVE

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich die Idee der Gründung einer Initiative auf die Informationsveranstaltung zurückführen lässt. Dies war einerseits der Zeitpunkt, an dem den BürgerInnen die konkreten Pläne gezeigt wurden. Andererseits wurde dabei der Umgang mit den Gegenargumenten der AnwohnerInnen als herablassend wahrgenommen. Dies führte dann zu einer Steigerung der Empörung (I_IL1 Z. 275 - 278).

Motivation und Ziele der Protestbewegung

Die Ziele der Bürgerinitiative Linz Süd lassen sich als deren Motivation hinter dem Protest definieren. Dabei lassen sich die Ziele in zwei Kategorien einteilen, die einerseits eine Abänderung des Projektes Naturpark Linz Süd betreffen und andererseits auf die gesamträumliche Entwicklung des Linzer Südens abzielen, für die das Projekt als beispielhaft angesehen wird.

In Bezug auf das Projekt strebt die Bürgerinitiative Linz Süd eine Redimensionierung an. Konkret lässt sich diese durch eine Reduktion der Geschosse auf 3 anstatt der derzeit geplanten 5 beschreiben (I_IL2 Z. 320).

Um diese Redimensionierung des Projektes zu erreichen, hat die BI Linz Süd zuerst den Dialog mit der LAWOG gesucht, um mit dieser einer Einigung zu erzielen.

„Unser erstes Ziel war es sich einfach mal mit der LAWOG zu treffen und zu schauen ob es möglich ist, dass sich Bürger und Projektwerber irgendwie einigen.“ (I_IL1 Z. 333 - 334)

Erst als diese Gespräche mit der LAWOG scheiterten, versuchte man über den Rechtsweg gegen die geplanten 5 Geschosse vorzugehen. Dabei versuchte die Initiative gegen die noch ausstehende Änderung des Bebauungsplanes vorzugehen.

Das Ziel der Bürgerinitiative bezüglich der gesamten räumlichen Entwicklung im Linzer Süden lässt sich als eine Forderung nach einem Gesamtkonzept für die räumliche Entwicklung im Linzer Süden, das über den Wohnbau hinausdenkt und handelt, zusammenfassen.

„Ein Gesamtkonzept! Mit Verkehr und Bauen! Ein Entwicklungskonzept Linz Süd würden wir uns wünschen.“ (I_IL1 Z. 552 - 553)

Diese Forderung ist als Ausdruck der Unzufriedenheit mit der Entwicklung des Linzer Südens zu verstehen. Die Mitglieder der Initiative nehmen die dortige Entwicklung als unkoordiniert wahr und sehen dadurch die Qualität ihres Wohnumfeldes in Gefahr (Dazu mehr in der Beschreibung der Rolle der Raumwahrnehmung als Protesthintergrund).

Um dieses Ziel zu erreichen, versucht die BI Linz Süd, deren Name schon den räumlichen Fokus verrät, auf diese Missstände durch mediale Präsenz aufmerksam zu machen. Dies geschieht vor allem in den sozialen Medien aber auch durch ein Interview zur Thematik im "Freien Radio Oberösterreich" (vgl. Diesenreither 2015).

3.2.4 DARSTELLUNG DER PROTESTHINTERGRÜNDE

Die Hintergründe, welche die AnwohnerInnen letztendlich dazu bewegten, sich als Bürgerinitiative Linz Süd zu organisieren und gegen das Projekt Naturpark Linz Süd vorzugehen, lassen sich knapp folgendermaßen beschreiben: Die AnwohnerInnen fühlen sich von der Planung (und auch der lokalen Politik in Linz) übergangen.

„Nein, wir waren nicht eingebunden. Wir sind nicht informiert worden, wir sind überrascht worden. Es gab keinen kooperativen Planungsansatz.“ (I_IL2 Z. 225 - 226)

Das Projekt Naturpark Linz Süd wird dabei als beispielhaft für die gesamte Entwicklung im Linzer Süden angesehen. Dort findet nach Ansicht der Bürgerinitiative eine unkoordinierte Planung statt, die immer wieder dem gleichen Muster folge. Es werde durch das Schaffen von Wohnraum auf die wachsende Bevölkerungszahl reagiert. Allerdings fehle es dabei an einem planerischen Gesamtkonzept, das auch umgesetzt werde. Dabei werde die Infrastruktur, die zum Wohnbau zugehörig ist, nicht mitgeplant und erst im Nachhinein nachjustiert.

„Wobei es nicht darum geht, dass gebaut wird, sondern wie gebaut wird. Das ist das Hauptproblem. Und das Rundherum. Das noch dazu gehört zum Bauen. Verkehr und solche Sachen. Parken. Über das haben sie sich keine Gedanken gemacht. Das sind die Sachen wo wir sagen: Das kann es nicht sein!“ (I_IL1 Z. 228 - 231)

„Es wäre eben wünschenswert nicht nur an das Bauen zu denken, sondern auch an das drumherum. Nicht jetzt bauen und dann hinterher die Sintflut, sondern das Umfeld gestalten.“ (I_IL1 Z. 528 - 529)

„[...] Der Herr XXX ist auch bei der Initiative Rettet Pichlinger See engagiert. Das ist auch eine Initiative, die gegen das Stadion ist. Es geht uns schon auch um die anderen Projekte. Es ist eigentlich das gleiche wie hier. Erst wird alles bewilligt und dann kommt hinterher die Sintflut.“ (I_IL1 Z. 644 - 646)

DIE ROLLE DER RAUMWAHRNEHMUNG BEI DEN PROTESTHINTERGRÜNDE

Um herauszuarbeiten, welche Rolle die Raumwahrnehmung für die Protesthintergründe der BI Linz Süd einnimmt, muss diese zunächst einmal beschrieben werden.

Die Mitglieder der Bürgerinitiative Linz Süd, die fast ausschließlich direkte AnwohnerInnen am Projektgebiet sind, nehmen den Linzer Süden als einen ruhigen vorstädtischen Raum wahr, der sehr viel Lebensqualität bietet. Zudem ist sich die BI Linz Süd durchaus bewusst, dass Linz ein Bevölkerungswachstum aufweist und dadurch Wohnraum geschaffen werden muss.

„Weil man trotzdem in der Stadt ist und genauso im Grünen. Deswegen ziehen viele Leute hier her. Und nicht weil man dann wieder in der Stadt ist, wo alles zubetoniert ist. Weil bei uns viel Grün ist. Die Au, der Weikerlsee, der Pichlinger See (...) und man trotzdem in der Stadt ist.“ (I_IL1 Z. 90 - 93)

Man ist sich als Initiative auch bewusst, dass der Linzer Süden ein geeigneter Raum ist, um Wohnraum zu schaffen (vgl. I_IL2 Z. 5 - 7). Dieser Zuzug ist auch kein neues Phänomen, sondern wird von der Initiative seit einigen Jahrzehnten beobachtet.

„Deswegen gibt es eigentlich seit den 60er Jahren einen Zuzug in die Region von Leuten, die gerne in der Stadt, aber trotzdem in ländlichen Strukturen leben wollen.“ (vgl. I_IL2 Z. 11 - 13)

Aufgrund dieses Zuzugs hat sich der Raum im Linzer Süden von einem ländlich geprägten Raum zu einer *„ein bis zwei geschossigen Einfamilienhausstruktur“* (I_IL2 Z. 17 - 18) gewandelt. Dennoch wird dieser Raum als *„kleinbürgerliche Idylle am Stadtrand“* (I_IL2 Z. 260) bezeichnet, der ein gewisses Gemeinschaftsgefühl innerhalb der Siedlungen entstehen lässt.

Dieses Gemeinschaftsgefühl gilt auch für die nun vom Naturpark Linz Süd beeinflusste Siedlung, deren BewohnerInnen sich nun gegen das Projekt formiert haben. Gestärkt wird diese Gemeinschaft dadurch, dass viele der BewohnerInnen schon in der Siedlung aufgewachsen sind und entweder dorthin nach abgeschlossener beruflichen Ausbildung zurückgekehrt sind oder generell vor Ort geblieben sind (vgl. I_IL1 Z. 411 - 412).

3.2.4 DARSTELLUNG DER PROTESTHINTERGRÜNDE

„Meine Nachbarn kenne ich schon ewig. Wir sind eine Randsiedlung. Das heißt wir haben keinen Durchzugsverkehr. Da ist die Traun. Da ist Naturschutzgebiet. Ich habe die Bim. Ich bin sofort in Linz. Also es bietet sehr viel Lebensqualität.“ (I_IL1 Z. 204 - 207)

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Mitglieder der Bürgerinitiative Linz Süd den Raum als Wohnort mit großer Lebensqualität wahrnehmen. Gleichzeitig nehmen deren Mitglieder aber auch ein bestimmtes Muster in der räumlichen Entwicklung im Linzer Süden wahr, das die Gefahr mit sich bringt, dass diese beschriebene Lebensqualität verloren geht.

Dabei sieht die Initiative auch ein gewisses Versagen der Raumplanung in Linz, die dieses Muster der Raumentwicklung unterstützt.

Das Muster, das von der Bürgerinitiative wahrgenommen wird, lässt sich aus deren Perspektive folgendermaßen beschreiben: Im Linzer Süden entstanden vermehrt Wohnbauprojekte mit einer höheren Bebauungsdichte als es die typische Einfamilienhaussiedlung aufweist und es sind auch noch weitere geplant. Als Beispiele dafür können die Umnutzung der ehemaligen Hiller Kaserne und weitere Projekte in der Nähe des Garten Ebels und am Pichlinger See genannt werden. In Summe sollen dabei mehrere 100 Wohnungen entstehen. Für Wohnprojekte dieser Art hat der Linzer Süden noch einiges an Freiflächen zur Verfügung, die eben dafür genutzt werden.

„Sie argumentieren es ja immer so, dass der Linzer Süden ja noch einen sehr hohen Grünanteil hat und somit eben auch die ausreichenden Flächen, wo man bauen kann. Damit argumentieren sie es einfach. Und sie versuchen halt / Also sie nehmen einfach jede Grünfläche und bauen sie zu. Und das stößt natürlich massiv auf Widerstand.“ (I_IL1 Z 55 - 58)

Dabei wirft die Bürgerinitiative Linz Süd der Stadt Linz (Politik und Planung) vor, dass lediglich der Wohnbau geplant und realisiert werde, aber ein Ausbau der dazugehörigen Infrastruktur nicht stattfindet. Dadurch werde die bereits überlastete Infrastruktur noch weiter belastet. Bei einer in dieser Weise fortschreitenden Raumentwicklung sehen die Mitglieder der Bürgerinitiative Linz Süd nicht nur den Verlust der eigenen Lebensqualität gefährdet, sondern auch volkswirtschaftliche und Folgeschäden auf die Gemeinde zukommen, die in weiterer Folge von den SteuerzahlerInnen übernommen werden müssten.

„Der Linzer Süden wächst und es ist dafür zu sorgen, dass nicht nur der Wohnbau wächst sondern auch alles was dazu gehört. Der Verkehr, Arbeitsplätze und soziale Infrastruktur. So entstehen nur Schlafsiedlungen, die viel Binnenverkehr verursachen.“ (I_IL2 Z. 465 - 467)

„Das Problem dabei ist aber das Bild von Stadt. Sieht man Stadt als Ansammlung von Wohnungen oder denkt man auch an Arbeitsplätze?“ (I_IL2 Z. 422 - 423)

„Und es kann nicht sein, dass dort Ballungszentren unter völlig falschen Voraussetzungen geplant werden. Langfristig bedeutet das enorme Mehrkosten.“ (I_IL2 Z. 427 - 429)

Um dieser Entwicklung entgegenzusteuern, wünscht sich die Bürgerinitiative Linz Süd ein Entwicklungskonzept, das über den Wohnbau hinaus denkt und ein ganzheitliches Bild von Stadt zeigt und auch umsetzt. Dabei setzten sie den Fokus vor allem auf eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur, die sowohl einen funktionierenden Individualverkehr als auch ein gutes Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln beinhaltet. Zu dieser Verkehrsthematik trifft auch das örtliche Entwicklungskonzept in Linz von 2013 bestimmte Aussagen. Dabei werden Probleme wie das unzureichende Angebot an öffentlichem Verkehr, dessen zu lange Reisezeiten und auch das Problem, dass Busse zu Spitzenzeiten im Stau stehen, benannt. Das führt laut ÖEK dazu, dass man auf den privaten PKW als Fortbewegungsmittel angewiesen sei. Dieser Tatsache will man durch unterschiedliche Maßnahmen wie z.B. der Abstimmung der Siedlungsentwicklung und Verkehrsplanung, der Verlängerung der Straßenbahnlinien, der höheren Taktung der Zugverbindung nach Linz und der Bevorrangung der Busse durch eigene Busspuren entgegensteuern (Stadtplanung Linz 2013:42ff).

Eine Umsetzung solcher Ziele nehmen die Mitglieder der Bürgerinitiative allerdings nicht wahr. Daher bewerten sie die Rolle der (staatlichen) Raumplanung als *„nicht wirklich vorhanden“* oder *„unsichtbar und schwach“* (I_IL2 Z. 445). Dieses negativ bewertete Vorgehen der staatlichen Planung in Linz ist als ein weiterer Protesthintergrund aufzufassen und wird daher in der Beschreibung der Rolle der Einstellung zum politischen Systems näher ausgeführt.

3.2.4 DARSTELLUNG DER PROTESTHINTERGRÜNDE

Die Meinung der planenden Verwaltung in Linz zu diesen Vorwürfen der Protestbewegung konnte nicht erhoben werden, da ein Interview nicht zu Stande kam. Die Ideen und Gedanken hinter der räumlichen Entwicklung im Linzer Süden kann nur aus dem örtlichen Entwicklungskonzept abgeleitet werden. Dort werden die Probleme benannt und Lösungswege aufgeführt. Inwiefern diese dann auch umgesetzt werden, konnte nicht erfragt oder beobachtet werden.

DIE ROLLE DER EINSTELLUNG DER BÜRGERINNEN GEGENÜBER DEM POLITISCHEN SYSTEM IM BEREICH DER STADTENTWICKLUNG ALS PROTESTHINTERGRUND

„In Linz darf man zuerst bauen und dann beantragen. Aber ich und auch viele andere, haben das Problem, wenn man selbst baut ist das nicht so einfach. Bei mir ist es an 50 cm Höhe gescheitert.“ (I_IL1 Z. 256 - 258)

Die Einstellung der Mitglieder der Bürgerinitiative Linz Süd zum politischen System im Bereich der Stadtentwicklung kann als Protesthintergrund festgemacht werden. Dabei kommen verschiedene Aspekte zum Tragen, die sehr stark miteinander in Verbindung stehen und in der Summe zu einer gewissen Politikverdrossenheit in Bezug auf das System der Stadtentwicklung, führt. Diese Unzufriedenheit mit der Art und Weise, wie die räumliche Entwicklung im Linzer Süden wahrgenommen wird, lässt sich folgendermaßen herleiten.

Die Mitglieder der Bürgerinitiative Linz Süd sehen keine Möglichkeit der Einflussnahme auf die räumliche Entwicklung ihres Wohnumfeldes. Zudem nehmen sie wahr, dass die Raumentwicklung durch Projekte und ohne Gesamtkonzept entsteht. Gepaart ist diese Wahrnehmung mit einer Kritik an der Unverbindlichkeit der bestehenden Raumentwicklungskonzepte, die mit einem Gefühl der Bevorzugung bestimmter AkteurlInnen in Bezug auf raumplanerische Themenbereiche die Empörung noch weiter befeuert. Diese Aspekte werden in Folge näher ausgeführt.

Der Aspekt der fehlenden Einflussmöglichkeit auf die lokale räumliche Entwicklung im Linzer Süden lässt sich daran festmachen, dass die Mitglieder der Bürgerinitiative Linz Süd Kritik an der mangelnden partizipativen Planung äußern. Dies geschieht einerseits

in Bezug auf das konkrete Projekt Naturpark Linz Süd (vgl. I_IL1 Z. 167 - 170). Dabei wurden die AnwohnerInnen lediglich informiert (Näheres unter der Beschreibung der Informationsveranstaltung). Andererseits sei diese Art der Bürgerbeteiligung auch beispielhaft für die generelle Planung im Linzer Süden, bei denen partizipative Planung meist nicht stattfindet. Wenn dies der Fall sei, dann geschehe *„die Auswahl derer, die wirklich teilnehmen dürfen eher mit der Pinzette“* (I_IL2 Z. 240 - 241) und werde als selektiv wahrgenommen.

Als Folge dieser Unzufriedenheit mit der fehlenden persönlichen Einflussnahme wird diese von der Bürgerinitiative auch eingefordert.

„Uns ist eine umfassende, rechtzeitige Bürgerbeteiligung wichtig. Nicht nur selektiv mit der Idee Projekte zu legitimieren.“ (I_IL2 Z. 416 - 417)

„Eigentlich sollte schon vor Ausschreibung des Architekturwettbewerbs ein Konsens entstehen, der die Kriterien für den Wettbewerb festlegt. Man sollte die Meinung der BürgerInnen auch ernst nehmen.“ (I_IL2 Z. 411 - 413)

Ein weiterer Aspekt, der den Wunsch nach mehr Partizipation unterstreicht, ist die Tatsache, dass die Bürgerinitiative als erstes Ziel hatte, in einen Dialog mit der LAWOG zu treten. Dieser Weg führte aber zu keinem Erfolg und es wurde auf andere Protestformen zurückgegriffen.

„Es ist nie darum gegangen das zu verhindern. Sondern darum für beide Seiten eine optimale Lösung zu finden. Aber das ist von der LAWOG total abgelehnt worden.“ (I_IL1 Z. 357 - 358)

Diese wahrgenommene Verweigerung von Partizipation befeuert die Empörung der Bürgerinitiative noch weiter und führt dazu, dass eine Forderung nach mehr Partizipation zu einem der Ziele der Protestbewegung wird.

„Ziel insofern, dass es schön wäre. Aber man sieht einfach, dass das weder von der LAWOG noch vom Magistrat Linz in irgendeiner Form erwünscht ist. Da ist kein Interesse daran, dass Bürger - ich möchte gar nicht sagen Einfluss nehmen - befragt werden.“ (I_IL1 Z. 624 - 626)

3.2.4 DARSTELLUNG DER PROTESTHINTERGRÜNDE

Die Mitglieder der Bürgerinitiative Linz Süd nehmen ebenso wahr, dass vor allem große Wohnbauträger wesentlich mehr Einfluss auf die räumliche Entwicklung haben als die vor Ort lebenden BürgerInnen. Dies wird einerseits dadurch zum Ausdruck gebracht, dass die LAWOG als großer gemeinnütziger Wohnbauträger in Bezug auf das Projekt Naturpark Linz Süd immer wieder anders behandelt wird als es die AnwohnerInnen bei ihren Bauvorhaben erlebt haben. Diese Bevorzugung wird mehrfach deutlich zum Ausdruck gebracht.

Als eines der treffendsten Beispiele für diese Priorisierung kann der Bebauungsplan genannt werden. Der aktuell gültige Bebauungsplan lässt die geplante Kubatur des Projektes Naturpark Linz Süd nicht zu. Daher wird das Projekt in Etappen realisiert und der Bebauungsplan erst vor der letzten Bauetappe geändert. Dieses Vorgehen löst bei den Mitgliedern der Bürgerinitiative Linz Süd deutliche Empörung aus, denn diese haben eine wesentlich strengere Einhaltung der Bebauungsvorschriften bei ihren eigenen Bautätigkeiten erlebt.

“Es wird zuerst gebaut und dann der Bebauungsplan nach den Wünschen der LAWOG erstellt. Wo gibt es denn sowas?!“ (I_IL1 Z. 571 - 572)

“Jeder kleine Bürger muss sich an die Auflagen halten und wenn eine große Genossenschaft kommt, dann ist auf einmal alles egal. Darum gehen wir gegen den Bebauungsplan vor.“ (I_IL1 Z. 582- 584)

Ein weiteres Beispiel ist die Geschwindigkeit, in der formale Verfahren zu Gunsten der LAWOG abgearbeitet und entschieden werden. Dies wird von der Bürgerinitiative ebenfalls mit der Bevorzugung von bestimmten AkteurInnen in Verbindung gebracht.

“Es geht einfach immer um die Schnelligkeit. Die Schnelligkeit wie abgelehnt wird. Wenn man selber einen Bauantrag stellt dauert das 3 bis 5 Monate bis der bearbeitet wird. Wir haben nach 14 Tagen den Bescheid bekommen, dass unser Einwand unbegründet ist.“ (I_IL1 Z. 426- 428)

Als einer der Gründe, warum die LAWOG eine solche Sonderrolle genießt, wird eine bestimmte Verstrickung zwischen Politik und LAWOG angenommen. Diese ist durch eine bestimmte Person, die sowohl politisch aktiv ist und zugleich einen Sitz

im Aufsichtsrat der LAWOG inne hat, personalisiert. Diese Tatsache, wird von der Bürgerinitiative stark bemängelt und die Zulässigkeit innerhalb eines demokratischen Systems hinterfragt.

“Wie kann jemand, der politisch aktiv ist in einem Aufsichtsrat von irgendeiner Genossenschaft sitzen? Der hat dort nichts verloren! Das geht für mich nicht! Das ist nicht demokratisch! Das hat mit Demokratie nichts zu tun! [...] Das hat in einem demokratischen Land nichts zu suchen, dass sowas politisch motiviert ist. Noch dazu bei einer Genossenschaft, die sich gemeinnützig nennt.” (I_IL1 Z. 586- 600)

Nach Meinung der Mitglieder der BI Linz Süd, steht das Fehlen eines gesamtträumlichen Entwicklungskonzeptes mit der Priorisierung von bestimmten AkteurInnen in Zusammenhang. Die Bevorzugung großer WohnbauträgerInnen führe dazu, dass diese schnell Bewilligungen bekämen und daher Wohnbauten realisieren könnten ohne, dass nebenbei die nötige Infrastruktur geschaffen werde.

“Wir würden uns freuen, wenn die derzeitige Raumplanung einmal etwas hinterfragt und nicht einfach nur bewilligt, dass diese und jene Genossenschaft dort so und so viele Wohnungen bauen darf. Sondern sich auch Gedanken dazu machen wie die Leute wo hin kommen. Ein Verkehrskonzept fehlt völlig.” (I_IL1 Z. 475 - 478)

Die Mitglieder der Bürgerinitiative nehmen eine gewisse Unverbindlichkeit von bestehenden Entwicklungskonzepten wahr. Man stellt sich diesbezüglich die Frage, warum denn in einem Konzept eine bestimmte Bebauungsdichte festgehalten werde und diese dann anschließend doch wieder geändert werde, wenn einer der großen Wohnbauträger ein Projekt realisieren möchte. Wegen dieser Fragen suchte die Bürgerinitiative auch das Gespräch mit der Politik. Die dabei gesammelten Erfahrungen steigerten allerdings die Empörung.

3.2.4 DARSTELLUNG DER PROTESTHINTERGRÜNDE

“Der Bürgermeister hat uns da aber auch schnell wissen lassen, dass man sich auf solche Entwicklungskonzepte nicht immer 100% verlassen kann. Dann haben wir uns schon gefragt warum man dann sowas überhaupt macht. Man kann nicht was rausgeben, das 10 Jahre gültig ist, und mittendrin sagen, dass es veraltet ist. Dann muss man es verkürzen. Man erstellt alle 5 Jahre ein neues Entwicklungskonzept. Das ist kein Argument.” (I_IL1 Z. 507 - 511)

Zusammenfassend lässt sich die Rolle der Einstellung zum politischen System der Stadtentwicklung und die damit einhergehende Politikverdrossenheit folgendermaßen herleiten. Die Mitglieder der Bürgerinitiative Linz Süd sehen ihre Einflussmöglichkeit auf die räumliche Entwicklung als nicht vorhanden und ebenso nicht erwünscht. Einfluss auf die Entwicklung hätten in Linz anstelle der BürgerInnen vermehrt große Konzerne oder WohnbauträgerInnen, die eine gewisse Bevorzugung durch die Politik und somit auch durch die planende Verwaltung genössen. Diese Priorisierung führt in weiterer Folge dazu, dass eine Unverbindlichkeit von Raumentwicklungskonzepten wahrgenommen und unterstellt wird. Diese Tatsache führt aus Perspektive der Bürgerinitiative dazu, dass im Linzer Süden eine projektbezogene Raumentwicklung ohne Gesamtkonzept stattfindet, die langfristig zu einem vermuteten Verlust der Lebensqualität im Linzer Süden führt.

Dazu muss allerdings noch angemerkt werden, dass die Mitglieder der Bürgerinitiative den Grund für diesen demokratischen Missstand viel mehr bei den PolitikerInnen sehen als bei der planenden Verwaltung, die daher als *“schwach”* oder *“nicht wirklich vorhanden”* (I_IL2 Z. 445) bezeichnet wird. Dabei wird der planenden Verwaltung vorgeworfen lediglich als ausführendes Organ der Politik zu dienen und den fachlichen Input zu schwach durchzusetzen.

“Es gab mal vor mehr als 10 Jahren einen Stadtplaner namens Goldner. Der hat verstanden um was es geht und hat bestimmte städtebauliche Strukturen unterstützt. [...] Der war von der Persönlichkeit ein Gestalter. Wir haben derzeit eher Verwalter.” (I_IL2 Z. 445 - 448)

“Sie kommen ihren ureigenen Aufgaben nicht nach, weil sie nicht mit den Bürgern reden. Sie sitzen im Elfenbeinturm und lassen einen spüren, dass wir nicht die Profis sind, sondern sie.” (I_IL2 Z. 451 - 453)

		Naturprak Linz Süd	Umgestaltung des Areals am Heumarkt	
Protestbewegung	Wer:	Bürgerinitiative Linz Süd AnwohnerInnen	Initiative Denkmalschutz Verrein für Denkmalschutz	Alliance for Nature Umweltschutzorganisation
	Warum:	Art der Bebauung	Erhalt des UNESCO-Welterbestatus	
	Wann:	erste Detailinformation	erste Detailinformation	UVP-Verhandlung
	Ziele:	Redimensionierung, Gesamtkonzept Linz Süd	Hochaus verhindern, Status erhalten, Novellierung Gesetz	
	Wie:	Dialog, PR, Rechtsweg	PR, Petition, Demonstration, Memorandum, Rechtsweg	
Hintergründe	Rolle der Raumwahrnehmung	Linzer Süden: vorstädtisch mit hoher Lebensqualität (Natur, Ruhe, Freizeit) ABER: Wahrnehmung einer unkoordinierten Raumentwicklung --> Drohender Verlust der Lebensqualität	UNESCO-Welterbegebiet Wien innere Stadt: Raum von hoher Bedeutung für das kulturelle Erbe Wiens --> Wird als ein zu schützendes Gut aufgefasst, das in Gefahr ist	
	Rolle der Einstellung gegenüber dem pol. System im Bereich d. Stadtentwicklung	Gefühl der mangelnden Einflussmöglichkeit: --> Verlangen nach mehr Partizipationsmöglichkeiten	Gefühl der mangelnden Einflussmöglichkeit: --> Verlangen nach mehr Partizipationsmöglichkeiten	
		Projektbezogene Raumentwicklung: --> Forderung nach einem Gesamtkonzept für den Linzer Süden, das über den Wohnbau hinaus denkt.	Kritik an den wagen Festlegungen der Stadtplanung(spolitik)	
		Gefühl der Bevorzugung von großen Playern am Immobilienmarkt.	Gefühl der Bevorzugung von großen Playern am Immobilienmarkt. (Investorengerechte Stadtentwicklung)	
		Unverbindlichkeit von Konzepten		

Abb.25: Übersicht über die Protesthintergründe der Initiativen

4 SCHLUSSFOLGERUNGEN UND FAZIT

Im abschließenden Kapitel der Arbeit werden die gewonnenen Erkenntnisse zusammengefasst und die Forschungsfragen beantwortet. Dabei werden die Erkenntnisse aus den Fallstudien einerseits in Bezug zur zuvor aufgezeigten Theorie gesetzt. Andererseits werden die Erkenntnisse aus der Erforschung des Umgangs mit Protest in der Planungspraxis dargestellt und in Bezug zu Empfehlungen aus Dokumenten, für die Partizipationspraxis eine Bedeutung aufweisen, gesetzt. Diese Erkenntnisse fließen dann in ein Plädoyer für eine Kultur des Planens ein, die den Aushandlungsprozess ins Zentrum rückt und der Gestaltung von Raum das Potential zuschreibt, Momente der Demokratie zu erzeugen.

4.1 BEANTWORTEN DER FORSCHUNGSFRAGEN

Die approbierte gedruckte Originalversion dieser Diplomarbeit ist an der TU Wien Bibliothek verfügbar.
The approved original version of this thesis is available in print at TU Wien Bibliothek.

4.1 BEANTWORTEN DER FORSCHUNGSFRAGEN

Im empirischen Teil der Arbeit wurden zwei Schwerpunkte verfolgt. Einerseits wurden Hintergründe von organisiertem Protest gegen städtebauliche Großprojekte anhand von den Fallbeispielen der Umgestaltung des Areals am Heumarkt in Wien und des Wohnbauprojekts Naturpark Linz Süd in Linzer Stadtteil Pichling erforscht. Andererseits wurde nach Möglichkeiten des Umgangs mit Protest im Planungsprozess gesucht. Beide Schwerpunkte lieferten verwertbare Erkenntnisse.

WAS SIND HINTERGRÜNDE VON ORGANISIERTEM PROTEST GEGEN STÄDTEBAULICHE GROSSPROJEKTE?

Um die Fallstudien zusammenzufassen, lässt sich festhalten, dass sowohl unterschiedliche Raumwahrnehmungen, als auch bestimmte Einstellungen zum politischen System in Bezug zur Stadtentwicklung eine große Rolle beim Entstehen von organisiertem Protest spielen. Darüber hinaus haben beide Fallstudien gezeigt, dass auch Planungsprozesse, deren Gestaltung und Durchführung, das Entstehen von Protest beeinflussen.

WELCHE ROLLE SPIELEN DABEI UNTERSCHIEDLICHE INDIVIDUELLE RAUMVERSTÄNDNISSE BZW. RAUMWAHRNEHMUNGEN?

Der Raum bzw. die Raumwahrnehmung ist bei beiden Fallstudien von zentraler Bedeutung. In Wien zeigt das Ziel, des Erhalts des Weltkulturerbestatus, der Initiativen ganz klar, dass die bestimmte Wahrnehmung dieses Raums als Protesthintergrund fungiert. Im Linzer Stadtteil Pichling macht sich die Bürgerinitiative Linz Süd dafür stark, dass ihr vorstädtisches Lebensumfeld qualitativ entwickelt wird und fordert daher ein gesamtträumliches Entwicklungskonzept. Auch dies unterstreicht die Wichtigkeit des Raums in Bezug auf die Protesthintergründe.

Theoretisch eingebettet wurde diese Forschungsfrage unter anderem mit der Theorie der Produktion von Raum nach Henri Lefebvre. Diese Theorie leistet einen großen Beitrag dazu, die Protesthintergründe der untersuchten Initiativen zu erklären. Dies wird im Folgenden dargestellt.

Lefebvre sieht Raum als Produkt eines sozialen Prozesses. Dabei übernimmt die Gleichzeitigkeit von 3 Momenten eine elementare Rolle in seiner Theorie. Die

Produktion von Raum geschieht dabei über die räumliche Praxis, die Repräsentation des Raumes und die Räume der Repräsentation. Demzufolge wirken auf die Produktion von Raum und dadurch auch auf die räumliche Praxis sowohl die Konzeption von Raum durch ExpertInnen als auch das alltägliche Nutzen von Raum, das ihm erst Bedeutung verleiht, ein. In diesem Verständnis ist es naheliegend, dass sich die Räume der Repräsentation, als Konzeption von Raum durch einflussreiche AkteurInnen, widersprüchlich zur Repräsentation des Raumes, die eng mit der Wahrnehmung eines Ortes in Verbindung steht, verhalten kann. In diesem Spannungsfeld begründen sich die in einem Planungsprozess immanenten Konflikte, die als Protesthintergründe verstanden werden können. Durch Lefebvres Theorie bekommt der Raum und dessen Wahrnehmung eine besondere Rolle in der Produktion bzw. Herstellung von Räumen. Dadurch kann unterstrichen werden, dass das Realisieren eines Projektes und dessen Akzeptanz oder Ablehnung eng an den räumlichen Kontext gekoppelt ist. Bei beiden, betrachteten Fallbeispielen ist die Theorie Lefebvres in einer gewissen Weise erkennbar und die Rolle des Raumes und dessen Wahrnehmung kann als Protesthintergrund herausgearbeitet werden.

Von den in Wien interviewten Initiativen wird das UNESCO Weltkulturerbe Innere Stadt Wien als bedeutender Raum wahrgenommen, dessen Schutz eine hohe Priorität aufweisen sollte. Das Projekt am Wiener Heumarkt gefährdet durch die geplante Höhenentwicklung, die bestimmte Sichtbeziehungen verändert, den Welterbestatus der Inneren Stadt Wiens. In dieser Tatsache findet der Protest gegen das Projekt seine Motivation. Daran lässt sich einerseits die besondere Bedeutung des Raumes und Ortes festmachen. Es ist die Kombination aus dem Standort innerhalb des Welterbegebietes und dem geplante Hochhaus, die als Protesthintergrund fungiert. Eine Neugestaltung des Areals am Wiener Heumarkt ohne eine Höhenentwicklung, wird von den Initiativen nicht abgelehnt. Auch das generelle Errichten von Hochhäusern lehnen die Initiativen nicht ab. Lediglich das Errichten von Hochhäusern innerhalb der Welterbezone wird von den Initiativen als unmögliches Entwicklungsszenario aufgefasst.

Andererseits lässt sich daraus auch der in der Theorie genannte Widerspruch zwischen der Repräsentation des Raumes und den Räumen der Repräsentation erkennen. Denn anders als die Projektgegner sehen die Projektbefürworter keinen Konflikt in der Hochhausbebauung und dem Schutz des Weltkulturerbes. Oder zumindest sehen diese den Mehrwert des Projektes als so groß an, dass eine Höhenentwicklung innerhalb des Welterbegebietes in diesem Fall zulässig sei. Dieses Entwicklungsszenario wird von

4.1 BEANTWORTEN DER FORSCHUNGSFRAGEN

der UNESCO und folglich auch von den Initiativen abgelehnt. Die Initiativen begreifen das Projekt als möglichen Präzedenzfall, der zukünftig als Legitimationsgrundlage für weitere Hochhausprojekte im Welterbegebiet verwendet werden könnte, wodurch das Weltkulturerbe für immer zerstört werden würde. Diese beiden voneinander abweichenden Entwicklungsszenarien bilden den Hintergrund für den Konflikt, der sich zum Protest hochgeschaukelt hat.

Das Fallbeispiel des Naturparks Linz Süd folgt diesbezüglich einer gewissen Analogie. Dabei versteht die betrachtete Initiative ihren Lebensraum als Raum mit idyllischem, naturnahem und vorstädtischen Charakter, der ein hohes Maß an Lebensqualität aufweist. Diese Lebensqualität sieht die Bürgerinitiative Linz Süd durch eine als unkoordiniert wahrgenommene Entwicklung im Linzer Süden gefährdet. Das Projekt Naturpark Linz Süd sei ein Beispiel für diesen negativ bewerteten Entwicklungstrend. Deswegen setzt sich die Initiative als Ziel, eine Redimensionierung des Projektes zu erwirken und darüber hinaus auf die empfundenen Missstände in der Raumentwicklung aufmerksam zu machen. Auch hier ist es der Raum, der ausschlaggebend für die Entstehung des Protests ist. Denn durch das reine Realisieren von großen Wohnbauprojekten, könne aus Sicht der Initiative zwar Wohnraum für das wachsende Linz geschaffen werden, aber es bedürfe einer ganzheitlichen räumlichen Entwicklungsstrategie für den Linzer Süden, die nicht nur Wohnraum schafft, sondern auch die dazugehörige Infrastruktur, um die jetzige Lebensqualität nicht zu verbauen. Auch hier weicht der Raum des Lebensalltags der Initiativen von den geplanten Entwicklungsvorstellungen der verantwortlichen AkteurInnen ab und fungiert dadurch als Protesthintergrund.

An beiden Beispielen lässt sich deutlich die Gleichzeitigkeit der von Lefebvre beschriebenen Dimensionen erkennen. Gleichzeitig besteht neben der Vorstellung der Projektverantwortlichen und Projektbefürwortern über die künftige Entwicklung des Raums die Wahrnehmung der lokalen Bevölkerung, die eine andere Entwicklung des Raumes vorzieht. Dabei wird ersichtlich, dass - wie es Lefebvre in der Theorie zur Produktion von Raum beschreibt - die Gleichzeitigkeit der Dimensionen räumliche

Praxis, Repräsentation des Raumes und die Räume der Repräsentation zentral für die Herstellung von Raum ist.

WELCHE ROLLE SPIELT DABEI DIE EINSTELLUNG DER BÜRGERINNEN GEGENÜBER DEM POLITISCHEN SYSTEM, DESSEN STRUKTUREN UND PROZESSEN, INSBESONDERE IM BEREICH DER STADTENTWICKLUNG?

Auch die Einstellung der Initiativen zum politischen System der Stadtentwicklung war bei beiden Fallstudien deutlich als Protesthintergrund erkennbar. Beide Initiativen fühlen sich von der Stadtentwicklung in einer gewissen Weise übergangen. In Wien wurde oft das Gefühl deutlich, dass man in die Debatte, wie der Schutz von Welterbestätten zu betreiben sei, nicht eingebunden ist. Auch der von der Initiative Linz Süd genannte Wunsch nach mehr Einbindung der BürgerInnen in Planungsprozesse drückt dieses Gefühl aus. Da den BürgerInnen in beiden Fällen nur bedingt (in Linz gar nicht und in Wien nur durch einen Fragebogen) die Möglichkeit geboten wurde ihre Ansprüche und Vorstellung zu äußern, ist die Wahl des Protests als Ausdrucksform ebenso ein Anzeichen dafür, dass mehr Einbindung gefordert wird.

Das Gefühl der mangelnden Einflussnahme spiegelt sich auch in der Tatsache wider, dass die befragten Initiativen eine gewisse Ungleichbehandlung von AkteurInnen wahrnehmen. Diese haben aus deren Sicht sehr großen Einfluss auf die Stadtentwicklung. Ob dies die in Wien genannte investorenhörige Stadtentwicklung ist, die aus Sicht der Initiativen dazu führt, dass der Gewinn des Investors, der an das Errichten des Hochhauses gekoppelt ist, dem Erhalt des UNESCO-Welterbes vorgezogen wird, oder ob es in Linz das auffällige Bevorzugen der großen Wohnbaugenossenschaft LAWOG ist. Da von beiden Initiativen das konkrete Projekt, auf das versucht wird Einfluss zu nehmen, als beispielhaft für die gesamte Stadtentwicklung gesehen wird, wird auch deutlich, dass die eher negative Einstellung der Initiativen durch diese Projekte noch weiter verstärkt wurde.

Auf diese negative Einstellung gegenüber dem politischen System der Stadtentwicklung nimmt die Gestaltung und Durchführung des Planungsprozesses maßgeblich Einfluss. Dies wird vor allem am Beispiel in Linz klar. Dabei wurden die AnwohnerInnen lediglich bei einer Informationsveranstaltung, die das geplante Projekt vorstellte, informiert. Dort kam es zu einer solchen Empörung, auf die dann seitens der planenden Verwaltung in einer Art und Weise reagiert wurde, die von der

4.1 BEANTWORTEN DER FORSCHUNGSFRAGEN

Bürgerinitiative als unprofessionell bezeichnet wurde. Dies bildete den Auslöser für die Gründung der Bürgerinitiative Linz Süd.

Der theoretische Einfallswinkel, der hinter dieser Forschungsfrage steckt, ist der postdemokratische Zustand. Diese Theorien sehen Protest in der Tatsache begründet, dass eine herrschende Elite durch die Exklusion bestimmter Meinungen, Personen und Positionen einen „Scheinkonsens“ konstruiert, mit dem sie die bestehende Ordnung und dadurch ihre Vormachtstellung legitimieren. Diese Exklusionsmechanismen negieren den Dissens und somit andere, nicht mit der bestehenden Ordnung in Einklang zu bringende, Meinungen, die im postdemokratischen Zustand nicht mehr artikuliert werden können. Diese nicht gehörten Forderungen äußern sich demnach im Protest derer, die keinen anderen Weg mehr haben ihre Ansprüche zu äußern. In diesem Sinne ist ein Moment der Demokratie, der als Moment des (neu) Aushandelns der Ordnung aufgefasst wird, kaum mehr vorhanden. Die dadurch bedingte Wahrnehmung des Verlustes der persönlichen (politischen) Wirkmächtigkeit drückt sich in dem aus, was umgangssprachlich als „Politikverdrossenheit“ bezeichnet wird.

Die in den postdemokratischen Theorien beschriebene Wahrnehmung des Verlustes der eigenen (politischen) Wirkmächtigkeit spielt bei beiden Fallbeispielen eine große Rolle und wird von den Initiativen genannt. Dies spiegelt sich darin wieder, dass immer wieder beschrieben wird, dass eine Bevorzugung von großen wirtschaftlichen AkteurInnen wahrgenommen werde. In Wien ist dies die Wahrnehmung einer Investoren gerechten Stadtentwicklung, die sich laut den Initiativen ebenfalls am Heumarktprojekt erkennen ließe. In Linz ist es die Bevorzugung von großen Bauträgern, die sich aus der Geschwindigkeit der Abhandlung von formalen Vorgängen erkennen lässt und eine projektbezogene als unkoordiniert bezeichnete Raumentwicklung im Linzer Süden zur Folge hat. Diese Wahrnehmung spiegelt auch die Verschiebung der Machtverhältnisse zu Gunsten von wirtschaftlich starken AkteurInnen wider, die von postdemokratischen Theorien beschreiben wird.

Bei beiden betrachteten Fallstudien ist es für die lokale Bevölkerung nicht möglich an bestimmten Debatten teilzunehmen, die sich an den Projekten materialisieren. In Wien wird die Debatte, wie der Schutz von Welterbestätten zu betreiben sei und welche Bebauungshöhe im Welterbe Gebiet zulässig sei, ohne die lokale Bevölkerung geführt. In Linz äußerten die InterviewpartnerInnen, dass die lokal ansässige Bevölkerung nicht an der Raumentwicklung partizipieren kann und dadurch eine Debatte, um die grundsätzliche räumliche Entwicklung im Linzer Süden nicht (öffentlich) geführt werde.

Aus einer postdemokratischen Perspektive können die Initiativen als „Anteilslose“ im Sinne Rancières verstanden werden. Sie haben auf dem formal vorgegebenen Weg, dem die Projekte folgen und der diese auch legitimiert, keine Möglichkeit ihre Position zu artikulieren. Dazu leistet die Gestaltung des Planungsprozesses ebenfalls einen Beitrag. Dabei wurde die Bevölkerung in Linz nicht konsultativ einbezogen. In Wien wurden zwar durch einen Fragebogen Ansprüche der Bevölkerung eingeholt. Die Ansprüche, die eine Höhenentwicklung ablehnten und somit den Entwicklungszielen der Investors widerstrebten, fanden jedoch keinen Eingang in die Publikation der Ergebnisse der Befragung. Dadurch dass die Kanäle des Dissens „verstopft“ sind und die Initiativen ihre Vorstellungen und Ansprüche an die räumliche Entwicklung nicht artikulieren können, verleihen sie ihren nicht gehörten Forderungen durch das Aufzeigen eines Konfliktes im Protest mehr Nachdruck.

Ein Kritikpunkt, den Erik Swyngedouw in seiner Beschreibung der postpolitischen Stadt nennt, ist das Verwenden von unscharfen Begriffen in der Stadtentwicklung als Symptom des postdemokratischen Zustands. In Wien sind die vorhandenen strategischen Entwicklungsvorgaben für eine Hochhausbebauung am Areal des Heumarkts sehr unscharf formuliert. Dies wird von den befragten Initiativen kritisiert und die Forderung nach einer eindeutigen Klärung dieser Frage in einer Novellierung des Gesetzes, das den Umgang mit Welterbegebieten regelt, gestellt. Dazu bedarf es einer eindeutigen Positionierung seitens der politischen EntscheidungsträgerInnen zu dieser Thematik. Der aufwendig gestaltete Planungsprozess hätte viele Möglichkeiten geboten, sich diesbezüglich zu positionieren. Dies geschah allerdings erst sehr spät im Prozess durch den Beschluss der Flächenwidmung. Diese unscharfe Regelung der Höhenentwicklung und die späte Positionierung der EntscheidungsträgerInnen hat den Protest gegen das Projekt soweit hochschaukeln lassen, dass es zu einer mehrjährigen Verzögerung kam.

Die Wahrnehmung des Verlusts der eigenen (politischen) Wirkmächtigkeit in Bezug auf die Stadtentwicklung ist etwas, das von den untersuchten Initiativen immer wieder genannt wurde. Die fehlende Möglichkeit den eigenen differierenden Ansprüchen Eingang in die Debatte über die Veränderung bestimmter Räume zu gewähren, führt dazu, dass diese Ansprüche im Protest artikuliert werden. Daher ist die Rolle der Einstellung zum politischen System der Stadtentwicklung als einer der ausschlaggebenden Protesthintergründe zu verstehen.

4.1 BEANTWORTEN DER FORSCHUNGSFRAGEN

WELCHE ANSATZPUNKTE HAT DIE PLANUNGSPRAXIS IM UMGANG MIT PROTEST BZW. KONFLIKTEN?

Der zweite Schwerpunkt der Arbeit ist die Frage nach den Möglichkeiten des Umgangs mit organisiertem Protest in der Planungspraxis. Zu diesem Zweck wurden leitfadengestützte Interviews mit ExpertInnen aus Wissenschaft und Planungspraxis zum Thema des Umgangs mit Protest geführt. Auch diese Forschungsfrage lieferte interessante Ergebnisse. Einerseits wurde damit der in der Theorie behandelte Zusammenhang mit dem Umgang mit Konflikten und gegensätzlichen Meinungen im Planungsprozess und dem Entstehen von Protest bestätigt. Denn der Planungsprozess als konflikträchtige Situation mit asymmetrischen Machtverhältnissen kann in Bezug auf das Entstehen von organisiertem Protest eine erhebliche Katalysatorrolle einnehmen. Auch dies zeigt sich an der Informationsveranstaltung des Projektes im Linzer Süden. Dort reagierten die anwesenden VertreterInnen der planenden Verwaltung auf eine Art und Weise auf den Widerspruch der BürgerInnen, dass dies den Auslöser zur Gründung der Bürgerinitiative bildete.

Andererseits konnten die Erkenntnisse aus den geführten Interviews zum Umgang mit Protest im Planungsprozess in bestimmte Grundsätze übersetzt werden, die versuchen eine Kultur des Aushandelns zu umschreiben, welche es ermöglichen kann Protest im Sinne einer "guten" Planung nutzbar zu machen. Dabei wurde von allen ExpertInnen genannt, dass das Auftreten von (situativem) Protest im Planungsprozess nicht zu vermeiden sei. Aber man könne durch einen gezielten und professionellen Umgang damit das Entstehen des organisierten Protests zumindest beeinflussen und damit festgefahrene Situationen, aus denen am Ende nur VerliererInnen herausgehen eventuell vermeiden.

Die erarbeiteten Grundsätze finden sich auch im Masterplan partizipative Stadtentwicklung und im Praxisbuch Partizipation wieder. Beide Dokumente formulieren Empfehlungen, wie in der Planungspraxis Partizipation betrieben werden soll. Dabei sind diese Dokumente informeller Natur und können daher einen Einsatz der Grundsätze in der Praxis nicht garantieren.

SITUATIVER UND SYSTEMATISCHER (ODER ORGANISierter) PROTEST

Eine Erkenntnis, die aus den Interviews abgeleitet werden konnte, ist jene, dass es im Planungsprozess zwei Arten von Protest gibt, die es zu unterscheiden gilt. Dabei ist einerseits die Rede von "situativem" Protest. Andererseits wird der Begriff des "systematischen" Protests genannt, der als ein Synonym für den in der Arbeit verwendeten Begriff des organisierten Protest aufgefasst werden kann. Der Begriff des situativen Protests umschreibt das Kundtun einer anderen Meinung *"im Zuge von Kontakten bei irgendwelchen Veranstaltungen und Gesprächssituationen."* (I_E3 Z. 42 - 43) Den situativen Protest gibt es in nahezu jedem Planungsprozess, da *"Widerstand und abweichende Meinungen"* in der Gestaltung von Räumen als *"immanent"* bezeichnet werden (I_E1 Z. 470 - 471). Versteht man Raum im Sinne Lefebvres als Produkt eines sozialen Aushandlungsprozesses, dann ist es unumgänglich, dass es dabei Meinungsverschiedenheiten gibt, die dann auch artikuliert werden.

„Das Ziel zu sagen man hat keinen Konflikt oder eine abweichende Meinung im Planungsprozess, ist utopisch.“ (I_E2 Z. 547 - 548)

Situativer Protest ist demnach Teil eines jeden Planungsprozesses und wird von den InterviewpartnerInnen als mögliche *"Keimzelle für den organisierten Protest"* (I_E3 Z. 36) bezeichnet. Dennoch kommt es nicht in jedem Planungsprozess zu organisiertem Protest. Es ist also naheliegend, dass der Umgang mit dem situativen Protest, der auch als *"spontaner Wutausbruch"* (I_E3 Z. 32) umschrieben wird, eine entscheidende Rolle dabei spielt, ob Menschen den Weg des organisierten Protests wählen.

Der organisierte Protest wird dabei als etwas aufgefasst, das dazu beitragen kann, dass Planungsprojekte in eine festgefahrene Situation geraten. Dies kann in bestimmten Situationen dazu führen, dass Projekte gänzlich abgebrochen werden oder es zu einer erheblichen Schädigung der Lokalpolitik durch einen Vertrauensverlust kommt.

Der situative Protest wird grundsätzlich als etwas Positives aufgefasst, das einen Beitrag dazu leisten kann, dass bestimmte Interessen, die zuvor keine Beachtung gefunden haben, aber im Sinne einer "guten" Planung genutzt werden sollten, Eingang in den Prozess bekommen (vgl. I_E3 Z. 245 - 248). Daher ist es Ziel im Planungsprozess den situativen Protest abzufangen, ihn, wenn möglich, kreativ zu nutzen, und ihn so zu kanalisieren, dass organisierter Protest, möglichst gar nicht erst entsteht. Dieses Vorgehen gelingt natürlich nicht immer, da die Werthaltungen mancher Konfliktparteien

4.1 BEANTWORTEN DER FORSCHUNGSFRAGEN

manchmal solche Abweichungen aufweisen und derart unterschiedliche Positionen mit sich bringen, dass im Planungsprozess keine Einigung erzielt werden kann. Allerdings können die Voraussetzungen zu dessen Entstehung beeinflusst werden und dadurch spätere festgefahrene Situationen verhindert werden.

„Situativen [Protest] kann man nicht verhindern. Bei systematischem Protest kann man die Voraussetzungen verändern wie er entsteht.“ (I_E3 Z. 405 - 406)

Die von den ExpertInnen genannte Unterscheidung zwischen situativem und systematischem (oder organisiertem) Protest bestätigt in einer gewissen Weise den im Theorieteil beschriebenen Zusammenhang zwischen Protest und dem praktizierten Procedere der Raumgestaltung. Dabei bestätigen sich vor allem die theoretischen Erklärungsansätze von Othengrafen und Sondermann (2015) und Terpe (2009).

Erstere verstehen den Planungsprozess als asymmetrische Konfliktsituation, mit ungleichen Machtverhältnissen. Die im Prozess auftretenden Konflikte können unterschiedlicher Natur sein, sind jedoch in der Gestaltung der endlichen Ressource Raum immanent. Die Artikulation dieser Konflikte im Planungsprozess ist das, was der Begriff des situativen Protests beschreibt.

Terpe (2009) versteht Protest als Folge eines bestimmten Umgangs mit einer als sozial ungerecht empfundenen Situation. In diesem Verständnis wird der Umgang mit der Artikulation eines Konfliktes betont. Spiegeln sich in der Art und Weise, wie darauf reagiert wird, die vorhandenen Machtstrukturen wieder, kann dies als sozial ungerechte Situation wahrgenommen werden, die in weiterer Folge als Katalysator für organisierten Protest fungiert.

In der kombinierten Betrachtung dieser theoretischen Erklärungsansätze kann das von den ExpertInnen aus der Praxis beschriebene Verhältnis zwischen situativem und systematischen (oder organisiertem) Protest gut erläutert werden.

GRUNDSÄTZE FÜR DEN UMGANG MIT PROTEST UND KONFLIKT

“Wenn es eine etablierte - oder zumindest in weiten Teilen der Gesellschaft verbreitete - Kultur der Aushandlung oder Partizipation gibt, dann ist das eine andere Basis, als wenn es immer ganz ruhig ist und plötzlich gibt es eine Irritation. Wenn Beteiligung gemainstreamt ist und es durchweg Beteiligung oder Konsultation gibt oder zumindest gute Information, auf die man sich ein Stück weit verlassen kann, dann ist das die aller wichtigste Basis, um dann mit Irritationen anders umgehen zu können. Da gibt es dann etablierte Kanäle, über die man Dinge einerseits kommunizieren und andererseits auch aushandeln kann.” (I_E3 Z. 424 - 430)

Die weiteren Erkenntnisse aus den ExpertInneninterviews konnten in Grundsätze zum Umgang mit Protest und Konflikt im Planungsprozess übersetzt werden. Den Grundsätzen für den Umgang mit Protest im Planungsprozess liegt eine Kultur des Aushandelns und des Umgangs mit Konflikten oder unterschiedlichen Meinungen zu Grunde. Es gibt Eckpfeiler, die versuchen, diese Kultur des Aushandelns näher zu umschreiben. Dabei sollen die Grundsätze keinesfalls als konkrete Handlungsanleitung für partizipative Planung aufgefasst werden. Denn jeder Aushandlungsprozess ist anders und hat seine ganz spezifischen Eigenheiten und Dynamiken, die es unmöglich machen ein allgemeingültiges Vorgehen - im Sinne einer Checklist - festzulegen.

Dennoch können die Grundsätze als Empfehlung an die Planungspraxis aufgefasst werden, denn im Regelfall sind es PlanerInnen, die im Prozess dem Protest gegenüberstehen und dann darauf reagieren müssen. Somit kommt PlanerInnen auch in der Praxis die Aufgabe zu, durch das Gestalten und Durchführen von Planungsprozessen diese Grundsätze zu ermöglichen und ihnen Raum im Prozess zu geben.

Daher kann als erste Empfehlung festgehalten werden, dass in der Ausbildung von RaumplanerInnen eine Grundkenntnis im Umgang mit Protest oder auch nur verschiedenen Meinungen vermittelt werden sollte. Denn *“professioneller”* (I_E1 Z. 409) Umgang mit Protest ist ebenso eine Grundvoraussetzung, um diesen möglicherweise nutzen zu können. Eine in den Interviews genannte Metapher beschreibt dies sehr treffend.

4.1 BEANTWORTEN DER FORSCHUNGSFRAGEN

*„Das ist wie beim Erste-Hilfe-Kurs. Eine Basis sollten alle haben, wo man das aller Notwendigste kennt und weiß wie es geht und sich dann im konkreten Fall auch daran erinnert. Aber es braucht in jeder Organisation ein paar qualifizierte Ersthelfer, die nicht den vierstündigen Kurs gemacht haben, sondern den dreitägigen. Damit diese dann intern die KollegInnen unterstützen können und auch nach außen anders damit umgehen können.“
(I_E3 Z. 328 - 332)*

Die Grundsätze beschreiben zwar eine Kultur des Aushandelns und sind daher als etwas zu verstehen, das grundsätzlich für die Gestaltung und Durchführung von Planungsprozessen, die unterschiedliche Meinungen als Potential verstehen und diese nutzbar machen wollen, von großer Relevanz ist. Daher sind diese Grundsätze im Falle des Protests von besonderer Wichtigkeit. Denn gerade im Umgang mit Protest kommen sie besonders zum Tragen.

Ein weiterer Grundsatz lässt sich ebenso vorweg festhalten. Protest, der im Grunde nichts anderes bedeutet als das Kundtun einer anderen Meinung mit dem Ziel einer Veränderung, ist in diesem Verständnis etwas, das in der Gesellschaft vorhanden ist und kreativ zur Weiterentwicklung genutzt werden kann, weil es neuen Themen und alternativen Meinungen Eingang in Debatten gewährt.

„Den Protest grundsätzlich als etwas Hilfreiches [...] zu sehen. Denn vielleicht sind es ja gewisse Interessen, die durch den Protest erst klarer ersichtlich werden, die auf Schwächen oder Potentiale hinweisen, die im Sinne einer guten Planung genutzt werden sollten.“ (I_E3 Z. 245 - 248)



Abb.26: Grundsätze für den Umgang mit Konflikt und Protest im Planungsprozess

Folgende Grundsätze konnte aus den ExpertInneninterviews abgeleitet werden: **Transparenz**, **Verhandlungsspielräume**, **Augenhöhe** und **aktive Einbindung**. Im Folgenden werden die Begriffe näher erläutert.

TRANSPARENZ

Die Transparenz ist etwas Grundlegendes im Planungsprozess. Daher steht sie stark mit den anderen Eckpfeilern in Verbindung. Denn es ist von großer Bedeutung, dass über den gesamten Planungsprozess eine transparente Kommunikation stattfindet. Nur so kann man gewährleisten, dass im Prozess getroffene Entscheidungen und die Interessen, die diesen zu Grunde liegen, nachvollziehbar vermittelt werden (I_E1 Z. 140 - 160).

4.1 BEANTWORTEN DER FORSCHUNGSFRAGEN

Die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen und Planungsgrundlagen spielt bei der Entstehung von Protest eine entscheidende Rolle. Können Entscheidungen nicht nachvollzogen werden, entstehen Missverständnisse, die unter entsprechendem Framing rasch zu organisiertem Protest führen können (I_E4 Z. 270 - 275).

Nur durch das größtmögliche Maß der Transparenz ist es möglich Grundsätze, Aushandlungsspielräume und Entscheidungen nachvollziehbar zu kommunizieren und zu argumentieren. In diesem Sinne kommt die Transparenz besonders bei den Aspekten der Information und Kommunikation zum Tragen. Da sich Protest per Definition gegen Entscheidungen richtet und darauf abzielt, diese zu verändern oder zu beeinflussen, ist die Basis für eine Aushandlung, dass Entscheidungen transparent und nachvollziehbar kommuniziert werden. Nur so kann ein annähernd gleiches Level an Information für alle Verhandlungspartner gewährleistet werden. Dabei ist die Information als Basis einer fairen Verhandlung zu verstehen.

In Bezug auf die Information ist der Begriff der Kontinuität relevant. Darunter ist zu verstehen, dass es wichtig im Umgang mit Protest ist, dass eine klare und einheitliche Linie kommuniziert wird. Das erfordert eine Koordination der im Projekt involvierten AkteurInnen in Bezug auf die Kommunikation. Auch wenn dies gerade bei einer hohen Anzahl an AkteurInnen eine deutliche organisatorische Leistung darstellt, ist dies unumgänglich. Denn durch eine inkonsistente Information entstehen Hoffnungen, die nur schwer erfüllt werden können. Auch dies führt zu einem Verlust an Vertrauen, der unbedingt vermieden werden sollte.

VERHANDLUNGSSPIELRÄUME

Bei der Konfrontation mit Protest im Planungsprozess ist der Begriff des Verhandlungsspielraumes zentral. Will man das kreative Potential von Protest nutzbar machen und auf den Protest zugehen, ist es unumgänglich über dessen Ansprüche zu verhandeln. Dabei müssen die Verhandlungsspielräume einerseits klar abgesteckt und transparent kommuniziert werden und andererseits dann ebenso genutzt werden.

Der erste Grundsatz in Bezug auf Verhandlungsspielräume ist, dass diese klar abgesteckt sind. Es muss eindeutig vermittelt werden, über welche Aspekte bei dem Projekt diskutiert werden kann und über welche nicht. Es ist wichtig, den Verhandlungsspielraum klar abzustecken, da die öffentlichen Interessen, die den Kern eines jeden Projektes bilden sollten, nicht den Einzelinteressen der Protestgruppe

weichen dürfen. Die öffentlichen Interessen müssen also transparent als solche argumentiert werden und dürfen anschließend nicht zur Debatte stehen. Es ist also von großer Bedeutung, zu argumentieren, warum dieses oder jenes öffentliches Interesse besteht und erfüllt werden muss (I_E1 Z. 140 - 160). Dabei ist der Grundsatz der transparenten Information zu gewährleisten.

“Am Ende muss aber klar sein, was verhandelbar ist und was eben nicht.” (I_E4 Z. 315 - 316)

Die Grundvoraussetzung, für das Abstecken der Verhandlungsspielräume ist, dass jene gut begründet werden. Denn wenn nicht klar ist, warum über bestimmte Dinge nicht diskutiert werden kann, dann führt dies zu Missverständnissen. Auch hier ist der Grundsatz der Transparenz hoch zu halten.

“Was gibt es nicht zu verhandeln? Das klar und transparent zu machen ist das kleine Einmaleins der Beteiligungsethik. Also klar machen, wo sind Spielräume und wo nicht. Auf keinen Fall so tun, als gäbe es welche, wo es keine geben kann. Aus technischen oder politischen Gründen nicht geben kann.” (I_E3 Z. 226 - 228)

Der nächste Schritt ist das Verhandeln. Durch das klare Argumentieren und Abstecken der Verhandlungsspielräume, wurde die Basis für den Aushandlungsprozess geschaffen. Diese muss im Umgang mit Protest genutzt werden. Der Aushandlungsprozess muss in einem fairen Rahmen ablaufen. Hier kommt der Grundsatz der Augenhöhe zum Tragen.

“Im Idealfall auch einen dritten Weg möglich zu machen. Also nicht nur schwarz oder weiß, ja oder nein, sondern irgendeine Lösung, die schon durch den Protest beeinflusst wurde, aber die ursprünglichen Qualitäten nicht verloren hat und trotzdem eine gewisse Akzeptanz findet.” (I_E3 Z. 263 - 266)

AUGENHÖHE

Die erste Grundregel im Umgang mit Protest - oder in der Kommunikation generell - ist die Tatsache, dass man sein Gegenüber und dessen Meinungen akzeptiert. Auch dies ist in einer aufgeladenen Situation wie der Konfrontation mit Protest, die niemals völlig

4.1 BEANTWORTEN DER FORSCHUNGSFRAGEN

emotionslos ist, besonders wichtig. Der Eckpfeiler der Augenhöhe versucht die dabei relevanten Aspekte zu umschreiben.

Ein zentraler Punkt ist der, dass man die Positionen von Projektgegnern wahrnimmt und auch als solche anerkennt (I_E2 Z. 433 - 434). Dazu ist es nötig, dass man sich ernsthaft mit dem Protest befasst und diesen nicht als Störfaktor abstempelt und versucht, diesen zu ignorieren oder auch strategisch dagegen vorzugehen (vgl. I_E3 Z. 268 - 274).

“Man muss auf jeden Fall auf die Leute zugehen und ihnen zeigen, dass man das hört.” (I_E2 Z. 659 - 660)

Nur durch das aktive Zuhören, kann es gelingen hinter die Kulissen des Protests zu blicken und dessen Hintergründe zu erfassen. Dadurch können die Motive, die Interessen und die Positionen hinter dem Protest erkannt und getrennt voneinander betrachtet werden. Dies ist im Aushandlungsprozess von großer Bedeutung. Denn nur, wenn man zu den Motiven und Interessen hinter dem Protest durchdringen kann, ist es möglich über diese zu verhandeln.

“Es muss den Versuch geben – und im Idealfall sollte es auch gelingen – zu Positionen hinter Interessen durchzudringen. Wenn jemand sagt er oder sie will das nicht, dann geht es darum herauszufinden, warum er oder sie das nicht will. Denn das ist verhandelbar. Die Position ist nicht verhandelbar. Aber das Interesse ist zumindest potentiell verhandelbar. Das heißt, es ist entscheidend so gut wie möglich die Interessen von den Positionen zu entwirren und verhandelbar zu machen.” (I_E3 Z. 184 - 189)

Ein weiterer Aspekt, der im Umgang mit Protest nicht zu vernachlässigen ist, ist eine klare Rollenverteilung im Aushandlungsprozess. Es muss klar sein, welche Position von bestimmten AkteurInnen eingenommen wird. In diesem Zusammenhang wurde von den InterviewpartnerInnen die Notwendigkeit einer möglichst neutralen Moderation genannt (I_E4 Z. 301 - 304). Es ist wenig glaubhaft, wenn die öffentliche Hand, die einerseits eine bewertende Funktion hat und bei der letztendlich auch die Entscheidungsgewalt liegt, gleichzeitig die Moderation im Aushandlungsprozess einnimmt. Denn bei der Aushandlung muss die Möglichkeit bestehen, dass alle Ansprüche Raum finden und jede Position in einem deliberativen Verständnis

nebeneinanderstehen darf. Diese Trennung der Aufgabenbereiche der planenden Verwaltung und den privatwirtschaftlichen PlanerInnen ist auch, gerade dann, wenn sich Protest im Planungsprozess äußert, von großer Bedeutung, da nur so der Grundsatz der Augenhöhe erreicht werden kann.

„Dann muss jeder die Möglichkeit haben seine Ansprüche zu äußern und auch zu widersprechen. Das muss bei uns (=planende Verwaltung) genauso sein, wie bei den Bürgern.“ (I_E4 Z. 306 - 308)

Daher ist es zielführend die Moderation von externen ExpertInnen aus der Privatwirtschaft durchführen zu lassen, damit eine Vermischung der Rollen seitens der planenden Verwaltung nicht zu einem Verlust von Vertrauen führt.

(PRO)AKTIVE EINBINDUNG

„Ich denke, dass man den Protest qualitativ beeinflussen könnte in dem man proaktiv informiert und die Leute auf ein Niveau hebt, dass sie mit uns auf Augenhöhe diskutieren können.“ (I_E4 Z. 76 - 77)

Auch die aktive Einbindung von Projektgegnern in den Planungsprozess ist wichtig, um es zu ermöglichen, dass deren Ansprüche Gehör finden. Daher ist die aktive Einbindung eng mit dem Eckpfeiler der Augenhöhe verbunden.

Die proaktive Einbindung und Information ist auch etwas, das nicht erst relevant wird, wenn Protest im Planungsprozess auftritt. Es ist möglich durch eine andauernde Aufklärung und Information über die Geschehnisse in der Raumentwicklung, die Zivilgesellschaft in Bezug darauf zu emanzipieren. Dies leistet einen großen Beitrag zur beschriebenen Kultur des Aushandelns.

Im Umgang mit Protest ist eine aktive Einbindung der Projektgegner ein zu verfolgender Grundsatz, denn der Versuch Projektgegnern und somit dem Protest im Planungsprozess keinen Raum zu geben, führt meist dazu, dass sich dieser noch stärker dafür einsetzt, seine Ziele zu erreichen.

„Es geht darum möglichst früh und proaktiv versuchen mit dem Protest professionell umzugehen.“ (I_E3 Z. 180 - 181)

4.1 BEANTWORTEN DER FORSCHUNGSFRAGEN

Folglich ist es wichtig, gerade diejenigen, die sich gegen ein Projekt aussprechen, gezielt im Planungsprozess anzusprechen und deren Meinung Raum zu geben. Allerdings ist es genauso einseitig, nur den Projektgegnern Gehör zu schenken und die BefürworterInnen nicht mit in den Dialog zu holen. Daher ist es ebenso wichtig auch diese einzubinden. So kann sich daraus ein Nährboden für die Weiterentwicklung von Projekten ergeben.

„Man braucht beides. Wenn man die Gegner ausschließt, dann hat man erst recht den Protest, den man nicht haben will.“ (I_E2 Z. 417 - 418)

DIE GRUNDSÄTZE IN FÜR DIE PARTIZIPATIVE PLANUNG IN RELEVANTEN DOKUMENTEN?

Die Partizipation ist kein Fremdwort in der Planungspraxis. Es gibt zahlreiche Methoden und formelle sowie informelle Instrumente für die Einbindung der Zivilgesellschaft im Planungsprozess. Darüber hinaus lassen sich auch Dokumente finden, die bestimmte Praxisempfehlungen für die Partizipation vermitteln. Da die Einbindung der Bevölkerung mit Ausnahme von gesetzlich vorgeschriebenen Möglichkeiten der Stellungnahme und Informationspflichten über Bauvorhaben kaum formale Vorgaben hat, sind diese Dokumente informeller Natur. Zwei der in Österreich bekanntesten Dokumente sind der Masterplan partizipative Stadtentwicklung, der einen Beitrag zur Wiener Partizipationskultur leistet, und das Praxisbuch Partizipation, das wie eine Art Anleitung zur Gestaltung von Beteiligungsprozessen aufgefasst werden kann. Beide Dokumente nehmen demnach Einfluss darauf, wie der Planungsprozess als sozialer Aushandlungsprozess in der Praxis betrieben wird.

In beiden Dokumenten lassen sich ebenfalls gewisse Grundsätze der partizipativen Planung finden. Dabei wird nicht spezifisch das Thema des Umgangs mit Konflikten oder Protesten behandelt, sondern die grundsätzliche Einbindung der Bevölkerung in Planungsprozesse fokussiert. Dennoch lassen sich die dabei verwendeten Grundsätze mit denen, die aus der Empirie gewonnen wurden, vergleichen, da Konflikte im Planungsprozess immanent sind.

Der Masterplan Partizipation, der den Fokus auf kooperative und konsultative Formen

der informellen Beteiligung (MA 21 2017:20) legt, nennt zu Beginn Prinzipien für „[...] *das erfolgreiche Kommunizieren von städtebaulichen Vorhaben [...]*“ (MA 21 2017:21). Die Prinzipien lauten: Frühzeitig, direkt und klar. Das Prinzip „frühzeitig“ betont dabei die Wichtigkeit der Einbindung und Information zu einem möglichst frühen Zeitpunkt im Planungsprozess. Das Prinzip „direkt“ drückt die Bedeutung des aktiven Gesprächs bei der Beteiligung aus. Ziel sollte es dabei sein, mit einer möglichst einfachen persönlichen Kommunikation möglichst viele zu erreichen. Das Prinzip „klar“ geht in eine ähnliche Richtung und unterstreicht ebenfalls eine gut verständliche und nachvollziehbare Kommunikation (vgl. MA 21 2017:21f). In diesen Prinzipien spiegeln sich die Grundsätze der (pro) aktiven Einbindung und der Transparenz, die aus den ExpertInneninterviews abgeleitet werden konnten, wider.

Der Grundsatz des Verhandlungsspielraums findet sich im Masterplan partizipative Stadtentwicklung nur bedingt wieder. Es wird zwar erwähnt, dass bestimmte Bedingungen in Planungsprojekten feststehen und somit nicht diskutabel sind (MA 21 2017:23). Dies sei „*am Beginn von Beteiligungsverfahren klar zu kommunizieren*“ (MA 21 2017:23), was als Abstecken der Verhandlungsspielräume verstanden werden kann. Allerdings findet das aktive Verhandeln ansonsten wenig Beachtung im Dokument.

Auch der Grundsatz der Augenhöhe lässt sich im Masterplan partizipative Stadtentwicklung nicht wiederfinden. Obwohl sich der Masterplan damit beschäftigt, bei welchen Projekten welche AkteurInnen in den Prozess eingebunden werden sollten (vgl. MA 21 2017:52ff), schenkt er dem Verhältnis von Bevölkerung und EntscheidungsträgerInnen wenig Beachtung. Ob sich hinter dieser Tatsache postdemokratische Exklusionsmechanismen verbergen, würde den Rahmen der Arbeit sprengen, wäre aber eine interessante Frage, der nachgegangen werden sollte.

Ein weiteres Element der Beteiligung, das im Masterplan genannt wird, ist die „*Beteiligungsschleife*.“ Der Begriff unterteilt den Ablauf des Partizipationsprozesses in verschiedene Phasen und drückt durch die Elemente „*einladen - beteiligen - rückmelden*“ (MA 21 2017:43) eine Kontinuität der Partizipation aus.

Das Praxisbuch Partizipation ist wesentlich umfangreicher als der Masterplan partizipative Stadtentwicklung und beschreibt an mehreren Stellen etwas, das als Grundsatz aufgefasst werden kann. Diesbezüglich ist das Kapitel 7 zentral, das eine bestimmte Grundhaltung für Partizipation beschreibt. Hier wird zunächst der „*Dialog auf Augenhöhe*“ (MA 18 2012:15) genannt. Darunter werden das Zuhören und Zutrauen und die Akzeptanz der Menschen und ihrer Rollen zusammengefasst (vgl.

4.1 BEANTWORTEN DER FORSCHUNGSFRAGEN

MA 18 2012:15). Auch die Haltungen „*Perspektivwechsel*“ und „*Respektieren und ernst nehmen*“ (MA 18 2012:16) betonen die Wichtigkeit der nicht wertenden Anerkennung anderer Meinungen und den Mehrwert eines Perspektivwechsels, um die Bedürfnisse hinter den Positionen zu erkennen (vgl. MA 18 2012:16). Als eine weitere Haltung, die „*einen Beteiligungsprozess von der Vorbereitung, über die Durchführung bis zur Umsetzung der Ergebnisse*“ (MA 18 2012:17) begleiten sollten, werden die „*großen Fünf*“ (ebd.) genannt. Die Grundsätze „*ehrlich, verlässlich, transparent, nachvollziehbar ... und mit einer Prise Leichtigkeit*“ (MA 18 2012:17) betonen dabei wie wichtig es ist, Menschlichkeit im kommunikativen Prozess der Partizipation zu zeigen.

An weiteren Stellen im Dokument betont das Praxisbuch der Partizipation, die Bedeutung der Information, bezeichnet sie als „*Fundament der Beteiligung*“ (MA 18 2012:12) und nennt eine frühestmögliche Einbindung als „*zentralen Erfolgstipp*“ (MA 18 2012:6).

An diesen Elementen im Dokument zeigt sich, dass die in der Empirie erarbeiteten Grundsätze Transparenz, Augenhöhe und (pro)aktive Einbindung ebenfalls dort zu finden sind. Der Grundsatz der Verhandlungsspielräume wird auch im Praxisbuch der Partizipation kaum behandelt. Es wird an einer Stelle darauf aufmerksam gemacht, dass die Kommunikation von klaren Rahmenbedingungen als eines der Dos in der

Grundsätze für eine partizipative Planung		
Empirie	Masterplan partizipative Stadtentwicklung	Praxisbuch der Partizipation
Transparenz	klar	transparent, nachvollziehbar, Information als Fundament
Verhandlungsspielräume		klare Rahmenbedingungen
Augenhöhe	direkt	gleiche Augenhöhe, respektieren, ehrlich
(pro)aktive Einbindung	frühzeitig	so früh wie möglich einbinden

Abb. 27: Grundsätze der partizipativen Planung - Empirie und Dokumente im Vergleich

Partizipation zu verstehen ist (MA 18 2012:18).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich die aus der Empirie gewonnenen Grundsätze zum Umgang mit Protest und Konflikt im Planungsprozess ebenfalls in Dokumenten, die Empfehlungen an die Gestaltung und Durchführung von Partizipationsprozessen formulieren, wiederfinden lassen. Die beiden betrachteten Dokumente Masterplan für eine partizipative Stadtentwicklung und Praxisbuch der Partizipation leiten ebenfalls dazu an, den Partizipationsprozess transparent und auf Augenhöhe zu führen und diesen so früh wie möglich beginnen zu lassen. Beide begreifen Partizipation als kommunikativen Prozess, bei dem im Vorfeld klar abgesteckt werden muss, worüber verhandelt werden kann und worüber nicht.

Sowohl der Masterplan für eine partizipative Stadtentwicklung als auch das Praxisbuch der Partizipation liefern Empfehlungen für informelle Beteiligungsprozesse. Daher sind diese Empfehlungen nicht verbindlich in der Praxis anzuwenden und die Dokumente somit auch keine Garantie dafür, dass diesen Grundsätzen auch in der Praxis Aufmerksamkeit geschenkt wird.

4 SCHLUSSFOLGERUNGEN UND FAZIT

Die approbierte gedruckte Originalversion dieser Diplomarbeit ist an der TU Wien Bibliothek verfügbar.
The approved original version of this thesis is available in print at TU Wien Bibliothek.

4.2 FAZIT

Die approbierte gedruckte Originalversion dieser Diplomarbeit ist an der TU Wien Bibliothek verfügbar.
The approved original version of this thesis is available in print at TU Wien Bibliothek.



4.2 FAZIT

Das zentrale Thema der Arbeit ist der Protest gegen städtebauliche Vorhaben. Dabei wurden einerseits Hintergründe für das Entstehen von organisiertem Protest und andererseits der Umgang mit Protest sowohl theoretisch als auch empirisch erarbeitet. Beides hat interessante Ergebnisse geliefert, die nun, um die Arbeit abzurunden, interpretiert werden. Dabei werden die persönlichen Erkenntnisse aus der Arbeit dargestellt und deren Bedeutung für die Planung gedanklich reflektiert.

RAUM ALS PRODUKT EINES KONFLIKTREICHEN AUSHANDLUNGSPROZESSES

Als erste grundlegende Tatsache, die sich durch die Erforschung der Protestthematik bestätigt hat, ist festzuhalten, dass Raum das Produkt eines konfliktreichen Aushandlungsprozesses ist. Die Perspektive, die der Protest als Blickwinkel auf die Planung wirft macht dies deutlicher denn je. Im Protest gegen Planungsprojekte drücken sich unterschiedliche Konflikte aus, die im Planungsprozess immanent sind. Diese Konflikte begründen sich darin, dass die Gestaltung von Raum nie allen Ansprüchen gerecht werden kann und den Entscheidungen, welchen Ansprüchen nachgegangen wird, ungleiche Machtstrukturen zu Grunde liegen. Demnach kommt sowohl dem Raum an sich als auch dem politischen System, das dem Raumplanungsprozess zu Grunde liegt, eine entscheidende Rolle zu.

Die Erforschung des Umgangs mit Protest hat gezeigt, dass sich im Planungsprozess artikulierte Konflikte rasch zu organisiertem Protest hochschaukeln können, wenn diesen keine Beachtung geschenkt wird. Dadurch kommt der Gestaltung und Durchführung von partizipativen Planungsprozessen eine wichtige Rolle zu. Die Tatsache, dass die Gestaltung der endlichen Ressource Raum immer mit Konflikten verbunden ist, unterstreicht ebenfalls, dass das aktive Aushandeln im Fokus des Raumplanungsprozesses stehen sollte.

Allerdings finden sich auch in der aktuellen Gestaltung von partizipativen Planungsprozessen gewisse Exklusionsmechanismen wieder, die es verhindern, dass Konflikte artikuliert werden können. Dass dies ebenfalls Einfluss auf den Protest nimmt, haben die Fallbeispiele gezeigt.

Dem Aushandeln muss in diesem Verständnis also viel Platz im Planungsprozess zugeschrieben werden. Dabei ist es besonders entscheidend, wie der Aushandlungsprozess gestaltet und durchgeführt wird. Demnach ist es gerade für PlanerInnen wichtig den Umgang mit Konflikten zu fokussieren. Aber nicht

nur PlanerInnen, die nur eine von vielen Akteursgruppen im Planungsprozesses darstellen, muss der Mehrwert, den ein aktiver Umgang mit Konflikten liefern kann, bewusst sein. Es bedarf vielmehr einer Kultur des Aushandelns, die Konflikte ernst nimmt, alle Meinungen akzeptiert und durch eine Kommunikation auf Augenhöhe einen Rahmen für das Aushandeln schafft. Diese Kultur wird mit den Grundsätzen zum Umgang mit Protest und Konflikt im Planungsprozess beschrieben und muss von allem am Aushandlungsprozess Beteiligten verinnerlicht werden. Dies bedeutet einen Lernprozess für die Planungspraxis. Planen ist in diesem Sinne nicht das Erstellen eines zu realisierenden Plans, sondern das Aufzeigen der räumlichen Auswirkungen verschiedener Entwicklungsszenarien und das Entfachen und Aufrechterhalten der Debatte darüber. Pläne haben dadurch eine ganz andere Rolle im Informationsprozess. In diesem Lernprozess kommt PlanerInnen die Aufgabe zu, durch das Gestalten von Planungsprozessen und deren Moderation stetig diese Kultur zu etablieren. Nur so können auch andere AkteurInnen davon überzeugt werden, dass der aktive Umgang mit Konflikten und der, darauffolgende Aushandlungsprozess einen Mehrwert liefern können.

DER RAUMPLANUNGSPROZESS ALS MOMENT DER DEMOKRATIE?

Eine zweite Erkenntnis, die sich aus der demokratischen Perspektive ableiten lässt, setzt Planung mit postdemokratischen Theorien in Verbindung. Versteht man Planung als sozialen Aushandlungsprozess, dann ist man ebenso schnell dazu verleitet im Planungsprozess das Potential für Momente der Demokratie zu sehen.

Der Moment der Demokratie umschreibt in postdemokratischen Theorien das Wesen der Demokratie, das durch den postdemokratischen Zustand verhindert wird. Dabei erzwingen Anteilslose (jene, die in der bestehenden Ordnung der herrschenden Elite keinen Platz finden) durch das Artikulieren und Aufzeigen eines Konfliktes ein erneutes Aushandeln der Ordnung. Dieses Verständnis von Demokratie schreibt nicht nur dem Protest eine bedeutende Funktion zu, sondern es lassen sich auch Parallelen zum Planungsprozess finden.

Das Ziel eines jeden Planungsprozesses ist es Räume zu gestalten. Darin spiegelt sich immer eine gewisse Werthaltung wieder, die im Sinne Rancière als Teil der (bestehenden) Ordnung aufgefasst werden können. Liegt diesem Gestaltungsprozess eine Kultur des Aushandelns zu Grunde, die Konflikte als Teil dieses Prozesses versteht,

4.2 FAZIT

dann bietet sich dabei eindeutig die Chance für einen Moment der Demokratie. Denn diejenigen, die sich in der angestrebten (räumlichen) Ordnung nicht wiederfinden, können diese im Prozess ausdrücken und dadurch eine neue Verhandlung über die (räumliche) Ordnung anstoßen.

In diesem Sinne besitzt der Planungsprozess ein enormes Potential zur Emanzipation der Gesellschaft. Gleichzeitig wirft dies die Frage auf, welche Rolle der Gestaltung und Durchführung von Planungsprozessen im Ausweg aus dem postdemokratischen Zustand zukommt? Kann dies ein erklärtes Ziel der Planung sein oder ist dies zu weit gedacht? Ob es nun als Ziel aufgefasst wird oder nicht, bedenkt man, wie weitreichend die Auswirkungen einer bestimmten Gestaltung von Raum ist, dann kann es im Sinne der Anwaltsplanung einen Mehrwert liefern, Momente der Demokratie im Planungsprozess zu ermöglichen.

5 VERZEICHNISSE

Die approbierte gedruckte Originalversion dieser Diplomarbeit ist an der TU Wien Bibliothek verfügbar.
The approved original version of this thesis is available in print at TU Wien Bibliothek.

5.1 LITERATURVERZEICHNIS

Alliance for Nature (2019): ALLIANCE FOR NATURE - Die Natur-, Kultur- und Landschaftsschutzorganisation. [online] <http://www.alliancefornature.at/?fbclid=IwAR-1eXBAqyCBNtPST4w0xDSsTxrAt9MoPqohfGDIWTHM7zv30JhS5FJzXJSU> [Zugriff: 25.02.2019].

Azzellini, D. (2016): „This is a process not a protest“ Globale urbane Proteste, Betriebsbesetzungen zur Produktion unter Arbeiterkontrolle und lokale Selbstverwaltung. *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 4(2/3), S.83-102.

Becker, E. (2015): Zivilgesellschaft, Protestbewegung und Stadtentwicklung: (k)ein neues Thema?. In: Othengrafen, F. & Sondermann, M. (Hrsg.): *Städtische Planungskulturen im Spiegel von Konflikten, Protesten und Initiativen*. *Planungsrundschau*, 23, Berlin: Altrock, S.59-83.

Bergmann, K. (2012): Zum Verhältnis von Parlamentarismus und Protest. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 62, S.16-23.

Bibliographisches Institut GmbH (2019): „Protest, der“. Dudenverlag Berlin, [online] <https://www.duden.de/rechtschreibung/Protest#Bedeutung-2> [Zugriff: 24.02.2019].

Bundeszentrale für politische Bildung (2019a): Politische Beteiligung/Politische Partizipation. [online] <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202091/politische-beteiligung-politische-partizipation?p=all> [Zugriff: 13.04.2019].

Bundeszentrale für politische Bildung (2019b): Repräsentative Demokratie. [online] <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-politik/16544/repraesentative-demokratie> [Zugriff: 13.04.2019].

Castells, M. (1975): Kampf in den Städten. Gesellschaftliche Widersprüche und politische Macht. Hamburg: VSA, 2012.

competitionline Verlags GmbH (2013): Areal Hotel InterContinental Vienna, Wiener Eislaufverein und Wiener Konzerthaus. [online] <https://www.competitionline.com/de/ausschreibungen/147626> [Zugriff: 26.06.2019].

competitionline Verlags GmbH (2017a): Ergebnis: Wohnbebauung „Naturpark Linz Pichling“. [online] <https://www.competitionline.com/de/ergebnisse/252642> [Zugriff: 24.02.2019].

competitionline Verlags GmbH (2017b): Wohnbebauung „Naturpark Linz Pichling“. [online] <https://www.competitionline.com/de/ausschreibungen/252642> [Zugriff: 24.02.2019].

Crouch, C. (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Della Porta, D. & Diani, M. (2006): Social movements - an introduction. 2. Aufl., Oxford: Blackwell.

Diesenreither, M. (ModeratorIn). (2015): Linz-Süd: Widerstand gegen LAWOG-Wohnprojekt u. „Ostumfahrung“. 13.06.2018. [Radiosendung]. In: Freier Rundfunk Oberösterreich GmbH: Frozine Podcasts. Linz: [online] <https://www.fro.at/widerstand-gegen-lawog-wohnprojekt-und-ostumfahrung-im-linzer-sueden/> [Zugriff: 12.04.2019].

Flick, U., Kardorff, E. V., & Steinke, I. (2000): Was ist Qualitative Forschung? - Einleitung und Überblick. In: Flick, U., Kardorff, E. V. & Steinke, I. (Hrsg.). Qualitative Forschung - Ein Handbuch. Reinbek: Rowohlt, S.13-29.

Franta, L. & Hamedinger, A. (2018): Questioning Urban Commons: Challenges and Potentials in the Post-Democratic Era. In: Knierbein S. & Viderman T. (Hrsg.): Public Space Unbound: Urban Emancipation and the Post-Political Condition. New York & Milton Park, Abingdon, Oxon: Routledge, S.239-250.

Gabriel, O. W. (1991): Funktionen politischer Beteiligung. In: Antalovsky, E. (Hrsg.): Die Bürger und ihre Stadt. Direkte Demokratie in der Kommunalpolitik. Wien: Magistrat der Stadt Wien, S.327-350.

Gestring, N., Ruhne, R. & Wehrheim, J. (2014): Einleitung. In: Gestring, N., Ruhne, R., Wehrheim, J. (Hrsg.): Stadt und soziale Bewegungen. Wiesbaden: Springer VS, S.7-24.

Günzel, M. (2016): Planung zwischen Konflikt und Diskurs - Zur Rolle von Diskursen im Verlauf planungsbezogener Raumnutzungskonflikte. Dissertation, Technische Universität Dortmund.

Haumann, S. (2015): Protest und Wertewandel: Zur Dynamik von Planungskultur in den 1970er Jahren. In: Othengrafen, F. & Sondermann, M. (Hrsg.): Städtische Planungskulturen im Spiegel von Konflikten, Protesten und Initiativen. Planungsrundschau, 23, Berlin: Altrock, S.87-110.

Haunss, S. (2009): Die Bewegungsforschung und die Protestformen sozialer Bewegungen. In: Schönberger K., Sutter, O. (Hrsg.): Kommt runter, reiht euch ein... Eine kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen, Berlin: Assoziation A , S.30-45.

Heidegger, G. & Sill, T. (2019): Beispiel Heumarkt: Wien und die Hochhausangst. [online] 19.03.2019, <https://orf.at/stories/3111972/> [Zugriff: 24.06.2019].

Holm, A. (2014): Das Recht auf die Stadt in umkämpften Räumen. Zur gesellschaftlichen Reichweite lokaler Proteste. In: Gestring, N., Ruhne, R. & Wehrheim, J. (Hrsg.): Stadt und soziale Bewegungen. Wiesbaden: Springer VS, S.43-62.

5.1 LITERATURVERZEICHNIS

Huning, S. & Peters, D. (2003): Mega-Projekte und Stadtentwicklung. In: Altröck, U., Güntner, S., Huning, S. & Peters, D. (Hrsg.): Mega-Projekte und Stadtentwicklung, Reihe Planungslandschau 8, Berlin: Altröck, S.5-14.

Hüttner, B. (2011): Protestformen im Wandel der Zeiten. Bremen: ZETT.

Jürgens, U. (2014): Zwischen Jetset und Weltpolitik. In: Bernard, E. & Tabor, J. (Hrsg.): Tor zur Welt. Wien: Amalthea, S.12-34.

Krutzler, D. (2018): Keine UVP: Beschwerde gegen Heumarkt-Projekt vor Gericht eingelegt. [online] 19.11.2018, <https://www.derstandard.at/story/2000091725084/keine-uvp-beschwerde-gegen-heumarkt-projekt-bei-gericht-eingelegt> [Zugriff: 24.06.2019].

Läpple, D. (1991): Essay über den Raum. Für ein gesellschaftliches Raumkonzept. In: Häußermann, H. et al. (Hrsg.): Stadt und Raum, Pfaffenweiler: Centaurus Verlag, S.157-207.

LAWOG (2019): Über das Unternehmen. [online] https://www.lawog.at/de/unternehmen_ueberblick/ [Zugriff: 23.3.2019].

LAWOG (2017): Projektbeschreibung Bewerbungsverfahren Wohnbebauung Naturpark Pichling. [online] http://www.architekturwettbewerb.at/data/media/med_binary/original/1484036550.pdf [Zugriff: 22.01.2019].

Lawog baut 270 Wohnungen um 45 Millionen Euro im Süden von Linz (2017). [online] 20.07.2017 http://megatabs.com/wp-content/uploads/2019/03/20170720_NLS_VolksBLATT.pdf [Zugriff: 24.05.2019].

Levin-Keitel, M. & Sondermann, M. (2015): Räumliches Planen als kulturelles Handeln: Planungskultur als analytischer Ansatz. In: Othengrafen, F. & Sondermann, M. (Hrsg.): Städtische Planungskulturen im Spiegel von Konflikten, Protesten und Initiativen. Planungslandschau, 23, Berlin: Altröck, S.33-66.

Linz AG (2017): Linz AG bei innovativem Wohnbauprojekt mit an Bord. In: Am Punkt - Das Kundenmagazin der Linz AG, Ausgabe 4, S.11.

Linz AG (2019): Organigramm Linz AG. [online] <https://www.linzag.at//media/dokumente/linzag/linzag-organigramm.pdf> [Zugriff: 24.05.2019].

Löw, M. (2001): Raumsoziologie. 7. Aufl., Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 18 - Stadtentwicklung und Stadtplanung (2012): Praxisbuch Partizipation - Gemeinsam Stadt entwickeln. Wien: ohne Verlag.

Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 21 - Stadtteilplanung und Flächennutzung (2013): Zusammenfassung. In: Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 21 - Stadtteilplanung und Flächennutzung (Hrsg.): Städtebauliche Entwicklung Hotel InterContinental Wien Wiener Eislaufverein - Dokumentation und Ergebnisse des kooperativen Verfahrens, Wien: ohne Verlag, S.13-18.

Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 21 - Stadtteilplanung und Flächennutzung (2014): Masterplan Glacis. Wien: ohne Verlag.

Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 21 - Stadtteilplanung und Flächennutzung (2017): Masterplan für eine Partizipative Stadtentwicklung - Frühzeitiges Beteiligen der Bevölkerung an städtebaulichen Planungs- und Widmungsprozessen. Wien: ohne Verlag.

Magistratsabteilung 21 - Stadtteilplanung und Flächennutzung & Bosshard und Luchsinger Architekten AG (2014): STEP 2025 - Fachkonzept Hochhäuser. Wien: ohne Verlag.

Magistrat Linz (2018a): Bevölkerung - Bevölkerungsentwicklung. [online] https://www.linz.at/zahlen/040_Bevoelkerung/ [Zugriff: 03.06.2019].

Magistrat Linz (2018b): Planung, Technik und Umwelt (PTU). [online] <https://www.linz.at/verwaltung/ptu.php> [Zugriff: 24.02.2019].

Mayring, P. (2002): Einführung in die qualitative Sozialforschung: eine Anleitung zum qualitativen Denken. Weinheim: Beltz Verlag.

.MEGATABS architekten ZT GmbH (2019): Über Uns. [online] <https://megatabs.com/about/> [Zugriff: 24.02.2019].

Meisinger, A. (ohne Jahr): Die Geschichte des Wiener Eislauf-Vereins - ein Schnelllauf durch drei Jahrhunderte. [online] <http://www.wev.or.at/index.php?topic=5&menu=12&id=164> [Zugriff: 8.4.2019].

Meyer, K. (2011): Kritik der Postdemokratie. Rancière und Arendt über die Paradoxien von Macht und Gleichheit. In: Leviathan 39, S.21-38.

Michel, B. & Roskam, N. (2013): Einführung: Die "postpolitische Stadt". In: s u b \ u r b a n . zeitschrift für kritische stadtforschung, Band 4, Heft 2 Die postpolitische Stadt? S.9-16.

Mössner, S. & Gomes de Matos, C. (2015): Urbane Proteste und lokale Demokratie. In: Othengrafen, F. & Sondermann, M. (Hrsg.): Städtische Planungskulturen im Spiegel von Konflikten, Protesten und Initiativen. Planungsrundschau, 23, Berlin: Altröck, S.327-341.

5.1 LITERATURVERZEICHNIS

Mouffe, C. (2011): „Postdemokratie“ und die zunehmende Entpolitisierung. Aus Politik und Zeitgeschichte, 62, S.3-5.

Moulaert, F., Rodriguez, A. & Swyngedouw, E. (2003): Large-Scale Urban Development Projects, Urban Dynamics and Social Polarization: A Methodological Reflection. In: Moulaert F., Rodriguez A. & Swyngedouw E. (Hrsg.): The Globalized City – Economic Restructuring and Social Polarization in European Cities. Oxford University Press, S.47-64.

Oberösterreich Nachrichten (2017): In Pichling entsteht grüne Wohnanlage für 270 Mieter. 21.07.2017, [online] <https://www.nachrichten.at/oberoesterreich/linz/In-Pichling-entsteht-gruene-Wohnanlage-fuer-270-Mieter;art66,2629098> [Zugriff: 24.05.2019].

Österreichische Galerie Belvedere (2018): Der Canaletto-Blick IM BLICK. [online] https://www.belvedere.at/bel_de/ausstellung/der_canalettoblick [Zugriff: 27.06.2019].

Othengrafen, F. & Sondermann, M. (2015): Konflikte, Proteste, Initiativen und die Kultur der Planung – Stadtentwicklung unter demokratischen Vorzeichen?. In: Othengrafen, F. & Sondermann, M. (Hrsg.): Städtische Planungskulturen im Spiegel von Konflikten, Protesten und Initiativen. Planungs-rundschau, 23, Berlin: Altröck, S.7-30.

Opp, K.-D. & Finkel, S. E. (2001): Politischer Protest, Rationalität und Lebensstile. Eine empirische Überprüfung alternativer Erklärungsmodelle. In: Koch, A., Wasmer M. & Schmidt, P. (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Opladen: Leske + Budrich, S.73-108.

Pons GmbH (2019): Protestor; -ari. [online] <https://de.pons.com/%C3%BCbersetzung?l=dela&q=protestari> [Zugriff: 24.02.2019].

Rodriguez, A., Moulaert, F. & Swyngedouw, E. (2003): Urban Reconstructing, Social-Political Polarization and New Urban Policies. In: Moulaert F., Rodriguez A. & Swyngedouw E. (Hrsg.): The Globalized City – Economic Restructuring and Social Polarization in European Cities. Oxford University Press. S.29-46.

Rosemann, T. (2013): Planning in the Face of Democracy – Mit Jacques Rancière über Raumplanung und Demokratie nachdenken. In: s u b \ u r b a n . zeitschrift für kritische stadtforschung, 2013, Band 4, Heft 2, Die postpolitische Stadt? S.41-60.

Rucht, D. (2012): Massen mobilisieren. Aus Politik und Zeitgeschichte, 62, S.3-9.

Scheuvs, R. (2013): Planen im Dialog - Das lernende Verfahren als Beitrag zur Wiener Planungskultur. In: Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 21 - Stadtteilplanung und Flächennutzung (Hrsg.): Städtebauliche Entwicklung Hotel InterContinental Wien Wiener Eislaufverein - Dokumentation und Ergebnisse des kooperativen Verfahrens, Wien: ohne Verlag, S.47-48.

Schmid, C. (2005): Stadt, Raum und Gesellschaft: Henri Lefebvre und die Theorie der Produktion des Raumes. 2. Aufl. 2010, Stuttgart: Franz Steiner Verlag.

Schremmer, C. & Trody, J. (2013a): Bericht ExpertInnenhearing I und II. In: Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 21 - Stadtteilplanung und Flächennutzung (Hrsg.): Städtebauliche Entwicklung Hotel InterContinental Wien Wiener Eislaufverein - Dokumentation und Ergebnisse des kooperativen Verfahrens, Wien: ohne Verlag, S.39-46.

Schremmer, C. & Trody, J. (2013b): ExpertInnenverfahren - Beschreibung des Prozesses. In: Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 21 - Stadtteilplanung und Flächennutzung (Hrsg.): Städtebauliche Entwicklung Hotel InterContinental Wien Wiener Eislaufverein - Dokumentation und Ergebnisse des kooperativen Verfahrens, Wien: ohne Verlag, S.49-52.

Schremmer, C. & Trody, J. (2013c): Bewertung - Diskussion. In: Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 21 - Stadtteilplanung und Flächennutzung (Hrsg.): Städtebauliche Entwicklung Hotel InterContinental Wien Wiener Eislaufverein - Dokumentation und Ergebnisse des kooperativen Verfahrens, Wien: ohne Verlag, S.23-126.

Schuhböck, C. (2019): „Quo vadis Welterbe Österreichs?“ vor dem Hintergrund von VwGH-Erkenntnissen. In: Meteor-Nachrichten 1/2019, [online] http://www.steinhof-erhalten.at/Medienberichte/quo_vadis_welterbe_oesterreichs.pdf [Zugriff: 12.06.2019].

Selle, K. (1994): Was ist bloß mit der Planung los? Erkundungen auf dem Weg zum kooperativen Handeln. Ein Werkbuch. Blaue Reihe / Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 69. Dortmund.

Selle, K. (2010): Stuttgart 21 - nur »schlecht vermittelt«? Warum Großprojekte eine Herausforderung für die lokale politische Kultur bedeuten. PNDonline, 3.

Stadtentwicklung Wien - Magistratsabteilung 19 - Architektur und Stadtgestaltung (2006): Wien, Weltkulturerbe - Stand der Dinge. Wien: ohne Verlag.

Stadtforschung Linz (2007): Bevölkerungsprognose für Linz 2007 - 2020. [online] https://www.linz.at/zahlen/120_Publikationen/010_Forschungsprojekte/Bevoelkerungsprognose_Linz_2007-2020.pdf [Zugriff: 14.06.2019].

Stadtplanung Linz - Stadtentwicklung (2013): Örtliches Entwicklungskonzept Linz Nr. 2 - Verkehrskonzept. [online] https://www.linz.at/images/z_u_m_verkehr_internet.pdf [Zugriff: 14.06.2019].

Stadt Wien (2019a): Planerische Grundlagen - Projekt Wiener Eislaufverein. [online] <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/wev/planerische-grundlagen.html> [Zugriff: 24.06.2019].

5.1 LITERATURVERZEICHNIS

Stadt Wien (2019b): Projektbeschreibung - Umgestaltung des Areals Wiener Eislaufverein. [online] <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/wev/projekt.html> [Zugriff: 24.06.2019].

Stadt Wien (2019c): Vermittlungsverfahren - Projekt Wiener Eislaufverein. [online] <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/wev/vermittlungsverfahren.html> [Zugriff: 24.06.2019].

Stadt Wien (2017): Resolutionsantrag über Schutz und Entwicklung des historischen Stadtzentrums der Stadt Wien: 05.05.2017. [online] <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/wev/pdf/resolutionsantrag.pdf> [Zugriff: 27.06.2019].

Swyngedouw, E., Moulaert, F. & Rodriguez, A. (2003a): Introduction. In: Moulaert, F.; Rodriguez, A. & Swyngedouw, E. (Hrsg.): *The Globalized City - Economic Restructuring and Social Polarization in European Cities*. Oxford University Press, S.1-7.

Swyngedouw, E., Moulaert, F. & Rodriguez, A. (2003b): 'The World in a Grain of Sand': Large-Scale Urban Development Projects and the Dynamics of 'Glocal' Transformations. In: Moulaert F., Rodriguez A. & Swyngedouw E. (Hrsg.): *The Globalized City - Economic Restructuring and Social Polarization in European Cities*. Oxford University Press. S.9-28.

Swyngedouw, E.(2013): Die postpolitische Stadt, In: *suburban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 2013, Band 4, Heft 2 Die postpolitische Stadt? S.141-158.

Temel, R.(2014): Evaluierung kooperativer Verfahren. Endbericht. Magistratsabteilung 21 - Stadtteilplanung und Flächennutzung (Hrsg.). Wien: ohne Verlag.

Tenz, E. (2011): Lehren aus Stuttgart 21: Von der Basta-Politik zur deliberativen Demokratie. PNDonline, 4.

Terpe, S. (2009): Ungerechtigkeit und Duldung: die Deutung sozialer Ungleichheit und das Ausbleiben von Protest. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

Till, I. (2017): Lawog-Großprojekt mit 270 Wohnungen: „Städtebaulich eine neue Qualität“: 21.07.2017. [online] https://www.meinbezirk.at/linz/c-bauen/lawog-grossprojekt-mit-270-wohnungen-staedtebaulich-eine-neue-qualitaet_a2194918#gallery=null [Zugriff: 24.05.2019].

Ullrich, P. (2015): Postdemokratische Empörung - Ein Versuch über Demokratie, soziale Bewegungen und gegenwärtige Protestforschung. In: Verein für Protest- und Bewegungsforschung e.V.: *ibp working papers*.

Van Deth, J. W. (2009): Politische Partizipation. In: Kaina V., Römmele A. (Hrsg.): *Politische Soziologie*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.141-161.

Vassilakou, M.(2013): Vorwort. In: Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 21 - Stadtteilplanung und Flächennutzung (Hrsg.): Städtebauliche Entwicklung Hotel Inter-Continental Wien Wiener Eislaufverein - Dokumentation und Ergebnisse des kooperativen Verfahrens. Wien: ohne Verlag, S.7.

Verein Initiative Denkmalschutz (2019a): Start - Initiative Denkmalschutz. [online] <http://www.initiative-denkmalschutz.at/> [Zugriff: 25.02.2019].

Verein Initiative Denkmalschutz (2019b): Wir über uns. [online] <http://www.initiative-denkmalschutz.at/index.php/wir-ueber-uns> [Zugriff: 25.02.2019].

WertInvest Hotelbetriebs GmbH (2019a): Architekturwettbewerb. [online] <https://www.heumarkt-neu.at/text/show/17/Architekturwettbewerb/> [Zugriff: 24.06.2019].

WertInvest Hotelbetriebs GmbH (2019b): Einladung - Infopoint "Heumarkt Neu". [online] <https://www.heumarkt-neu.at/text/show/17/Architekturwettbewerb/> [Zugriff: 24.06.2019].

WertInvest Hotelbetriebs GmbH (2019c): Heumarkt Neu - Neugestaltung des Areals Intercontinental Hotel / Wiener Eislaufverein / Wiener Konzerthaus. [online] https://www.heumarkt-neu.at/files/2018_Heumarkt%20Folder.pdf [Zugriff: 24.4.2019].

WertInvest Hotelbetriebs GmbH (2019d): Laufender Dialog parallel zu Projektentwicklung. [online] <https://www.heumarkt-neu.at/text/show/19/Dialog/> [Zugriff: 24.06.2019].

Wiener Konzerthausgesellschaft (2019a): Architektur. [online] <https://konzerthaus.at/architektur> [Zugriff: 12.05.2019].

Wiener Konzerthausgesellschaft (2019b): Geschichte des Wiener Konzerthauses. [online] <https://konzerthaus.at/architektur> [Zugriff: 12.05.2019].

Wiener Zeitung GmbH (2019): Heumarkt-Projekt benötigt nun doch UVP-Prüfung. 09.04.2019. [online] <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/wien/2003837-Heumarkt-Projekt-benoetigt-nun-doch-UVP-Pruefung.html> [Zugriff: 24.06.2019].

Zimmermann, K. (2012): Zwischen Wutbürger und direkter Demokratie: steckt die Bürgerbeteiligung in der Krise?. Flächenmanagement und Bodenordnung, 4, S.155-161.

5.2 ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1 (S. 61): Lefebvres Theorie zur Produktion von Raum nach Schmid (2005)

Eigene Darstellung nach Schmid, C. (2005): Stadt, Raum und Gesellschaft: Henri Lefebvre und die Theorie der Produktion des Raumes. 2. Aufl. 2010, Franz Steiner Verlag S.244.

Abbildung 2 (S. 83): Heumarkt: Projektgebiet - Übersicht

MA 41: Orthofoto; eigene Bearbeitung (2019).

Abbildung 3 (S. 84): Heumarkt Heute - Zukunft 1

WertInvest Hotelbetriebs GmbH (2017): Heumarkt Neu - Neugestaltung des Areal Hotel Intercontinental / Wiener Eislaufverein / Wiener Konzerthaus. [online] https://www.heumarkt-neu.at/files/Areal_Prospekt_17JAN17_screen_kl.pdf [Zugriff 10.08.2019] S.22.

Abbildung 4 (S. 84): Heumarkt Heute - Zukunft 2

WertInvest Hotelbetriebs GmbH (2017): Heumarkt Neu - Neugestaltung des Areal Hotel Intercontinental / Wiener Eislaufverein / Wiener Konzerthaus. [online] https://www.heumarkt-neu.at/files/Areal_Prospekt_17JAN17_screen_kl.pdf [Zugriff 10.08.2019] S.24.

Abbildung 5 (S. 84): geplante Nutzungen am Heumarkt

WertInvest Hotelbetriebs GmbH (2017): Heumarkt Neu - Neugestaltung des Areal Hotel Intercontinental / Wiener Eislaufverein / Wiener Konzerthaus. [online] https://www.heumarkt-neu.at/files/Areal_Prospekt_17JAN17_screen_kl.pdf [Zugriff 10.08.2019] S.15.

Abbildung 6 (S. 86): Verortung der geplanten Nutzungen am Heumarkt

WertInvest Hotelbetriebs GmbH (2017): Heumarkt Neu - Neugestaltung des Areal Hotel Intercontinental / Wiener Eislaufverein / Wiener Konzerthaus. [online] https://www.heumarkt-neu.at/files/Areal_Prospekt_17JAN17_screen_kl.pdf [Zugriff 10.08.2019] S.14.

Abbildung 7 (S. 88): Heumarkt: Verortung des Projektgebietes

MA 41: Orthofoto; eigene Bearbeitung (2019).

Abbildung 8 (S. 89): Schutz- und Pufferzone des UNESCO Weltkulturerbes Innere Stadt Wien

Stadt Wien (2019): Historisches Stadtzentrum - Weltkulturerbe Wien. [online] <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/grundlagen/weltkulturerbe/zentrum.html> [Zugriff 24.06.2019].

Abbildung 9 (S. 96): Heumarkt: Schematische Darstellung des Planungsprozesses

Eigene Darstellung (2019).

Abbildung 10 (S.99): Erarbeitete Varianten während des Kooperativen ExpertInnenverfahrens

Stadt Wien (2019): Planerische Grundlagen - Projekt Wiener Eislaufverein. [online] <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/wev/planerische-grundlagen.html> [Zugriff: 24.06.2019].

Abbildung 11 (S. 102): Entwürfe aus der 1. Stufe des Architekturwettbewerbs

Eigene Darstellung nach: WertInvest Hotelbetriebs GmbH (2019): Architekturwettbewerb - die 1 Stufe. [online] <https://www.heumarkt-neu.at/text/show/17/Architekturwettbewerb/> [Zugriff 24.06.2019].

Abbildung 12 (S. 102): Heumarkt: Modell des Siegerprojekts von Isay Weinfeld

WertInvest Hotelbetriebs GmbH (2019): Architekturwettbewerb - Das Siegerprojekt. [online] <https://www.heumarkt-neu.at/text/show/17/Architekturwettbewerb/> [Zugriff 24.06.2019].

Abbildung 13 (S. 103): Ergebnisse des Vermittlungsverfahrens

WertInvest Hotelbetriebs GmbH (2019): Vermittlungsverfahren. [online] <https://www.heumarkt-neu.at/text/show/18/ErgebnisVermittlungsverfahren/> [Zugriff 24.06.2019].

Abbildung 14 (S. 114): Canaletto 2013

Verein Initiative Stadtbildschutz Wien (2019): Startseite. [online] <https://www.stadtbildschutz.at/> [Zugriff 24.06.2019].

Abbildung 15 (S. 114): Fotomontage des Canaletto 2013 mit geplantem Hochhaus am Heumarkt

Verein Initiative Stadtbildschutz Wien (2019): Startseite. [online] <https://www.stadtbildschutz.at/> [Zugriff 24.06.2019].

Abbildung 16 (S. 116): Titelbild der Zeitschrift Denkma[i]l vom Mai 2016

Verein Initiative Denkmalschutz (2019): Zeitschrift Denkma[i]l. [online] <http://www.initiative-denkmalschutz.at/index.php/zeitschrift-denkmail> [Zugriff 24.06.2019].

Abbildung 17 (S. 125): Luftbild vom Linzer Süden mit Projektgebiet

Digitales Oberösterreichisches Raum-Informationssystem [DORIS] (2019): Orthofoto; eigene Bearbeitung(2019).

Abbildung 18 (S. 126): Drohnenbild vom Projektgebiet des Naturpark Linz Süd

Bürgerinitiative Linz Süd (2019): Drohnenbild.

Abbildung 19 (S. 126): Bebauungskonzept Naturpark Linz Süd

.MEGATABS architekten ZT GmbH (2018): 01_NLS_MEGATABS_Lageplan. [online] <https://megatabs.com/nls/> [Zugriff 15.05.2019].

5.2 ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 20 (S. 128): Naturpark Linz Süd: Rendering der geplanten Bebauung 1
 .MEGATABS architekten ZT GmbH (2018): 02_NLS_MEGATABS. [online] <https://megatabs.com/nls/> [Zugriff 15.05.2019].

Abbildung 21 (S. 128): Naturpark Linz Süd: Rendering der geplanten Bebauung 2
 .MEGATABS architekten ZT GmbH (2018): 03_NLS_MEGATABS. [online] <https://megatabs.com/nls/> [Zugriff 15.05.2019].

Abbildung 22 (S. 130): Naturpark Linz Süd: Umfeld des Projektgebiets
 Eigene Darstellung (2019).

Abbildung 23 (S. 131): Naturpark Linz Süd: Geplante Umnutzung des Projektgebiets im örtlichen Entwicklungskonzept
 Stadtplanung Linz - Stadtentwicklung (2013): Flächenwidmungsplan und Örtliches Entwicklungskonzept auf webgis.linz.at. [online] <https://webgis.linz.at/rpweb/WEPM.aspx?site=GMSC&project=Raumplanung&lang=de-de> [Zugriff 15.05.2019].

Abbildung 24 (S. 136): Naturpark Linz Süd: Schematische Darstellung des Planungsprozesses
 Eigene Darstellung (2019).

Abbildung 25 (S. 152): Übersicht über die Protesthintergründe der Initiativen
 Eigene Darstellung (2019).

Abbildung 26 (S. 166): Grundsätze für den Umgang mit Konflikt und Protest im Planungsprozess
 Eigene Darstellung (2019).

Abbildung 27 (S. 173): Grundsätze der partizipativen Planung - Empirie und Dokumente im Vergleich
 Eigene Darstellung (2019).

Die approbierte gedruckte Originalversion dieser Diplomarbeit ist an der TU Wien Bibliothek verfügbar.
The approved original version of this thesis is available in print at TU Wien Bibliothek.

